

Und jetzt?

Erkenntnisse aus der Krise

Public Eye

Reportage Orangen ernten für den Schweizer Multi Louis Dreyfus:
die bitteren Realitäten auf den brasilianischen Plantagen S.40



Timo Kollbrunner

Endlich hinhören

In den Tagen, in denen wir die Arbeit an diesem Magazin abschliessen, dominiert zum ersten Mal seit Wochen ein anderes Thema die internationalen Schlagzeilen als die Corona-Pandemie: der so unglaublich sinnlose wie aufwühlende Tod des Afroamerikaners George Floyd unter dem Knie eines Polizisten in Minneapolis.

Die Diskriminierung der afroamerikanischen und anderer in den Vereinigten Staaten lebenden Minoritäten ist systemisch. Die Covid-Pandemie traf sie ungleich härter als die weisse Bevölkerung, weil sie häufiger in essenziellen, aber prekären Jobs mit hohem Ansteckungsrisiko arbeiten, häufiger an Vorerkrankungen leiden, einen schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung haben.

«I can't breathe» – der Hilfeschrei steht für sie alle. Er steht für die indigenen Gemeinschaften in Brasilien, deren Lebensraum vernichtet wird. Für die Baumwollbauern in Indien und die Kakaobäuerinnen in Ghana, die wegen einbrechender Weltmarktpreise um ihre Existenz fürchten. Die Textilarbeiterinnen in Indien oder Bangladesch, die ihre Jobs verloren haben oder sie nun unter noch unmenschlicheren Bedingungen ausüben müssen. Für unseren Planeten, der aufgrund der Auswüchse eines von Wachstum und Profit besessenen globalen Wirtschaftssystems zu ersticken droht.

Der Schwerpunkt dieses Magazin zeigt in vielen Facetten, dass die Corona-Pandemie eben gerade nicht eine «Grippeerkrankung» eines eigentlich gesunden Systems darstellt, nach der man nun rasch zur Normalität zurückkehren muss. Denn in dieser «Normalität» bezahlen für den immer grösser werdenden Reichtum einer kleinen Elite Milliarden von Menschen mit dem Verlust ihrer Lebensgrundlage und der Zerstörung ihrer Gesundheit. «Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren», besagt der erste Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie wie der Tod von George Floyd halten uns auf schmerzliche Weise vor Augen, wie weit wir uns von diesem Grundsatz entfernt haben.

«I can't breathe»: Mindestens sechzehn Mal hatte George Floyd diesen Satz gesagt. Dann erstickte er. Wir tun gut daran, uns seine Worte als Mahnmal zu nehmen. Dafür, was passiert, wenn alle Warnungen sinnlos ignoriert werden. Dafür, dass gerade wir, die in so vieler Hinsicht Hochprivilegierten, endlich hinhören müssen. Und dann handeln.

2

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie sind noch nicht Mitglied? Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – per Antwortkarte oder auf publiceye.ch/mitglieder

Public Eye

PUBLIC EYE – MAGAZIN NR. 24 JUNI 2020

VERANTWORTLICH
Timo Kollbrunner –
Redaktion (D) & Produktion

Raphaël de Riedmatten –
Produktion & Redaktion (F)

LAYOUT
opak.cc

TITELBILD
Thomas Mukoya / Reuters

DRUCK
Vogt-Schild Druck AG
Cyclus Print & Leipa, FSC

AUFLAGE
D: 30 000 Ex. / F: 11 000 Ex.

KONTAKT
Public Eye,
Dienerstrasse 12,
Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch
ISSN 2504-1266

POSTKONTO
80-8885-4
Das Public Eye Magazin
erscheint sechs Mal pro Jahr
in Deutsch und Französisch.
Mitgliedschaft inklusiv
Abonnement 75 Franken pro Jahr.



Bereit für den Einsatz: Die Pflegefachfrau Vanderlecia Ortega dos Santos vom indigenen Stamm der Witoto sorgt freiwillig für die medizinische Versorgung der 700 Familien ihrer Gemeinde im Norden Brasiliens.

© Bruno Kelly/Reuters

Coronakrise – die grosse Bestandesaufnahme

Die «Mission Impossible» der WHO	► S. 6
Die Ursachen der Pandemie	► S. 7
Wen die Turbulenzen an den Weltmärkten am härtesten treffen	► S. 9
Die verwaisten Erdbeerplantagen Spaniens	► S. 12
Eine «kleine Grippe»? Die dramatische Lage in Brasilien	► S. 15
Gedanken zur Reform des Agro-Food-Sektors	► S. 17
Das Finanzsystem in der Krise – die Analyse	► S. 20
Was geschehen müsste – unsere Vision	► S. 25
<i>Inklusive zweiseitigem Denkanstoss zur Welterklärung in der Heftmitte</i>	
Rohstofffluch in Krisenzeiten: die Verschuldung ölabhängiger Staaten	► S. 29
Bankrotterklärung des Mode-Kapitalismus: Was kommt danach?	► S. 32
Zugang zu Corona-Behandlungen: Es braucht eine globale Lösung	► S. 37

Zudem in diesem Heft

Orangennation Schweiz:

Mit Louis Dreyfus operiert einer der drei grössten Orangesafthändler der Welt aus Genf. Unsere Reportage aus São Paulo zeigt, unter welch miserablen Bedingungen seine Früchte geerntet werden.

► S. 40

Und jetzt



Eine Annäherung an eine verrückte Zeit

Dies ist ein Bericht vom Versuch, zu verstehen. Eine gemeinsam mit dem gesamten Fachteam von Public Eye erarbeitete Analyse dessen, was derzeit geschieht und wieso, was droht, was passieren und was verhindert werden muss. Das Resultat einer kollektiven Erkenntnissuche, vom Agrarhandel über die Textilindustrie bis zum Gesundheits- und Finanzsystem, erarbeitet im Gespräch mit Expertinnen und Betroffenen, durch Recherchen im Netz und in Netzwerken, im fortwährenden gegenseitigen Austausch. Und es ist auch – so viel unbescheiden vorneweg – ein Panorama, das aufzeigt, wie dringlich es ist, dass Organisationen wie unsere mit und dank Ihrer Unterstützung weiterhin tun können, was wir tun.

TIMO KOLLBRUNNER MIT DEM TEAM VON PUBLIC EYE

Am Dienstag, dem 14. April, sitze ich pünktlich um 09:59 Uhr morgens in meiner Wohnung in Bern vor dem Computer und wähle «an Videokonferenz teilnehmen» an. Über 20 meiner Kolleginnen und Kolleginnen haben sich in den Videocall geschaltet, aus ihren jeweiligen Wohnzimmern, Arbeitszimmern, Küchen oder Alpküchen, in die sie sich mit ihren Nächsten zurückgezogen haben.

Von manchen habe ich seit Wochen nichts mehr gehört, wir hätten uns alle viel zu fragen. Aber jetzt ist nicht der richtige Moment. Jetzt habe ich genau drei Minuten Zeit – so verlangen es die notwendigerweise strikten Regeln – meinen Kolleginnen und Kollegen die Idee zu präsentieren, die wir in den Tagen zuvor in einer kleinen Gruppe besprochen haben: Wie wir versuchen möchten, zusammen einen Schwerpunkt zur Coronakrise zu erarbeiten. Uns gemeinsam, jeder aus seiner eigenen Warte, jede in ihrem eigenen Fachgebiet, zu fragen, was da gerade geschieht. Zu recherchieren und uns untereinander auszutauschen, um Zusammenhänge erkennen, Tendenzen identifizieren und scheinbare von tatsächlichen Widersprüchen unterscheiden zu können. Gemeinsam zu Entscheidungen zu gelangen, wo wir einen Fokus setzen wollen. Ein Dossier zu erarbeiten, von dem wir noch überhaupt nicht wissen, wie es schluss-

endlich daherkommen wird. Die Zeilen zu schreiben, die Sie nun vor sich haben.

Der 14. April – Tag 25, nachdem der Bundesrat Versammlungen von über fünf Personen verboten hat – ist ein typischer Tag für diese ausserordentliche Zeit. Am Morgen präsentiert der Internationale Währungsfonds seinen «World Economic Outlook»: Die Welt werde voraussichtlich die schlimmste Krise seit der Grossen Depression der 1930er-Jahre sehen, das Welt-Bruttoinlandprodukt um drei Prozent sinken – oder mehr, falls die negativen wirtschaftlichen Folgen über das erste Halbjahr 2020 hinausgingen. Am Abend kündigt US-Präsident Donald Trump an, er habe seine Administration angewiesen, die Zahlungen an die Weltgesundheitsorganisation WHO auf Eis zu legen, bis seine Regierung eine Überprüfung der Rolle, die die WHO bei der Bekämpfung des Virus gespielt habe, abgeschlossen habe – wobei man sich fragt, wieso Trump überhaupt etwas untersuchen lassen will. Er glaubt nämlich bereits zu wissen, dass die WHO die Verbreitung des Coronavirus «äusserst schlecht gehandhabt und vertuscht» hat. «Jeder weiss, was dort abgeht», sagt Trump.

Ich weiss es nicht. Ich finde es überhaupt ziemlich herausfordernd, zu verstehen, was rund um die Welt gerade geschieht in diesen Tagen. Aber mir scheint: Wenn wir die Kräfte in unserem Team von geschei-

ten, engagierten und politischen Leuten mit ganz unterschiedlichen Kenntnissen, Interessen und Kontakten sinnvoll bündeln, müsste es uns möglich sein, aufschlussreiche Antworten auf einige der drängendsten Fragen zu finden. Auf Fragen wie:

Was geht ab bei der Weltgesundheitsorganisation?

Der Entscheid von Donald Trump sei keineswegs nur der Schnellschuss eines cholerischen Präsidenten, schreibt Patrick Durisch, unser Gesundheitsexperte, in das Dokument, in dem wir mögliche Aspekte sammeln, über die es sich zu schreiben lohnen könnte. Der Zahlungsstopp reihe sich vielmehr ein in eine ganze Reihe von Versuchen seitens der USA, die WHO zu diskreditieren. Er könnte dazu – zusätzlich zu seinem Text über den gerechten Zugang zu Behandlungen für und zu Impfstoffen gegen das Coronavirus, den Sie ab Seite 37 dieses Magazins lesen können – einige Absätze schreiben, bietet Patrick an. Sehr gerne! Auf der kommenden Seite lesen sie seine Einschätzung.

Der ideale Sündenbock

Wie bei jeder internationalen Gesundheitskrise steht die Weltgesundheitsorganisation WHO unter Beschuss. Insbesondere die Vereinigten Staaten kritisieren ihren Umgang mit der Coronavirus-Pandemie hart. Doch die WHO kann schlicht keine stärkere Rolle spielen als jene, welche die Mitgliedstaaten ihr zugestehen.

PATRICK DURISCH

Als Donald Trump mitten in der Krise ankündigte, dass die Vereinigten Staaten ihre Beitragszahlungen an die WHO aussetzen würden, war die allgemeine Verblüffung so gross wie die Empörung, der sie dann wich. Trumps Entscheid sei schlicht «ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit», sagte Richard Horton, Chefredaktor der medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet*.

Trump begründete seinen Entscheid damit, die WHO sei «eine Marionette Chinas» und habe es «vermasselt», frühzeitig Alarm zu schlagen. Tatsächlich hatte die WHO ab Anfang Januar eine Epidemie mit einem neuen Virus in China gemeldet und am 30. Januar eine «gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite» ausgerufen – die höchste Alarmstufe gemäss der Internationalen Gesundheitsvorschriften, die 2005 von den 194 WHO-Mitgliedstaaten verabschiedet wurden. Dank des WHO-Austauschsystems konnten Informationen zu den Eigenschaften des Virus rasch global geteilt und sein genetisches Profil in Rekordzeit identifiziert werden. Selbst wenn es vonseiten der WHO eine zu grosse Nachsicht gegenüber China gegeben haben sollte, erklärt sich damit nicht, wieso es in so vielen europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten derart lange ging, bis endlich entschiedene Massnahmen gegen die Verbreitung des Virus ergriffen wurden. Allzu lange glaubten diese Staaten einfach, die Bedrohung würde dann schon nicht bis zu ihnen kommen.

Donald Trump hat in der WHO den idealen Sündenbock gefunden. Erstens, um von seinem katastrophalen Umgang mit der Krise im eigenen Land abzulenken. Zweitens, um medienwirksam den Konflikt mit China anzuheizen, und drittens, um auf dem multilateralen System herumtrumpeln zu können, gegen das er bekanntermassen höchst allergisch ist.

Ambivalente Schweiz

Schliesslich eignet sich die WHO auch deshalb als Sündenbock, weil sie sich kaum wehren kann. Sie hat dazu schlicht nicht die politischen Mittel. Die WHO wird von ihren 194 Mitgliedstaaten geleitet, die je über eine Stimme verfügen und im Konsens abstimmen. Sie haben sich nie dazu durchgerungen, der WHO die politische Macht zu übertragen, die nötig wäre, um bei grösseren Gesundheitskrisen das Vorgehen diktieren oder Staaten sanktionieren zu können, die ihre Anweisungen nicht befolgen. Antoine Flahault, Direktor des Institute of Global Health an der Universität Genf, sagte im April gegenüber Swisinfo, es sei offensichtlich, dass die Staaten den Stab nicht der Institution anvertrauen wollten, «die in dieser Pandemie zum Dirigenten hätte werden können».

Die Schweiz strich zwar nach Trumps Ankündigung die «Schlüsselrolle der WHO in dieser Pandemie» hervor, doch auch sie nimmt eine ambivalente Position ein. Die Schweiz, die 2018 insgesamt gerade einmal knapp 14 Millionen US-Dollar zur Finanzierung der WHO beigesteuert hat, wollte der UN-Organisation nie mehr als eine rein normative und technische Rolle zugestehen. Doch Gesundheit ist eine eminent politische Angelegenheit, wie der Umgang mit der Covid-19-Krise zeigt: Nationalen Partikularinteressen wird konsequent Vorrang gegeben vor internationaler Zusammenarbeit oder Solidarität. Einmal mehr wird deutlich: Die WHO wird als nützliche und notwendige Organisation angesehen, wenn es darum geht, Entwicklungsländer mit schwachen Gesundheitssystemen zu unterstützen. Sobald sie jedoch die Defizite in der Gesundheitsversorgung wohlhabenderer Länder und den industriellen Protektionismus insbesondere in Bezug auf Arzneimittel anprangert, wird sie zum Ärgernis.

Eine unmögliche Mission

Die WHO ist auch finanziell auf ihre Mitgliedstaaten angewiesen, um überhaupt eine Rolle im Bereich der globalen Gesundheit wahrnehmen zu können. Um die Kontrolle über die politischen Prioritäten behalten zu können, bevorzugen die Staaten jedoch freiwillige Zahlungen an Fonds, die an spezifische Programme gebunden sind. Diese machen heute fast 80 Prozent des Gesamtbudgets aus – viel mehr also als die aufgrund des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts festgelegten «Fixbeiträge», die für die WHO frei verfügbar sind und ihr mehr Flexibilität geben, ihre Mittel gemäss dem aktuellen Bedarf einzusetzen. Und insgesamt entspricht das Jahresbudget, mit dem die WHO ihr globales Mandat wahrnehmen sollte, weniger als drei Milliarden Dollar – was etwa dem Budget des Genfer Universitätsspitals entspricht. Eine klassische «Mission impossible».

Offensichtlich ist es für viele einfacher, auf den Krankenwagen zu schiessen, statt ihm die Strasse freizuhalten.

Da die Staaten knausern, sucht die WHO nach anderen Finanzierungsquellen – wie privaten Stiftungen. Mit 229 Millionen Dollar im Jahr 2018 – fast 10 Prozent des Gesamtbudgets – ist die Bill & Melinda Gates Foundation zur zweitgrössten Geldgeberin der WHO nach den Vereinigten Staaten (insgesamt 340 Millionen Dollar) geworden, was ihr die Möglichkeit verschafft, gewisse Prioritäten in der Gesundheitspolitik mitzusteuern. Die Genrosität des aktuell zweitreichsten Mannes der Welt wäre etwas weniger problematisch, wenn einerseits dessen Mittel frei verfügbar gemacht würden und vor allem,

wenn die Staaten ihre eigenen festen Beiträge erhöhen würden.

Public Eye und andere NGOs haben den wachsenden Einfluss der Bill & Melinda Gates Foundation – der nun in der Krise der Nährboden für weltweit wild ins Kraut schießende Verschwörungstheorien darstellt – regelmässig kritisiert. Weite Teile der Zivilgesellschaft wünschen sich eine starke und unabhängige WHO, die in der internationalen Gesundheitspolitik tatsächlich eine Führungsrolle einnimmt – im Einklang mit ihrer Verfassung von 1948, die ihr dafür nicht nur die Legitimität zuspricht, sondern eigentlich auch die nötigen rechtlichen Mittel gibt. Und sie sorgen sich, dass die Partizipationsmöglichkeiten etwa von NGOs in den entscheidenden WHO-Gremien unter der Prämisse höherer Effizienz immer kleiner werden.

Die WHO ist also mitnichten perfekt. Und es wird wie nach jeder Gesundheitskrise auch nach dem Abflachen der Corona-Pandemie entscheidend sein, erkannte Fehlfunktionen zu korrigieren. Aber die WHO wird weder einseitig von China (25 Millionen Dollar Beitragszahlungen 2018) noch von den Vereinigten Staaten oder Deutschland (170 Millionen Dollar 2018) gesteuert, sondern von allen gemeinsam. Und sie ist nach wie vor die einzige Organisation, die Gesundheitspolitik über die engen Grenzen einzelner Länder hinaus gestalten kann. Aber offensichtlich ist es für viele einfacher, auf den Krankenwagen zu schießen, statt ihm die Strasse freizuhalten. ■

Doch machen wir erst einmal einen Schritt zurück und fragen uns: Wo liegen überhaupt die Ursachen für diese Pandemie. Die Theorie, dass Bill Gates die WHO gekapert oder gar das Virus erfunden habe, um die Weltbevölkerung zwangs-impfen und ihr dabei auch noch Mikrochips unter die Haut injizieren zu können, ist offensichtlich abstrus. Und für das von der US-Regierung propagierte Szenario, dass die Viren aus einem Labor in der chinesischen Stadt Wuhan entwichen seien, gibt es bislang keinerlei Beweise. Also lassen Sie uns auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse Antworten auf die folgende Frage suchen:

Welche Faktoren begünstigen die Ausbreitung sogenannter Zoonosen?

Schuld ist nicht der Pangolin, schreibt meine Kollegin Carla Hoinkes in Fettschrift über den ersten Absatz ihrer Analyse, in der sie sich mit dem Zusammenhang von industrieller Landwirtschaft, Massentierhaltung und virologischen Erkrankungen beschäftigt. Zwar gehe die am stärksten verbreitete These davon aus, dass das neuartige Coronavirus SARS-Cov-2 von Fledermäusen auf diese Schuppentiere und von dort auf den Menschen übertragen

wurde. Diese These wird allerdings von manchen, etwa vom zum Popstar mutierten deutschen Virologen Christian Droste, bezweifelt. Er vermutet eher Schleickatzen oder Marderhunde als Zwischenwirte.

Wie auch immer: Möglich gemacht worden sei eine solche Übertragungskette jedenfalls erst durch den massenhaften Fang oder die Zucht und den Handel auf Chinas Wildtiermärkten, schreibt unsere Landwirtschaftsexpertin. Gerade der Pangolin erfreue sich dort wachsender Beliebtheit. Gemäss einer Studie, die 2016 von der auf den Wildtierhandel spezialisierten Organisation Traffic publiziert wurde, hat sich der Preis der Pangolinschuppen, denen medizinische Eigenschaften zugeschrieben werden, auf Chinas Märkten innerhalb von zehn Jahren ungefähr vervierfacht. Auch das Fleisch gilt als Delikatesse. Alle acht der in Asien und Afrika beheimateten Pangolinarten sind heute vom Aussterben bedroht. Pangoline sind die meistgeschmuggelten Säugetiere überhaupt.

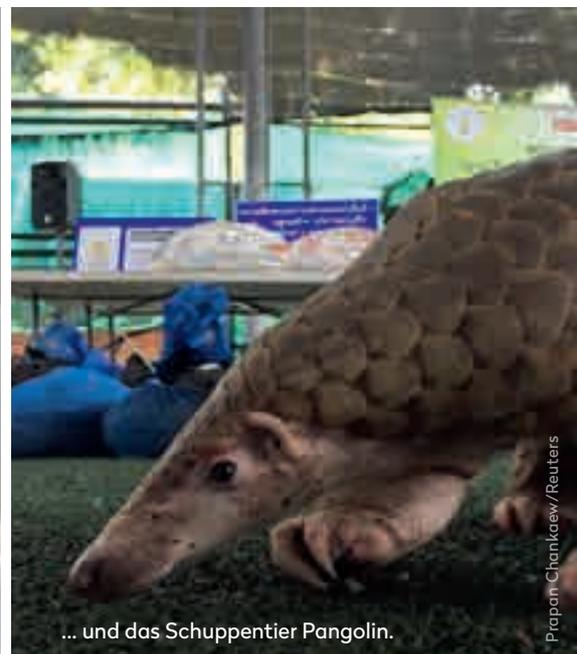
China will den Wildtierhandel künftig deutlich stärker regulieren. Doch diese Massnahme allein werde kaum ausreichen, um dem Ausbruch von Zoonosen, also Krankheiten, die zwischen Tier und Mensch übertragen werden, effektiv, nachhaltig und weltweit vorzubeugen. 2016 warnte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP in einem Bericht zu sechs «aufkommenden Umweltproblemen», dass Zoonosen weltweit «auf dem Vormarsch» seien. Zwischen 1940

7



Zwei Sündenböcke in der Krise: WHO-Direktor Tedros Adhanom Ghebreyesus...

© Mark Henley/Panos



... und das Schuppentier Pangolin.

Prapan Chankraew/Reuters

und 2012 waren demnach 60 Prozent von insgesamt 335 dokumentierten, neu aufgetretenen Infektionskrankheiten Zoonosen. Fast drei Viertel davon sind auf Wildtiere zurückzuführen. Eigentlich übertragen sich Tierkrankheiten nur selten auf den Menschen und noch seltener werden daraus Epidemien oder gar Pandemien. Doch warum geschieht dies nun immer häufiger? Carla identifiziert vier miteinander in Beziehung stehende Problemdimensionen:

1. Gestörte Ökosysteme befördern Übertragung

Zu den wichtigsten Risikofaktoren gehört neben dem Wildtierhandel die Zerstörung natürlicher Lebensräume, etwa durch die Urbanisierung. Dadurch nähern sich Wildtiere notgedrungen menschlichen Siedlungsräumen, was Kontakte mit Menschen und damit die Wahrscheinlichkeit von Übertragungen erhöht. Dabei spielen nicht nur die Verkleinerung der Lebensräume, sondern vor allem auch der Zustand der Ökosysteme eine entscheidende Rolle, wie Stefan Flückiger, Geschäftsführer Agrarpolitik des Schweizer Tierschutzes STS, auf Anfrage erklärt: «In stark gestörten Ökosystemen mit geringer Biodiversität wird eine Epidemie wahrscheinlicher.» «Gestört» werden die Ökosysteme meist durch menschliche Aktivitäten. So befürchten Ökologinnen und Ökologen beispielsweise, dass die drohende Ausrottung der Schuppentiere zu verheerenden Termiten- oder Ameisenplagen

führen und damit ganze Ökosysteme aus dem Gleichgewicht bringen könnte. Die kleinste Pangolinart vertilgt pro Tag rund 300 Gramm, die grösste bis zu zwei Kilogramm dieser Insekten.

2. Die industrielle Landwirtschaft als treibender Faktor

Was den Ökosystemen insgesamt wohl am meisten zusetzt, ist aber weder die Jagd noch die Urbanisierung, sondern die Landwirtschaft: Die allermeisten Waldrodungen dienen heute der Erweiterung von Anbau- und Weideflächen; in tropischen und subtropischen Ländern sind es bis zu 80 Prozent. Im für diese Entwicklung emblematischen brasilianischen Amazonasgebiet hat die Regenwaldabholzung in den ersten vier Monaten dieses Jahres nicht etwa ab-, sondern massiv zugenommen: Gemäss den vorläufigen Zahlen des Nationalen Instituts für Weltraumforschung INPE sind zwischen Januar und April 1202 Quadratkilometer Regenwald abgeholzt worden – ein Zuwachs von 55 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode. Umweltschutzorganisationen fürchten, dass die Abholzung weiter zunehmen wird – auch, weil aufgrund der Coronakrise weniger kontrolliert wird. Der grösste Teil der gerodeten Fläche dient der Viehzucht und dem Anbau von Nutzpflanzen wie Soja oder Mais. Die Ernte wird in gigantischen Mengen nach China und Europa verschifft und dort in erster Linie als Tierfutter verwendet – was uns zum

nächsten zentralen Risikofaktor bringt: der Massentierhaltung.

3. Der «Monokultur-Effekt» in der Massentierhaltung

Zoonosen gehen selten direkt auf den Menschen über; oft dienen Nutztiere als Intermediäre; wie bei der Vogelgrippe, die von Wildvögeln über Hühner auf den Menschen übergegangen ist. Hühnerställe mit hohen Beständen und engen Platzverhältnissen boten dem Virus ideale Voraussetzungen, um zu einem für den Menschen gefährlichen Erreger zu mutieren. Wie Stefan Flückiger erklärt, verschärft die Massentierhaltung die Gefahr für Zoonosen in vielerlei Hinsicht: «Das Problem sind nicht nur die hohe Besatzdichte der Tiere, der konzentrierte Anfall von Exkrementen, die Tiertransporte und Schlachthöfe, sondern auch der hohe Einsatz von Antibiotika in den Intensivtierhaltungen», sagt er. Hinzu kommt gemäss UNEP-Bericht der «Monokultur-Effekt», also das Fehlen von genetischer Vielfalt unter den Nutztieren, die einer Verbreitung von Krankheiten vorbeugen könnte. Diese Vielfalt nimmt dramatisch ab, unter anderem durch die zunehmend globalisierte Viehzucht mit Fokus auf wenige «Hochleistungsrassen» – und mit ihr die Widerstandsfähigkeit der Tiere. Die Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der UNO (FAO) schätzt, dass heute 17 Prozent oder 1458 aller Nutztierassen vom Aussterben bedroht sind. Bei weiteren 58 Prozent ist der Bedrohungsstatus unklar, und allein zwischen 2000 und 2014 sind hundert Rassen ausgestorben.

4. Der Klimawandel als Brandbeschleuniger

Die Zerstörung der Umwelt und – eng damit verbunden – die Art und Weise, wie wir Landwirtschaft und Viehzucht betreiben, erhöht das Risiko für Zoonosen erheblich. Das ist im Grunde nichts Neues: Seit der Mensch Ackerbau und Viehzucht betreibt, hat er sich Krankheiten von Nutztieren eingefangen. So beschäftigten uns etwa noch heute die vor mehreren Jahrhunderten aus dem Rinderpestvirus hervorgegangenen Masern. Doch noch nie haben wir so viele Nutztiere gehalten wie heute, und noch nie war der Druck auf die Ökosysteme so hoch. Und nicht umsonst nennt die UNEP auch den Klimawandel als potenziellen Brandbeschleuniger für Zoonosen: Klimaveränderungen können dazu führen, dass sich sowohl Krankheitserreger (z. B. der Malaria-Parasit) wie

8



Lausanne, 4. Mai 2020.

© Laurent Gillieron/Keystone

Wirte, darunter Überträger (etwa die Malaria-Mücke) in neuen Regionen ansiedeln. Ausserdem gefährden die Auswirkungen des Klimawandels grundsätzlich das Überleben vieler Tier- und Pflanzenarten.

Das UNO-Umweltprogramm schrieb bereits in seinem Bericht von 2016, es sei unabdingbar, die tieferliegenden «Ursachen für das Auftreten von Zoonosen anzugehen»: die menschlichen Aktivitäten, die extreme Belastungen für die Ökosysteme und ihre Funktionsfähigkeit bedeuteten.

Was also müsste geschehen?

Welche Schlussfolgerungen müssen gemäss unserer Landwirtschaftsexpertin aus diesen Erkenntnissen gewonnen werden? «Es ist verständlich, dass das Augenmerk aktuell auf die Bekämpfung der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gerichtet ist», schreibt Carla. Doch mittelfristig dürften die systemischen Ursachen für Zoonosen und Pandemien nicht vernachlässigt werden. «Entscheidend für eine verbesserte Resilienz gegenüber der Verbreitung von Krankheiten ist die Biodiversität, die Vielfalt der Ökosysteme, der Arten und Gene also.» Dabei sei die Erhaltung von Agrobiodiversität – also vor allem der Sortenvielfalt sowie Vielfalt der Nutztierassen – ebenso wichtig wie der Schutz von «natürlichen» Ökosystemen, schreibt sie, und erklärt per Kommentar, sie habe das Wort natürlich deshalb in Anführungs- und Schlusszeichen gesetzt, weil heute wohl alle Ökosysteme von menschlichen Aktivitäten beeinflusst seien, und eine Unterscheidung zwischen «künstlichen» und «natürlichen» Ökosystemen deshalb eigentlich wenig Sinn ergebe.

Die Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften hat erst im Februar 2020 ein Faktenblatt über die vielfältigen Gefahren durch die schwindende landwirtschaftliche Vielfalt publiziert: «Die Agrobiodiversität ist das Fundament der Ernährungssicherheit. Der Anbau und die Zucht von diversen Arten, Sorten und Rassen von Tieren und Pflanzen mindert die Risiken durch Klimaextreme, Schädlingsbefall und Krankheiten», schreiben die Autorinnen und Autoren, und machen sich für eine «Politik der Vielfalt statt Gleichförmigkeit» stark. Zudem weisen sie auf die «besondere

Verantwortung» der Schweiz hin, da viele grosse Nahrungsmittel-, Agrarhandel-, Pestizid- und Saatgutkonzerne ihren Sitz in der Schweiz haben. «Ihr Geschäftsmodell hängt vom kontinuierlichen Ausbau eines auf Monokulturen basierenden Nahrungssystems ab, das eine direkte Bedrohung für die Agrobiodiversität darstellt.»

Dieses auf Monokulturen und Masentierhaltung beruhende, für den Weltmarkt produzierende System ist nicht nur ein Einfallstor für neue Krankheiten, sondern stellt sich in der akuten Covid-19-Krise grundsätzlich als alles andere als widerstandsfähig heraus. Doch steigen wir erst einmal auf eine etwas höhere Flughöhe und fragen uns, wie sich der Welthandel seit Beginn der Krise entwickelt hat. Und wer von diesen Entwicklungen am direktesten betroffen ist. Denn dann werden wir zwangsläufig wieder bei den Menschen landen, die Agrargüter für den globalen Markt produzieren. Also:

Wie hat sich der Welthandel seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie entwickelt? Und was ist für die nähere Zukunft zu erwarten?

Fragen, für deren Beantwortung es bei uns niemand Prädestinierteren gibt als unseren Handelspolitikexperten Thomas Braunschweig. «Die Coronakrise wird zu einem drastischen Einbruch des Welthandels führen» – mit diesem Satz beginnt seine Analyse, und dann liefert Thomas die Zahlen zur jüngsten Entwicklung, auf denen diese Einschätzung beruht. Er schreibt:

Bereits im letzten Quartal des vergangenen Jahres schrumpfte der internationale Warenhandel saisonbereinigt um 1,2 Prozent. Dieser Abwärtstrend hat sich im ersten Quartal des laufenden Jahres noch verstärkt. Gemäss dem World Trade Monitor des holländischen Bureau for Economic Policy Analysis sank das Volumen des Welthandels zwischen Januar und März 2020 um 2,5 Prozent im Vergleich zum vorangegangenen Quartal. Und die Situation könnte sich noch deutlich verschärfen:

Aufgrund der Covid-19-Pandemie und der Massnahmen zu deren Eindämmung geht die Welthandelsorganisation WTO für 2020 von einem Einbruch des globalen Warenhandels von 13 bis 32 Prozent aus. Die enorme Spannweite dieser Prognose ist ein deutliches Zeichen für die aktuell vorherrschende «radical uncertainty», die «radikale Ungewissheit», wie es der prominente Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz ausdrückte, in Bezug auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise.

Bereits jetzt deutlich beobachtbar sei dagegen, schreibt Thomas weiter, dass die Krise jene Menschen am härtesten treffe, die in Armut leben und bereits zuvor unter prekären Arbeitsverhältnissen litten. Die Universität der Vereinten Nationen geht in einem Papier vom April davon aus, dass die weltweite Armut erstmals seit 30 Jahren zunehmen wird – besonders stark im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent. Im schlimmsten von drei prognostizierten Szenarien – bei einem Einkommens- bzw. Konsumrückgang um 20 Prozent – könnten 420 bis 580 Millionen Menschen in die Armut getrieben werden.

Ein Wirtschaftszweig, in dem ein Grossteil der Beschäftigten unter besonders prekären Bedingungen arbeitet, ist der Landwirtschaftssektor. Fast 80 Prozent der 800 Millionen ärmsten Menschen der Welt sind für ihren Lebensunterhalt weitgehend von der Landwirtschaft abhängig. Wie die Menschen, an die mich die Stichworte «Prekär», «Armut» oder «Abhängigkeit» als Erstes denken lassen: die Bauernfamilien, die ich vor zwei Jahren im indischen Bundesstaat Maharashtra getroffen habe. Gemeinsam mit unseren indischen Partnern vom Pesticide Action Network (PAN) hatten wir im Distrikt Yavatmal die Folgen einer schweren Vergiftungswelle im Jahr zuvor zu dokumentieren, in der auch ein Insektizid des Basler Konzerns Syngenta eine Rolle gespielt hatte. Haften blieb der Eindruck von Menschen, die in ärmlichsten, ja elenden Bedingungen leben. Die gefangen sind in einer Abwärtsspirale: Trotz des immer intensiveren Einsatzes von hochgiftigen Pestiziden wird der Schädlingsbefall auf ihren genveränderten Baumwollpflanzen von Jahr zu Jahr schlimmer, der Ernteertrag schwindet, die Familien müssen zu immer höheren Zinsen Kredite aufnehmen, um Samen, Düngemittel und Pestizide für die nächste Ernte kaufen zu können. Yavatmal ist als der Ort bekannt, an dem sich verhältnismässig am meisten Bauern und Landarbeiter das Leben nehmen – meist aus Verzweif-

lung und Scham, weil sie ihre Familie nicht mehr versorgen, die Ausbildung der Kinder oder die Mitgift für die Heirat der Töchter nicht bezahlen können.

Wie geht es den bitterarmen Bauernfamilien im indischen Baumwollgürtel heute?

Am 24. März verhängte die Regierung von Narendra Modi praktisch über Nacht eine landesweite Ausgangssperre – der «grösste Lockdown der Welt», wie Zeitungen allenthalben schrieben. 25 Prozent der Baumwollernte im Bundesstaat Maharashtra habe nicht verkauft werden können, ist Ende April in indischen Medien zu lesen. Zu den durch die Ausgangssperre bedingten Einschränkungen seien auch noch für die Jahreszeit unüblich starke Regenfälle dazugekommen, welche die Qualität der geernteten Baumwolle in Mitleidenschaft gezogen hätten. Ich schreibe Narashima Reddy, dem von allen nur «Dr. Reddy» genannten Direktor von PAN India, mit dem ich damals die Bauernfamilien besuchte. Seine Antwort kommt rasch, und sie fällt etwa so aus, wie befürchtet: Gerade als die Baumwol-

le bereit zur Ernte gewesen wäre, habe die Corona-Pandemie Indien erreicht, schreibt er. Zwar sei die Landwirtschaft von den Lockdown-Regelungen ausgenommen worden, aber aufgrund strikter Reiseverbote, nicht mehr funktionierender Geldautomaten und zwischenzeitlicher Treibstoffengpässe sei es vielen Bauernfamilien unmöglich gewesen, ihre Baumwolle loszuwerden. Dies habe bei vielen Bauern und Landarbeiterinnen zu erheblichen Einkommensverlusten geführt – und damit direkt zu Schwierigkeiten, an Lebensmittel zu kommen.

Und Essen ist nur das unmittelbarste Problem. Die Bauern verkauften ihre Baumwolle nun zu Dumpingpreisen, schreibt die indische Onlinezeitung «The Print» – denn sie benötigten dringend Geld, um sich die «Inputs» für die bereits im Juni beginnende Anbausaison leisten zu können. Dr. Reddy schreibt, die indische Regierung habe zwar gewisse Unterstützungsleistungen angekündigt, doch die Qualität und Quantität dieser Massnahmen sei «völlig unzureichend». So würden die Bauernfamilien «immer tiefer in die Spirale von Krediten, Schulden und Armut» getrieben.

Die Situation der Menschen in Yavatmal mag besonders deprimierend sein. Doch weltweit seien Millionen von Menschen, die für den globalen Markt Agrarrohstoffe produzierten, «von den Auswirkungen der Krise existenziell be-

droht», sagt Silvie Lang, unsere Expertin für Agrarrohstoffe. Ein grosser Teil dieser «Soft Commodities» wird über die Schweiz gehandelt, wie Public Eye vor einem Jahr in einem umfassenden Bericht aufgezeigt hat. Silvie hat sich in den letzten Wochen eingehend mit den Wechselwirkungen zwischen der Krise und dem globalisierten Agro-Food-System beschäftigt. Ihre Quintessenz: «Die Covid-19-Pandemie fördert in aller Deutlichkeit die Schwächen unseres globalen Agro-Food-Systems zutage und zeigt auf, was geschieht, wenn man hauptsächlich auf die industrielle Landwirtschaft, wenige globale Wertschöpfungsketten und ausbeuterische Arbeitsbedingungen setzt.»

Besonders an der Situation der «schwächsten Glieder entlang globaler Agro-Food-Wertschöpfungsketten, den Kleinproduzenten und Arbeiterinnen, welche Agrarrohstoffe anbauen, ernten und verarbeiten», schreibt Silvie weiter, zeige sich die «Perversion dieses Systems»: Denn ob nun aktuell die Nachfrage nach einem Rohstoff steige oder sinke – am Schluss fänden sich viele von ihnen in einer noch schwierigeren Lage wieder als ohnehin schon. «Entweder verlieren sie ihre Einkünfte, da die Nachfrage wegbricht oder nicht mehr produziert werden kann, oder sie werden gezwungen, trotz fehlender oder ungenügender Schutzmassnahmen weiterzuarbeiten, um das globale Verlan-

10



«Spirale von Krediten, Schulden und Armut»: Bauernfamilien in Yavatmal.



Tomaso Ferrando

gen nach billigen Nahrungsmitteln zu stillen.» Das wollen wir uns näher anschauen.

Was sind die direkten Konsequenzen für Bauernfamilien, wenn der Preis des von ihnen angebauten Produkts einbricht?

Diese Frage lässt sich etwa anhand von Kakao anschaulich diskutieren. Die Preise auf den Weltmärkten rasselten in der zweiten Februarhälfte in den Keller. Ghana etwa – das nach der Elfenbeinküste wichtigste Produktionsland weltweit, in dem Kakao fast 40 Prozent aller exportierten Güter ausmacht – kostete die Covid-19-Pandemie bis zu einer Milliarde US-Dollar, warnte Joseph Boahen Aidoo, der CEO der staatlichen Kakao-Exportbehörde, Anfang April. Auch wenn die Grundlage dieser Berechnung unklar ist und die Behörde auch ein Interesse daran haben könnte, die Situation dramatisch darzustellen, um an Unterstützungsleistungen zu kommen – klar ist, wer in Ghana am meisten unter der Krise leidet: die rund 800 000 Kakaobauern und -bäuerinnen. Denn anders als die drei Giganten in der Verarbeitung von Kakao – Barry Callebaut mit Hauptsitz in Zürich sowie Cargill und Olam, die beide wichtige Handelsniederlassungen in Genf unterhalten – haben sie kaum Möglichkeiten, flexibel auf Preisschwankungen zu reagieren und sich gegen Verluste abzusichern.

In Ghana seien die Auswirkungen der Pandemie heftig, berichtet Sandra Sarkawa von der Nichtregierungsorganisation SEND, mit der sich Silvie ausgetauscht hat. So seien die Preise mancher Lebensmittel aufgrund von Panikkäufen und Importschwierigkeiten sprunghaft angestiegen. Die ghanaischen Kakaobauernfamilien seien – zusätzlich zu den einbrechenden Weltmarktpreisen, die akut ihre Einkünfte bedrohen – auch ganz direkt vom Lockdown betroffen. Viele von ihnen kämen derzeit nicht an Düngemittel und Pestizide, weil die Geschäfte geschlossen seien. Zudem sei es dort, wo keine elektronischen Zahlungssysteme etabliert seien, schwierig, den Bauernfamilien überhaupt das Geld für ihre Kakaobohnen zukommen zu lassen.

Wenn die Bauernfamilien nicht rasch mit weitreichenden Massnahmen unter-

stützt würden, werde sich «die Armut auf allen Ebenen zeigen – einschliesslich der Ernährung der Bauern und ihrer Familien», schreibt Sandra Sarkawa, und warnt – wie verschiedene Personen und Institutionen vor ihr – insbesondere auch davor, dass der ökonomische Druck auf die Bauernfamilien zu einer Verschärfung des endemischen Problems der Kinderarbeit führen wird. Einerseits seien die Schulen, wo die Kinder auch an eine Mahlzeit kämen, geschlossen. Andererseits werden es der starke Anstieg von Preisen für Güter und Dienstleistungen und die sinkenden Einkünfte den Kakaobauern und -bäuerinnen verunmöglichen, Arbeiterinnen und Arbeitern Löhne zu bezahlen – «was sie wiederum dazu zwingen wird, die günstige oder gar kostenlose Arbeit von Kindern in Anspruch zu nehmen.» Manche Kakao- und Schokoladefirmen spendeten Seife, Handdesinfektionsmittel oder medizinische Güter, schreibt sie. Manche unterstützten die kakaoproduzierenden Länder, in der Region aktive Hilfsorganisationen oder lokale Gemeinschaften auch finanziell. Doch das reiche nicht. Die Armutsfalle könne nur umgangen werden, wenn die globalen Konzerne langfristig anständige Preise bezahlten. «Die Bäuerinnen und Bauern können diesen globalen Schock nicht alleine absorbieren.»

Um die grossen Linien der gegenwärtigen Entwicklungen besser umreissen zu können, hat sich Silvie auch mit Tomaso Ferrando unterhalten, einem aus Turin stammenden Experten für die Zusammenhänge zwischen Recht und Ernährung, den sie bereits vor einem Jahr für unser Magazin interviewt hatte. Über Skype sprach er mit ihr aus seiner Wohnung in Antwerpen, wo er derzeit an der Universität lehrt. Nachdem er zum Einstieg die dramatische Situation in seiner Heimat Norditalien kurz und prägnant umrissen hat – «Es zeigt sich jetzt einfach, was geschieht, wenn ein solches Virus in einer sowieso schon angespannten Wirtschaftslage auf eine durch Jahre der Austeritätspolitik erodierte Grundversorgung trifft» – kommt auch Tomaso rasch auf das Los der Kakaobauernfamilien zu sprechen. Ihre Situation sei wie auch jene von Kaffeebäuerinnen in Vietnam oder Blumenproduzenten in Kenia bezeichnend für die Fehlanreize, die ein auf Profitmaximierung ausgelegtes System produziere, sagt Tomaso. «Dreissig, vierzig Jahre lang hat man diese Bäuerinnen und Bauern und ihre Regierungen davon zu überzeugen versucht, es werde ihnen viel besser gehen, wenn sie ein bestimmtes «cash crop» anbauten, statt für die lokalen Märkte zu produzieren.

Und jetzt brechen die globalen Lieferketten plötzlich zusammen, und die Familien, die ihre ganze Existenz auf ein bestimmtes Produkt für den internationalen Markt abgestützt haben, stehen vor dem Nichts. Und was tun die Händler, die Verarbeiter, die Retailer – also alle die, die in den letzten Jahren riesige Profite mit diesen Gütern erwirtschaftet haben – jetzt, wo die Nachfrage danach grösstenteils sinkt? Sie sagen einfach: «Die Situation der Produzentinnen und Produzenten ist nicht unser Problem» – und hoffen, dass diese Menschen in ein paar Monaten immer noch bereitstehen, um wieder für sie Profite zu generieren. Und das wird wohl auch so sein. Denn die Bäuerinnen und Bauern haben gar keine Alternative.» Die Coronakrise zeige noch deutlicher als bis anhin auf, «wer das Sagen hat im globalen Agro-Food-System», sagt Tomaso.

Und wenn ein Nahrungsmittel wie Orangensaft plötzlich stärker nachgefragt wird: Was bedeutet das für die Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter?

Die Weltmarktpreise für Orangensaft schossen ab Mitte März in die Höhe. Weil einerseits die Nachfrage des vermeintlich für das menschliche Immunsystem förderlichen Getränks rasant anstieg und sich andererseits die Produktion der Früchte und der Transport des Saftes aufgrund der Einschränkungen immer schwieriger gestaltete, stiegen die Preise von «Futures» – Termingeschäfte für die Übernahme einer Ware zu einem bestimmten Zeitpunkt – auf den höchsten Wert seit 2015. Doch profitieren von diesem Preisanstieg auch die Plantagenarbeiterinnen und Plantagenarbeiter, jene in São Paulo etwa, von deren tristen Arbeitsrealitäten Sie ab Seite 40 in diesem Heft lesen können? «Kaum», schreibt Marcel Gomes, Rechercheleiter unserer Partnerorganisation Repórter Brasil in São Paulo, in einem Mail an Silvie. Die aufgrund der höheren Weltmarktpreise erzielten Profite landeten bei den Verarbeitern und den Exporteuren, aber nicht bei den Menschen, die die Orangen pflückten. Die Landwirtschaft sei zwar per Dekret als «essenzielle Aktivität» erklärt worden,

doch die Pandemie Sorge für noch prekärere Arbeitsbedingungen – und bremse zudem die Hoffnung auf etwas bessere Löhne: So hätten zahlreiche Gewerkschaften die jeweils im Frühling stattfindenden Tarifverhandlungen für höhere Löhne – oder zumindest eine Anpassung an die Inflation – auf Eis legen müssen. Zudem gebe es viele Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter, die beklagten, nicht genügend Masken und Desinfektionsmittel zu erhalten. Die Situation für die unzähligen Pflückerinnen und Pflücker dürfte sich in den kommenden Monaten weiter verschärfen, denn im Juni beginnt die arbeitsintensive Haupternte jener Orangen, die als Konzentrat oder Frischsaft vor allem für den Export bestimmt sind.

Für Ibiapaba Neto, den Direktor des brasilianischen Verbands der Zitrusfrucht-Exporteure, liegen die Prioritäten allerdings nicht beim Schutz der Pflückerinnen und Pflücker, wie man in der brasilianischen Presse lesen konnte: Der Sektor müsse «zu hundert Prozent aktiv» bleiben, fordert er. «Unsere Agro», sagte Ibiapaba Neto (der Begriff «Agro» ist in Brasilien aufgrund einer breiten Imagekampagne ein fortwährend bemühter, pathetisch aufgeladener Ausdruck für das Agrobusiness) «darf nicht stillstehen.»

Hauptsache, die Produktion stoppt nicht! Man muss nicht bis nach Brasilien schauen, um zu erkennen, dass das der vorherrschende Imperativ ist. Tomaso Ferrando kommt auch auf sein Heimatland zu sprechen, das sich Mitte März auf ein Dekret geeinigt hat, nachdem der Agrarsektor im April wegen fehlender Erntehelferinnen und -helfer 35 Prozent seiner Produktion verlor: Es soll rund 300 000 schwarz im Agrarsektor arbeitenden Menschen einen legalen Status verpassen. Ein positiver Aspekt dieser Krise sei vielleicht, sagt Ferrando, dass in Italien nun endlich darüber diskutiert werde, unter welchen inakzeptablen Bedingungen insbesondere Migrantinnen und Migranten im Agrarsektor arbeiten. Auch Spanien fehlen für die Ernte von Obst und Gemüse Zehntausende Arbeitskräfte. Er könnte dazu einen Artikel schreiben, bietet Adrià Budry Carbó an, der bei uns sonst zu Rohstoffen (und manchmal zu Orangen, Sie wissen schon: ab Seite 40) recherchiert. «Sehr gerne», schreibe ich ihm zurück, und ein paar Tage später lieferte er den Einblick in die Realitäten auf den spanischen Feldern, die Sie auf den kommenden beiden Seiten lesen können.

Spanien will Arbeitslose und Eingewanderte auf die Felder schicken

Wegen der Coronavirus-Pandemie haben Auswanderungsländer ihre Grenzen zu Europa geschlossen. In Italien und Spanien, wo Hunderttausende von Erntehelfern und -helferinnen fehlen, drohen Obst und Gemüse auf den Feldern zu verfaulen. Wie Italien hat auch Spanien Massnahmen ergriffen, um mehr Menschen zu ermöglichen, die harte und schlecht bezahlte Saisonarbeit auf den Feldern zu leisten.

ADRIÀ BUDRY CARBÓ

«Onubafruit S. Coop, Huelva», steht auf der Rückseite der Plastikschale geschrieben, daneben steht der Preis: «CHF 1.60». Es ist Mitte April, die Ansteckungszahlen der Pandemie steigen wie die Sonne immer höher, in ganz Westeuropa herrscht strahlendes Wetter, und im Supermarkt kostet ein halbes Kilo Erdbeeren einen Franken Sechzig. Ein Preis, so süß wie an der Sonne gereifte Früchte.

Zum Beispiel in Huelva, im Südwesten Spaniens. Die Produktion wäre jetzt auf dem Höhepunkt, doch der Markt ist schwach, und es fehlen die Arbeiterinnen und Arbeiter, um die Früchte zu ernten. Francisco Sánchez, der Geschäftsführer von Onubafruit, erzählt, dass manche Erdbeerplantagen bereits aufgegeben worden seien. Gut möglich, dass deren Früchte in der Schweiz gelandet wären, wo pro Jahr fast 200 000 Tonnen spanisches Obst und Gemüse konsumiert werden. In den letzten zehn Jahren stieg die Menge um 20 Prozent.

Wenn Marokko seine Saisonarbeiter zurückhält

Spanien ist eines der wenigen europäischen Länder, in denen der Agrarsektor in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt und den Anteil am Gesamtexport wächst. Doch nun haben die «Agrarmächte» wie Spanien oder Italien das Problem, dass es schlicht nicht mehr genügend Arbeitskräfte gibt, die das Obst und Gemüse ernten könnten.

Eine erste Warnung kam am 13. März: Marokko schloss seine Grenzen, aus Furcht, dass sich «seine» Saisonarbeitenden in Europa mit Covid-19 anstecken würden – was es über 11 000 der 15 000 marokkanischen Erntehelferinnen, die auf den Feldern von Huelva in der Beerenenernte hätten zum Einsatz kommen sollen, verunmöglichte, das Mittelmeer zu überqueren. Dann konnten sich auch die rumänischen und bulgarischen Arbeiterinnen und Arbeiter nicht

«Dass die Felder nun während der Pandemie leer stehen, liegt daran, dass sich die illegalen Arbeiterinnen und Arbeiter aus Angst vor der Polizei nicht mehr raus trauen.»

mehr auf den Weg machen – was die gesamte spanische Landwirtschaft ins Wanken brachte. Auf den Beerenfeldern von Huelva, in den Treibhäusern von Almería, auf den Steinobstplantagen der Levante und in den Reben Kataloniens fehlen rund 150 000 Arbeiterinnen und Arbeiter oder die Hälfte der Menschen, die normalerweise in diesem Sektor tätig sind.

Dieser Mangel habe das ganze System durcheinandergebracht, bestätigt Alberto,

der seit fünf Jahren als Freiwilliger einer NGO Lebensmittel, Seife und Wasser in den Lagern rund um Sevilla verteilt, in denen die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter leben. Seit Beginn der Ausgangssperre unterstützt seine Organisation jedoch vorwiegend Spanierinnen und Spanier. Und der 7-Uhr-Bus, der die Tagelöhnerinnen und Tagelöhner in den Camps einsammelte, ist verschwunden.

Das Lager in Gines, wo während der Ernte normalerweise bis zu 500 rumänische Arbeiterinnen und Arbeiter wohnten, sei «völlig leer», sagt Alberto. Zum Glück, meint der nun beschäftigungslose Mitvierziger: Denn wenn sich in den «Chabolas», den Barackenlagern, jemand mit Covid-19 ansteckte, würde sich das Virus «wie ein Lauffeuer ausbreiten».

Linderung per Dekret

In der Hoffnung, die Produktion sicherstellen und einen Preisanstieg bei Lebensmitteln verhindern zu können, hat die sozialistische Regierung von Pedro Sánchez am 7. April ein Dekret mit einer Reihe «dringender» Massnahmen erlassen, um den Mangel an Arbeitskräften zu lindern. Eine flexiblere Gestaltung von Arbeitsverträgen soll ermöglichen, dass Arbeitslose und Migrantinnen und Migranten einfacher in der

Landwirtschaft eingesetzt werden können – zumindest solange die Krise andauert.

Das sei eine «mit den Genossenschaften, Gewerkschaften und Regionen ausgehandelten Lösung», sagt die spanische Botschafterin in Bern, Aurora Diaz-Rato, und erinnert daran, dass Spanien bereits im Jahr 2005, unter der sozialistischen Regierung von José Luis Zapatero, eine breit angelegte Regularisierung von Migrantinnen und Migranten vorgenommen habe, die einer halben Million Menschen einen legalen Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffte.

Natürlich könnten nun nicht alle bislang unregulierten Migrantinnen und Migranten und Arbeitslosen in der Landwirtschaft tätig werden – schon nur, weil die Bewegungsfreiheit zwischen den Provinzen nach wie vor eingeschränkt ist. Die Botschafterin erinnert jedoch daran, dass etwa auch normalerweise im Getreide- oder Olivensektor Beschäftigte, die zurzeit keine Arbeit haben, einen wichtigen Arbeitskräftepool darstellen. Wie viele Stellen bereits besetzt worden sind, sagt sie nicht. Es sei «ein laufendes Projekt», beruhigt sie.

Schulter an Schulter ohne Maske

José Ibarra von der Gewerkschaft Comisiones Obreras in Cartagena sieht das Ganze deutlich kritischer: Die Arbeit auf

den Feldern sei so schlecht bezahlt, dass sogar Migrantinnen und Migranten sie oft nicht wollten, sagt er. Und die Bedingungen seien prekär: Um die Ernten zu retten, müsse wochenlang «Schulter an Schulter» gearbeitet werden, ohne Masken oder andere Schutzmassnahmen.

In seiner Region, Murcia, ist ein Fünftel der Bevölkerung arbeitslos. Der Stundenlohn für die Knochenarbeit auf den Feldern beträgt keine sieben Euro. «Stellen Sie sich vor, wie viel man schwarz verdienen kann!», sagt er. «Sobald sie reguliert worden sind, gehen die Arbeiterinnen und Arbeiter nach Frankreich, wo sie besser verdienen. Dass die Felder nun während der Pandemie leer stehen, liegt daran, dass sich die illegalen Arbeiterinnen und Arbeiter aus Angst vor der Polizei nicht mehr raus trauen.»

Für den Podemos-Sympathisanten, dessen Aufgabe es ist, mit den Arbeitgeberverbänden zu verhandeln, sind die Probleme struktureller Natur: «Pflegerpersonal, Pflückerinnen und Transporteure: Alle, die während der Pandemie besonders gefordert sind, arbeiten unter prekären Bedingungen. Ist Ihnen das aufgefallen?»

Irgendwie ist das auch die Botschaft einer Schale Erdbeeren in einem Schweizer Supermarkt – für einen Franken sechzig. ■



Erdbeerernte im spanischen Lepe Anfangs Mai: Es fehlen Tausende marokkanische Erntehelferinnen.

Vom Regal mit den Erdbeeren in unserem Coop oder Migros sind es jeweils nur ein paar wenige Schritte zu jener Frucht, die im Migros nicht nur mittels Drücken der Nummer eins abgewogen werden muss, sondern in der Schweiz auch die Nummer eins punkto verkaufter Stückzahl und Umsatz ist: zur Banane. Damit entfernen wir uns wieder von Europa und schauen über den Atlantik: Die meisten in der Schweiz verkauften Bananen stammen aus Kolumbien, Panama, Peru und Ecuador. In unserem letzten Magazin hatten wir über die endemischen Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen auf den ecuadorianischen Bananenplantagen unweit der Hafenstadt Guayaquil berichtet. Etwas später machte die Stadt im Südwesten des Landes als das «lateinamerikanische Bergamo» internationale Schlagzeilen – weil die ecuadorianische Wirtschaftsmetropole härter als jede andere Stadt auf dem Kontinent von der Pandemie getroffen wurde. Bilder von an den Strassenrändern deponierten, behelfsmässig verschnürten Leichen, die einfach von niemandem abgeholt wurden, gingen Anfang April um die ganze Welt.

lichen Umständen dafür sorgen, dass wir hier in Europa keinen Tag auf Bananen verzichten müssen?

Silvie Lang hat sich bei Jorge Acosta von ASTAC, der ecuadorianischen Gewerkschaft der Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter, erkundigt, der selbst in Guayaquil lebt. Im Moment gelte ausser von 5 Uhr morgens bis 14 Uhr nachmittags eine Ausgangssperre, schrieb er ihr Ende April. Auf den Bananenplantagen im Umland dürfe jedoch während 12 bis 15 Stunden pro Tag gearbeitet werden! «Die Arbeiterinnen und Arbeiter schufteten auch während der jetzigen Krise weit mehr als die gesetzlich vorgeschriebenen acht Stunden am Tag.» Zahlreiche unter ihnen seien allerdings in den letzten Wochen aus Angst vor einer Ansteckung nicht mehr zur Arbeit erschienen. Denn ob beim gemeinsamen Transport auf die Plantagen oder beim Verpacken der Bananen in engen Anlagen: «Ein wirkungsvolles «Social Distancing» ist im Bananensektor schlicht nicht möglich.»

Einige Firmen böten den Pflückerinnen und Pflückern nun fünf bis zehn Dollar mehr Lohn pro Woche an, damit sie wieder zur Arbeit erschienen, berichtet Jorge Acosta. Doch sie kümmerten sich kaum darum, dass die Angestellten etwa mit der nötigen Schutzausrüstung versorgt werden

– obwohl es wissenschaftlich längst belegt sei, dass Menschen wie die Arbeiterinnen und Arbeiter auf Bananenplantagen, die konstant giftigen Pestiziden ausgesetzt sind, über ein schwächeres Immunsystem und insbesondere anfälliger Atemorgane verfügen. Bereits Mitte März hatte ASTAC darauf hingewiesen, dass diese Menschen als Risikogruppe betrachtet und entsprechend geschützt werden müssten. Doch den grossen Händlern – Fyffes, Dole oder dem Chiquita-Konzern, der seinen europäischen Hauptsitz im Kanton Waadt hat – gehe es schlicht darum, die Produktion am Laufen zu halten, bilanziert Jorge Acosta. «Es ist wie bei jeder Krise: Die Auswirkungen werden direkt auf die Arbeiterinnen und Arbeiter abgewälzt.»

Besonders deutlich zeigt sich die Prämisse, alles zu tun, damit die profitable Nahrungsmittelproduktion weitergehen kann, auch in den USA – als immer klarer wurde, dass sich Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fleischverarbeitungsanlagen der Giganten Tyson Foods, Cargill und JBS (dem grössten Fleischproduzenten der Welt mit Hauptsitz im brasilianischen São Paulo) mit Corona angesteckt hatten und Dutzende dieser Fabriken vorübergehend schliessen mussten. Die stundenlange Arbeit am Fließband unter grossem körperlichem Einsatz, in stark klimatisierten Räumen und ohne ausreichende Distanz unter den Arbeitenden bietet dem Virus offenbar ideale Voraussetzungen, um sich zu verbreiten.

14

Wie geht es den Arbeiterinnen und Arbeitern, die unter diesen schreck-



Auf Ecuadors Plantagen: schufteten im «lateinamerikanischen Bergamo».

© Ramiro Aguilar Villamarín



© Vicente Gálbor del Pino/Reuters

Doch nachdem Tyson Foods Ende April in einem ganzseitigen Inserat in der New York Times und der Washington Post gewarnt hatte, die Nahrungsmittelversorgungskette werde zusammenbrechen, erklärte Präsident Trump die Fleischfabriken flugs zur «kritischen Infrastruktur» – was es lokalen Gesundheitsbehörden verunmöglichte, deren Schliessung zu veranlassen – und wies sie an, weiter zu produzieren. Das Arbeitsministerium kündete an, Arbeitgeber unterstützen zu wollen, falls diese von erkrankten Angestellten verklagt werden sollten. David MacLennon, der CEO von Cargill, meinte dazu Ende April lapidar, man werde schauen müssen, wie sich die Sicherheit der Fabrikarbeitenden mit Trumps Verordnung vereinbaren lasse. In einer von Cargills Produktionsstätten in Pennsylvania waren gemäss Bloomberg Mitte April 130 von 900 Angestellten an Covid-19 erkrankt. Weder der Konzern noch die Behörden hatten davor Auskunft zu Zahlen gegeben.

Auch in Kanada, Spanien, Deutschland oder Brasilien wurden Fleischfabriken zu Ansteckungsherden: Im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul, in dem pro Tag drei Millionen Hühner und 29 000 Schweine geschlachtet werden, berichtete das Gesundheitsamt Anfang Mai von einem Covid-19-Ausbruch in einem Industriegebiet mit mehreren Fleischfabriken. Die Rede war von über 240 bestätigten Fällen und über 2000 weiteren Arbeiterinnen und Arbeitern mit «grippeähnlichen» Symptomen. Mehrere der Fabriken werden von JBS betrieben. In einer Produktionsstätte, die schliesslich wegen Nichteinhaltung der erforderlichen Gesundheitsmassnahmen von der Staatsanwaltschaft geschlossen wurde, hatte JBS gemäss Aussagen der involvierten Staatsanwälte offenbar versucht, den Covid-19-Ausbruch zu vertuschen. Und da wir nun bereits bei der Agrarmacht Brasilien sind:

Wie präsentiert sich die Lage in dem von einem Präsidenten regierten Land, der die Corona-Pandemie als «kleine Grippe» bezeichnet?

Mitte Mai ging die Nachricht um die Welt, im brasilianischen Bundesstaat São Paulo allein seien mittlerweile im Zusammenhang mit dem Coronavirus mehr



Tote zu beklagen als in ganz China. Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro wetterte derweil auf Twitter gegen all jene, welche «die Tyrannei der totalen Isolation» unterstützen. Wenn Bolsonaro nicht gerade twittert, stuft er Fitnessstudios als lebensnotwendige Betriebe ein, setzt sich medienwirksam über «Social Distancing»-Regeln hinweg (wiederholt), schüttelt demonstrativ Hände (immer wieder) oder entlässt einen Gesundheitsminister (zweimal innert eines Monats). Der zuweilen als «Tropen-Trump» bezeichnete Bolsonaro scheint wie sein Amtskollege in den Vereinigten Staaten bereit, Todesfälle insbesondere in den ärmeren Bevölkerungsschichten in Kauf zu nehmen, wenn nur die Wirtschaft nicht zu brummen aufhört.

Das zeigt sich anschaulich an Brasiliens Exportgut Nummer eins, dem Soja – das zum grössten Teil in den Mäulern von chinesischen und europäischen Schweinen landet. Während Bolsonaros Sohn Eduardo China in Trumpscher Manier vorwarf, den Ausbruch des Virus verheimlicht zu haben, versuchte das brasilianische Ministerium für Infrastruktur Befürchtungen in China zu zerstreuen, dass es zu einem Soja-Lieferengpass kommen könnte. Der Export von Soja werde von der Pandemie nicht betroffen sein, beteuerte das Ministerium – obwohl sich insbesondere der Verband der Lastwagenfahrer, die die Ladungen zu den Häfen

transportieren, zuvor direkt bei Präsident Bolsonaro beklagt hatten, weil sie zu wenig vor einer Ansteckung geschützt würden.

Einer der wichtigsten brasilianischen Häfen für den Export von Soja und Mais liegt in Santarém, wo der Fluss Tapajós in den Amazonas mündet. Anfang Mai berichteten Medien über einen Anstieg der Covid-19-Fälle in Santarém und über die Sorgen von lokalen Ärztinnen und Ärzten, das wichtigste Handels- und Dienstleistungszentrum der Region könnte zu einem Epizentrum der Pandemie werden, was insbesondere aufgrund der mangelhaften Gesundheitsinfrastruktur verheerende Folgen haben würde. Ausgerüstet mit gerade einmal 30 Intensivbetten, müssen die Spitäler von Santarém zusätzlich zu den 300 000 Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt eine Million Menschen aus der Region versorgen. Drei Wochen später bewahrheiteten sich die Befürchtungen: Die Zahl der an Covid-19 erkrankten Menschen in Santarém war auf 776 gestiegen. Um das Schlimmste zu vermeiden, verordnete der Bundestaat Pará in Santarém am 23. Mai per Dekret den kompletten Lockdown. In Manaus im benachbarten Bundesstaat Amazonas war da das marode Gesundheitssystem längst an seine Grenzen gestossen. Die Folge waren völlig überlastete Spitäler, Massengräber, am Strassenrand deponierte



Eilig ausgehobene Gräber in São Paulo: mehr Tote als China.

© Amanda Perobelli/Reuters

16

Särge. Manaus und das 740 Flusskilometer entfernte Santarém haben eines gemeinsam: In ihrer Umgebung wüten jedes Jahr schwere Waldbrände, meist angefacht von Feuern, mit denen Weideflächen und Ackerland freigelegt werden. Hochsaison haben die Brände während der Trockenzeit von Mai bis Oktober. Wie Recherchen von Repórter Brasil zeigen, nehmen die Krankenhauseinweisungen wegen Atembeschwerden während dieser Zeit jedes Jahr stark zu, die Hauptbetroffenen sind Kinder und ältere Menschen. In einigen Amazonas-Bundesstaaten hatten die Rekordbrände von 2019 zu massiv überlasteten Spitälern geführt. Breitet sich Covid-19 in der Region weiter aus, könnte die Kombination von Rauch und Virus zur gesundheitlichen Katastrophe werden – ein Szenario, das Forscherinnen und Forscher des Amazonas-Umweltforschungsinstituts IPAM angesichts der massiven Zunahme der Abholzung in den ersten vier Monaten dieses Jahres für realistisch halten.

In Brasilien weise dennoch alles darauf hin, dass die Agrarindustrie auch in der Krise eine der Hauptstützen der Regierung bleiben werde, sagt Leonardo Melgarejo, Agraringenieur und Wirtschaftswissenschaftler sowie regionaler Vizepräsident der Brasilianischen Vereinigung für Agrarökologie, gegenüber unserer Landwirtschaftsexpertin Carla Hoinkes. Profitieren würden davon in

erster Linie ausländische Akteure. Zum Beispiel die Pestizidindustrie, die von wenigen internationalen Konzernen – unter ihnen Syngenta aus Basel – dominiert wird. Trotz Quarantäne wurden in Brasilien zwischen März und Mai 118 neue Pestizidprodukte zugelassen, wie Repórter Brasil berichtete. Möglich war dies, weil die Regierung das Agrobusiness inklusive Pestizidgeschäft als «essenziell» eingestuft hatte. Ausserdem haben die Gouverneure des Landes Anfang Mai mitten in der Krise die Verlängerung von Mehrwertsteuerrabatten auf Pestizide und andere Produktionsmittel beschlossen. Gemäss Berechnungen der Brasilianischen Vereinigung für Volksgesundheit ABRASCO führen diese Bevorzugungen jährlich zu Steuerausfällen von über einer Milliarde US-Dollar. Geld, das in Brasilien im Moment dringend benötigt würde. Denn das Ausmass der wirtschaftlichen Krise sei bereits jetzt gewaltig, schreibt Leonardo in seinem Mail von Anfang Mai: Fast 40 Prozent der Brasilianerinnen und Brasilianer seien zahlungsunfähig, die Zahl der Arbeitslosen betrage mehr als 15 Millionen. Leonardo erwartet eine «beispielslose Nahrungsmittelkrise». Brasilien, sagt Leonardo, sei zurück «auf der Landkarte des Hungers».

Wenn sogar in Brasilien Hunger droht, fragt man sich natürlich: Was droht da erst

in jenen Ländern, in denen bereits heute weite Teile der Bevölkerung nicht genügend zu essen haben? Die Schätzungen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen sind alarmierend: Bis Ende 2020 werde die Pandemie weltweit 135 Millionen Menschen an den Rand des Verhungerns treiben – eine Verdoppelung im Vergleich zu 2019.

Aber auch in Brasilien zeige sich schon jetzt deutlich, dass die verletzlichsten Gruppen – die zahlreichen indigenen Gemeinschaften und Quilombolas (Nachfahren entfloherer afrikanischer Sklavinnen und Sklaven) und überhaupt grosse Teile der Landbevölkerung – von der Krise am stärksten betroffen sein würden, sagt Leonardo. Weil Millionen von Brasilianerinnen und Brasilianern nicht über angemessene und ausreichende Nahrung, sauberes Trinkwasser und grundlegende sanitäre Einrichtungen verfügten, werde es desaströse Konsequenzen haben, wenn sich das Virus in den verarmten Gemeinschaften weiter ausbreite. Mit noch eindringlicheren Worten richtete sich Kay Sara, eine Indigene vom Volk der Tariano, Mitte Mai an die Weltöffentlichkeit: «Die Weissen nutzen das Chaos, um noch tiefer in die Wälder einzudringen. Die Feuer werden nicht mehr gelöscht. (...) Wir werden untergehen, wenn wir nicht handeln. (...) Dieser Wahnsinn muss aufhören. Lasst uns gemeinsam Widerstand leisten, lasst uns Menschen sein.»

Und was ist nun die Quintessenz aus dieser ernüchternden «Tour d'Horizon»?

Für Silvie Lang zeigen die diversen Beispiele Folgendes: «Die prekären Arbeits- und vielfach menschenunwürdigen Lebensbedingungen, denen Millionen von Menschen im globalen Agro-Food-Sektor ausgesetzt sind, machen diese besonders verletzlich für gesundheitliche und ökonomische Schocks. Wer in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen gefangen ist, wer kein existenzsicherndes Einkommen und kaum wirtschaftliche Alternativen hat, wer durch den langjährigen Einsatz gefährlicher Pestizide oder die körperliche Schwerstarbeit gesundheitlich geschwächt ist, wer ohne angemessene Unterkunft, sauberes Wasser oder Zugang zur Gesundheitsversorgung lebt, kann sich eigentlich weder die Arbeit ohne angemessene Schutzmassnahmen noch einen Einkommensausfall leisten. Genau vor diesem Dilemma stehen momentan weltweit viele Plantagenarbeiterinnen, Kleinbauern, Lastwagenfahrer oder Hafendarbeiterinnen.»

Was sich jetzt angesichts der Corona-Pandemie beobachten lasse, sagt Tomaso Ferrando, sei an sich nichts Neues. Es sei einfach eine Intensivierung der negativen Auswirkungen des globalisierten Agro-Food-Systems. «Wir haben ein System kreiert, das nicht verlangsamt werden kann», sagt Tomaso, «was für die Arbeiterinnen und Arbeiter genauso verheerend ist wie für die Umwelt.» Jetzt, wo die Nachfrage nach bestimmten Gütern zurückgehe, zeige sich, wie fragil dieses System sei. «Sobald man die Geschwindigkeit etwas drosselt, geht gleich der Motor kaputt.» Die gegenwärtige Pandemie, sagt Tomaso, wäre eigentlich eine hervorragende Gelegenheit, das globale Agro-Food-System grundlegend zu überdenken; die extreme Machtkonzentration im Agrarhandel, die Durchdringung des Systems durch Finanzakteure, die desaströsen Konsequenzen dieses Systems für die Umwelt und die traditionellen ländlichen Gemeinschaften, die wachsende Ungleichheit, die es produziere.

Aber er habe den Eindruck, dass es wenig Bereitschaft dafür gebe. «Es heisst einfach: Das ist ein Notfall, und jetzt müssen wir das System wieder zum Laufen bringen», sagt er, und wirkt jetzt für einen Moment recht fatalistisch: «Nach der Finanzkrise sagten wir: Die Spekulationen

waren das Problem, nicht das System. Also wurden die Spekulationsmöglichkeiten etwas eingeschränkt, aber grundsätzlich änderte sich nichts. Jetzt heisst es: Das Virus ist das Problem, nicht das System. Also führen wir «Social Distancing»-Regeln ein – und ändern wird sich wieder nichts.»

Der von der Weltbank propagierte Slogan «Keep food moving» scheine in der Krise geradezu zum Mantra zu werden, sagt Tomaso: «Die Leute scheinen aus irgendwelchen Gründen noch besessener vom Handel zu sein als zuvor schon.» Dabei gehe ein Aspekt vergessen, den Michael Fakhri – der Anfang Mai neu ins Amt berufene UNO-Sonderbericht-erstatte für das Recht auf Nahrung, mit dem Tomaso befreundet ist – in seiner ersten Rede betont habe: Dass nur gerade 25 bis 30 Prozent der weltweit angebauten Nahrungsmittel international gehandelt würden – und es sich dabei zu einem grossen Teil um Rohstoffe handle, die für Tierfutter verwendet würden. «Aber diese 25 bis 30 Prozent kriegen eine riesige Aufmerksamkeit von der Industrie, von den Gesetzgebern und den internationalen Organisationen – einfach weil sie den Teil des Agro-Food-Systems ausmachen, aus dem am meisten Profit gezogen werden kann.»

An die restlichen 70 Prozent, die die Menschheit tatsächlich ernähre, denke kaum jemand. Dabei wäre es längst an der Zeit, das Konzept der «Ernährungssouveränität ernst zu nehmen, herauszufinden, wie es möglich ist, ein resilienteres Modell zu schaffen, das die Produzentinnen und Produzenten ermächtigt, selbstbestimmt und souverän zu leben, ohne den Planeten zu zerstören.» Sich zu fragen, auf welchen Prämissen das gegenwärtige System beruhe. Wie es möglich ist, dass es im billionenschweren globalen Wirtschaftssystem des Jahres 2020 nicht möglich ist, die zur Genüge vorhandenen Nahrungsmittel so zu verteilen, dass niemand hungert. Wie es dazu kommt, dass gleichzeitig immer mehr Menschen übergewichtig und immer mehr unterernährt sind. «Wir wissen seit Jahren, in welcher katastrophalen Richtung wir steuern. Und dann kommt dieses Virus, und alle fragen sich: Wie schaffen wir es, dass diese Sojabohnen weiter um den Erdball verschifft werden können? Sorry, aber da frag ich mich: Wen zur Hölle interessieren jetzt Sojabohnen?» Die Frage müsste vielmehr sein, sagt Tomaso: «Wem dienen die globalen Wertschöpfungsketten tatsächlich?» In ihrer heutigen Form entzögen sie in erster Linie den Beschäftigten in der Produktion und den Menschen in

den Ländern, in denen die Agrarrohstoffe angebaut werden, jeglichen Mehrwert zugunsten marktmächtiger Akteure. «Was wir brauchen», sagt Tomaso, und spätestens jetzt ist seine zwischenzeitliche Resignation einer grossen Entschlossenheit gewichen, «ist eine massive Repolitisierung von Nahrungsmitteln».

Was könnte das bedeuten – eine «Repolitisierung von Nahrungsmitteln»?

Michael Fakhri, der UNO-Sonderbericht-erstatte für das Recht auf Nahrung, hat das Dilemma in seiner Rede mit einem Satz auf den Punkt gebracht: «Wir haben uns daran gewöhnt, in Handelsbegriffen über Nahrung nachzudenken. Die Konsequenz ist die, dass nicht das angebaut wird, was wir zum Essen brauchen.» Dr. Reddy vom indischen Pesticide Action Network fordert – vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden Lebensmittel(verteilungs)-Krise in Indien – von der Regierung, dass sie den Bauernfamilien Anreize liefert, vom Anbau von «cash crops», also für den Markt produzierten Gütern, auf jenen von Lebensmitteln umzusteigen – und ihnen Sicherheiten gibt, dass es sich für sie auszahlt, wenn sie sich von den «Fesseln der globalen Wertschöpfungsketten» befreien. Er schlägt vor, dass sich die nationalen und internationalen Organisationen ein Beispiel an den Millionen indischen Wanderarbeitenden nehmen, die unmittelbar nach Ausbruch der Krise den Städten den Rücken kehrten und teils tagelange Märsche ohne ausreichende Nahrung auf sich nahmen, um aufs Land zu ihren Familien zurückzukehren. Sie hätten erkannt, «dass ihr Schutz vor Covid-19 und all den damit verbundenen Gefahren bei ihren Wurzeln liegen». Diese Botschaft, fordert Dr. Reddy, sollten sich die nationalen und internationalen Behörden zu Herzen nehmen: «Back to the roots.»

Auch Michael Fakhri sagt, es müsse darum gehen, den Slogan «Keep food moving» so auszulegen, dass lokale Wertschöpfungsketten, die die Menschen tatsächlich ernähren, gestärkt würden. Aber in der Forderung nach einem höheren Grad an Selbstversorgung lauerten auch Gefahren, warnt er: etwa, wenn versucht werde, die Versorgung der einen auf Kosten der andern zu sichern, oder wenn der Ruf nach

mehr Ernährungssouveränität gar aus ethnonationalistischen Beweggründen ertöne. Er sei gespannt, welche Definition von Selbstversorgung sich durchsetzen werde. «Das wird die Debatte der Zukunft sein», sagt Michael Fakhri (der sein wichtiges Amt übrigens trotz der anstehenden Herausforderungen mit einer gesunden Prise Lockerheit in Angriff zu nehmen scheint: Per Tweet hat er bekannt gegeben, welchen Slogan er seiner Amtszeit geben möchte: «Get up, stand up, stand up for your rice»).

Für unsere Agrarrohstoff-Expertin Silvie Lang zeigt die Krise unmissverständlich auf, «dass die systemischen Probleme unseres globalen Agro-Food-Systems nach strukturellen Veränderungen verlangen». Es dürfe nicht sein, dass «Bäuerinnen und Arbeiter weiterhin der Willkür der marktmächtigen Akteure entlang globaler Wertschöpfungsketten ausgesetzt sind». Immer weniger, dafür umso mächtigere Konzerne kontrollierten immer grössere Teile des globalen Agro-Food-Systems. «Ihnen stehen Millionen von weitgehend machtlosen Produzierenden und Arbeiterinnen gegenüber, welche weder die nötige Verhandlungsmacht noch die Möglichkeiten haben, sich für gerechte Arbeitsbedingungen oder Löhne einzusetzen, geschweige denn Schocks wie die Coronakrise abzufedern.»

Damit spielen wir den Ball zurück an unseren Handelspolitikexperten Thomas Braunschweig. In seinem Text fordert er, bei den kurzfristigen staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 und seinen wirtschaftlichen Auswirkungen müssten jene Menschen im Zentrum stehen, die bereits heute in prekären Verhältnissen lebten und unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiteten. Und dies sind in erster Linie all jene Menschen, die ihren Lebensunterhalt in der informellen Wirtschaft verdienen. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sind 1,6 Milliarden Beschäftigte im informellen Sektor – das entspricht beinahe der Hälfte der weltweiten Arbeitskräfte – von der Krise betroffen oder arbeiten in den am stärksten betroffenen Sektoren. Nicht umsonst habe der ILO-Direktor, Guy Ryder, davor gewarnt, für Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern in der informellen Wirtschaft sei kein Einkommen zu haben gleichbedeutend mit «keine Nahrung, keine Sicherheit und keine Zukunft». Diese Menschen – «die wahren Gesichter der Arbeitswelt» nannte er sie – hätten keine Ersparnisse und keinen Zugang zu Krediten. «Wenn wir ihnen jetzt nicht helfen, werden sie einfach untergehen.» Besonders betroffen, schreibt Thomas, seien die Frauen:

Einerseits, weil sie in der informellen Wirtschaft überproportional vertreten sind. Aber auch, weil sie noch zusätzlich unter struktureller Diskriminierung zu leiden haben.

Neben der direkten Unterstützung der am stärksten Betroffenen muss die Verteilung von öffentlichen Geldern an Unternehmen an strikte Bedingungen geknüpft werden: keine Steueroptimierung, Aktienrückkäufe und exzessiven Boni, dafür den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Bezahlung von existenzsichernden Löhnen und die Verbesserung der Sicherheit am Arbeitsplatz. Und unterstützte Grosskonzerne sollten belegen, dass sie ihr Geschäftsmodell so anpassen können, dass ihr ökologischer Fussabdruck und ihre Treibhausgasemissionen zurückgehen.

Längerfristig braucht es eine grundlegende Reform des krisenanfälligen Wirtschafts- und Handelssystems, um seine Widerstandsfähigkeit zu stärken, die globalen Ungerechtigkeiten abzubauen und die ökologischen Herausforderungen zu meistern. Nur durch eine strukturelle Umgestaltung des heute dominierenden Wirtschaftsmodells wird die Weltgemeinschaft ihr im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung abgegebenes Versprechen «leave no one behind» – also niemanden zurückzulassen – einhalten können. Das bedeutet auch eine Absage an den zurzeit überall ertönenden Ruf nach «zurück zur Normalität». Denn dieser meint auch eine Rückkehr zu einem von Effizienzsteigerungen besessenen Wirtschaftssystem, welches, befeuert durch einen zunehmend liberalisierten Welthandel, zur Ausbreitung von globalen Wertschöpfungsketten geführt hat, die einseitig von Tiefstlöhnen, Steuerminimierung und laschen Arbeits- und Umweltregulierungen geprägt sind.

Gibt es denn irgendwelche Anzeichen dafür, dass sich der Welthandel tatsächlich in die Richtung einer «gesünderen Normalität» entwickeln könnte?

Er sehe sowohl beunruhigende wie ermutigende Zeichen, schreibt Thomas:

Einerseits versucht etwa die WTO Covid-19 als Vorwand für Forderungen nach einer weiteren Liberalisierung des

Welthandels zu nutzen – obwohl gerade der entfesselte Welthandel zur Verschärfung der Krise beigetragen hat. Es gibt aber auch Lichtblicke. Mitte Mai appellierten die Handelsministerin der sonst als sehr freihandelsliebend geltenden Niederlande und ihr französischer Kollege in einem gemeinsamen Schreiben an die anderen 25 EU-Mitgliedsländer, der Nachhaltigkeit in EU-Handelsabkommen mehr Bedeutung beizumessen. Konkret fordern sie von der Europäischen Kommission, in künftigen Abkommen Bestimmungen festzuschreiben, die sicherstellen, dass die Partnerländer die Umwelt- und Arbeitsnormen, zu denen sie sich darin verpflichten, auch tatsächlich umsetzen. Halten die Handelspartner ihre Verpflichtungen nicht ein, soll die EU ihre Zölle gegenüber diesen Ländern erhöhen.

Bereits Ende April hatte der EU-Justizkommissar Didier Reynders in einem Online-Webinar angekündigt, eine EU-Gesetzgebung für eine menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltsprüfungspflicht für Unternehmen zu initiieren. Er gab bekannt, in Kürze die offizielle Konsultation dazu starten und 2021 einen konkreten Regulierungsvorschlag präsentieren zu wollen. Die Eckpunkte, die er skizzierte, sind ermutigend: Es soll um verbindliche Regulierungen gehen, die mit einem wirksamen Mechanismus durchgesetzt werden können und nicht auf einzelne Themen wie etwa Kinderarbeit beschränkt sind, sondern themen- und sektorenübergreifend gelten sollen. Genauso, wie das die von Public Eye initiierte Konzernverantwortungsinitiative vorsieht, über die in der Schweiz – nach einem äusserst zähen Ringen um einen Gegenvorschlag im Parlament – nun voraussichtlich im November abgestimmt werden wird. Es ist offensichtlich, dass die Schweiz nicht um eine verbindliche Regulierung ihrer Konzerne herumkommen wird, wenn sie nicht erneut den Zug verpassen will.

Wie damals beim Bankgeheimnis. Jahrzehntlang hatte sich die Schweiz dagegen gestemmt, dass hiesige Banken bei Verdacht auf Steuerhinterziehung dem Fiskus Informationen liefern müssen. Erst im Nachgang der Finanzkrise von 2007 bis 2009 wurde der Druck – insbesondere aus den Vereinigten Staaten – so gross, dass die Schweiz schliesslich praktisch über Nacht von diesem massiven Standortvorteil für «ihre» Banken Abschied nehmen musste. Und damit heissen wir Sie herzlich willkommen zu unserem nächsten thematischen Schwerpunkt: dem Finanzsystem.



«Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche»: Wandbild von Che Guevara im wegen des US-Embargos unter Nahrungsmittelknappheit leidenden Kuba.

© Yamil Lage/AFP/Getty Images

Wird aus einer realwirtschaftlichen Nachfrage-Vollbremsung eine Finanzkrise? Was ist gleich wie in der Krise von 2008, und was ist anders?

Diese Fragen schrieb unser Finanz- und Rohstoffexperte Andreas Missbach in unser gemeinsames Dokument. «Höchst spannend», fand ich, und Andreas legte los: «Arbeitstitel: Ansteckend ist nicht nur das Virus», schrieb er mir, «Tonlage: besorgt spekulieren wie Daniel Koch». Und dann schrieb er einen Text von 2630 Wörtern. «Wie angekündigt zu lang», rapportierte er im Begleitmail, und ergänzte: «Das letzte Mal durfte ich eben ein ganzes Sondermagazin schreiben...»

«Das letzte Mal», das war im November 2007 gewesen, «Crash» hiess die Sondernummer der damaligen Erklärung von Bern, die Schriftgestaltung angelehnt an das damals noch auf Papier erscheinende Ringier-Finanzblatt «Cash». Nach Intervention der um die Reputation ihres Verlags besorgten Konzernanwälte wurde das achtseitige Werk umgetauft in «Kapital braucht Kontrolle». Es lohnt sich, das damalige Fazit von Andreas hier im Wortlaut zu zitieren:

Nötig seien «Massnahmen zur Dämpfung der Spekulation und mehr Kontrolle. Dies gilt besonders bei der Konstruktion und dem Handel von Derivaten sowie bei Hedge-Fonds, die, obwohl sie teilweise wie Banken agieren, kaum reguliert sind. Ebenso sollten die Aktivitäten in Offshore-Finanzzentren endlich unter die Lupe genommen wer-

den. Schliesslich ist auch die Verschuldungsproblematik der Entwicklungsländer nicht gelöst. Noch immer kostet der Schuldendienst 240 Milliarden Dollar jährlich, die für die Erreichung der Uno-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals) fehlen. Deshalb braucht es weitere Schuldenstreichungen für die ärmsten Länder und ein Insolvenzverfahren für Staaten, das ähnlich wie bei Firmenkonkursen die Interessen der Gläubiger und des Schuldnerlandes berücksichtigt.»

Auf den folgenden vier Seiten lesen Sie im wohl ersten Text der Geschichte, in dem Ninjas, Würste, Demi Moore und Mark Twain nebeneinander auftreten, wie Andreas heute – zwölftehalb Jahre später und mitten in der nächsten grossen Krise – die Lage und die Aussichten an den Finanzmärkten einschätzt.

Von Würsten und Viren

Weil US-Banken Hypotheken unterschiedlichster Qualität miteinander verwurstet hatten, wusste vor zwölf Jahren niemand mehr, wo die faulen Stücke drin steckten, als es zu immer mehr Zahlungsausfällen kam – und das ganze Finanzsystem wurde angesteckt. Anders als damals bei der Finanzkrise ist heute der Finanzsektor nicht die Ursache für die Wirtschaftskrise. Aber das Coronavirus traf auf eine durch Finanzexzesse kreierte Blase, die bereit zum Platzen war. Das grösste Risiko sind heute nicht die Schulden von wenig zahlungskräftigen Privaten, sondern jene von Unternehmen sowie von Entwicklungs- und Schwellenländern. Und: Diesmal sind nicht die Banken das grösste Problem, sondern das Schattenbankensystem, das mittlerweile doppelt so gross ist wie das weltweite Bruttoinlandprodukt.

ANDREAS MISSBACH

Eines ist ganz klar: Wie gross der wirtschaftliche Schaden durch die Coronakrise sein wird, hängt primär davon ab, wie stark die Realwirtschaft weiter gedrosselt werden muss beziehungsweise wie sie sich bei Lockerungen wieder erholt: Kommt es in gewissen Ländern immer wieder zu partiellen oder gar vollständigen Lockdowns? Welche Auswirkungen haben die nur langsam gelockerten Massnahmen auf die Firmen? Und wie lange wird es dauern, bis eine Impfung überall eine weitgehende Rückkehr in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Alltag erlaubt?

20

Erneut gab es eindeutige Anzeichen für den «irrationalen Übermut», den der frühere US-Zentralbank-Chef schon 1996 als Ursache einer Börsen-Blase ausgemacht hatte.

Der Finanzsektor ist im Unterschied zu vor zwölf Jahren nicht der Auslöser der Wirtschaftskrise. Deren weiteren Verlauf dürfte er aber zumindest mitbestimmen. Und es gibt durchaus Parallelen zwischen der Situation heute und jener während der von 2007 bis 2009 dauernden Finanzkrise, im weiteren Text einfach «die Finanzkrise» genannt.

Dies zeigte sich bereits Mitte März 2020, als die US-Zentralbank Federal Reserve (Fed) Tausende von Milliarden in die Hand nahm und andere Zentralbanken folgten. Innerhalb von Tagen wurde mehr Geld ins Finanzsystem gepumpt als während der gesamten Finanzkrise. Dabei ging

es nicht einfach darum, realwirtschaftliche Unternehmen und KMUs mit Liquidität zu versorgen, damit sie den Stillstand überstehen. Auch die Ansteckung der Finanzmärkte sollte verhindert werden. Denn der Markt für kurzfristige Wertpapiere (Commercial Papers), auf dem sich Unternehmen mit Geld versorgen, war schockgefroren, und Dollars wurden weltweit knapp.

Schattenbanken mit Blasenentzündung

Der realwirtschaftliche Corona-Schock traf auf eine Blase im Finanzsystem, die bereit zum Platzen war. Seit zwölf Jahren hat es keine grosse Finanzkrise mehr gegeben – während es im Durchschnitt seit 1982 alle achteinhalb Jahre zu einer solchen gekommen war. Vor allem aber gab es erneut eindeutige Anzeichen für den «irrationalen Übermut», den der frühere Fed-Chef Alan Greenspan schon 1996 als Ursache einer Börsen-Blase ausgemacht hatte. Die wichtigsten Indikatoren – Unternehmensschulden und Aktienkurse im Verhältnis zu den Gewinnen sowie die Auslandsschulden von Entwicklungs- und Schwellenländern im Verhältnis zu deren Bruttoinlandprodukt – waren im tiefroten Bereich. Dennoch setzten Investoren fröhlich auf weiter steigende Kurse, frei nach dem Motto: «Solange die Musik spielt, musst du aufstehen und tanzen» – den Worten, mit denen der CEO der von der US-Regierung geretteten Bank Citigroup einst sein Verhalten (und das seiner Kollegen weltweit) vor der Finanzkrise gerechtfertigt hatte. Auch diesmal wurde mächtig getanzt – und die Finanzblase wäre deshalb früher oder später auch ohne Viren geplatzt. Denn kontrolliert Luft abzulassen ist bei Mega-Blasen noch nie gelungen.

Ein zentraler Unterschied zwischen der Subprime-Hypotheken-Blase und der Vor-Corona-Blase ist, dass diesmal nicht die Banken das grösste Problem sind, sondern das Schattenbankensystem: Hedge-Fonds, Private-Equity-Firmen und institutionelle Anleger, die zwar teilweise dasselbe tun wie Banken, aber nicht wie diese reguliert und überwacht sind – also im Schatten bleiben. Hedge-Fonds spekulieren mit eigenem und viel geliehenem Geld auf alles, was sich bewegt und irgendeine Rendite verspricht – von sinkenden Aktienkursen über Unternehmensbankrotte bis zum Wetter (ja, es gibt Wetter-Derivate). Private-Equity-Fonds investieren in Risikounternehmen und finanzieren Übernahmen von Firmen. Beide spielen vor allem mit dem Geld von Superreichen. Institutionelle Anleger – Pensionskassen und Versicherungen gehören zu den wichtigsten – dagegen sammeln auch Geld von Kleininvestorinnen und -investoren ein. In den letzten Jahren wurden aber auch sie als Investoren in Hedge-Fonds immer wichtiger.

Das Schattenbankensystem hat sich seit der Krise 2008 fast verdoppelt und umfasst heute mehr als 180 Billionen US-Dollar (180 000 000 000 000 US-Dollar). Es ist damit deutlich grösser als das eigentliche Banksystem und mehr als doppelt so gross wie das weltweite Bruttoinlandsprodukt, also der Wert aller irgendwo auf dem Planeten innerhalb eines Jahres produzierten Güter und Dienstleistungen. Weil die spekulativen Fonds sich aber viel Geld leihen, um ihre Rendite im Verhältnis zum Eigenkapital zu vergrössern (zu «hebeln»), ist das Schattenbankensystem sehr direkt mit dem Banksystem verhängt.



Eine Blase, bereit zu platzen: Händler an der New Yorker Börse.

Müllanleihen sind das neue Gammelfleisch

Doch damit nochmals zurück zur ersten Phase der Finanzkrise von vor zwölf Jahren, der «Subprime-Krise» – denn jetzt gehts endlich um die Wurst! Während US-Banken bis in die 1990er-Jahre unterschiedliche Hypotheken in ihren Büchern hatten – bessere und schlechtere Fleischstücke gewissermassen – hatten «Finanzinnovationen» dazu geführt, dass Hypotheken unterschiedlicher Qualität immer mehr zerhackt, gemischt, verpackt und weiterverkauft wurden – Würste eben. Als es nun unter den «Subprime»-Hypothekenschuldern – Kreditnehmenden mit geringer Bonität – immer mehr Zahlungsausfälle gab, wusste niemand mehr, wo diese Subprime-Kredite überall drin sind. Die Wurster hatten die Übersicht über ihre Würste verloren, und wie bei einem Gammelfleischskandal wollte diese plötzlich niemand mehr haben. Alle misstrauten allen, die noch einen Wurstvorrat hatten – die Banken liehen sich untereinander kein Geld mehr.

Damit sind wir beim zweiten grossen Unterschied zur aktuellen Krise: Denn diesmal geht das grösste Risiko nicht von Hypothekarschulden aus, sondern von den Schulden von Unternehmen. Insgesamt betragen die weltweiten Schulden von Unternehmen über 90 Billionen Dollar, hinzukommen noch Schulden im Finanzsektor von über 80 Billionen. Auch in der Schweiz beläuft sich

die Verschuldung der Unternehmen (ohne Banken) auf 120 Prozent des BIP.

Und wie in der US-Subprime-Krise sind die schlechten Schuldner das Problem. Damals wurden sie «NINJA» genannt, «no income, no job or assets»; Menschen ohne Einkommen, feste Stelle oder Vermögen also, denen dennoch eine Hypothek aufs Auge gedrückt worden war, obwohl eigentlich klar war, dass sie ihre Schulden nicht würden zurückzahlen können. Möglich war das nur bei steigenden Immobilienpreisen – also solange der Verkauf des Hauses mehr einbrachte, als die Hypothek Wert war. Weil es in den USA noch nie einen landesweiten Rückgang der Immobilienpreise gegeben hatte, wiegten sich alle in Sicherheit – bis genau dies geschah.

Diesmal sind es Unternehmen mit «Junk»-Status, die weder genug eigenes Kapital noch genügend Umsatz und Gewinn oder wenigstens überzeugende Wachstumsperspektiven haben, um so viele Schulden anzuhäufen. 10 Prozent der weltweiten Schulden stammen nach dem Internationalen Währungsfonds IWF von solchen Unternehmen. Doch weil wegen der lockenden hohen Renditen immer neue Geldgeber Schlange standen, konnten fällige Schulden einfach «weitergerollt» werden (das heisst im Finanz-Slang tatsächlich so: «rolled over»). Bis Corona kam – und die Fed erst Unternehmensanleihen aufzukaufen begann, um die Kurse zu stützen, und im April schliesslich gar ankündigte, zum ers-

ten Mal überhaupt «Junk-Bonds», also Müllanleihen, zu kaufen. Und dazu auch gleich noch börsengehandelte Fonds von solchen Anleihen – börsengehandelte Würste also. Damit wollte die US-Zentralbank eine gefährliche Kettenreaktion verhindern.

Die Dimensionen sind heute andere als vor zwölf Jahren. Vor 2007 gab es in den USA 800 Milliarden Dollar Subprime-Kredite. Heute gibt es 1200 Milliarden risikoreiche Unternehmensschulden, hinzu kommen die Würste mit Unternehmensschulden, sogenannte Collateralized Loan Obligations (CLO) mit beinahe 700 Milliarden Dollar. Diese verwursteten Kredite werden in «Tranchen» mit einem unterschiedlichen Risiko für Zahlungsausfall verkauft – weil Investoren einen unterschiedlichen «Risikoappetit» haben. Je risikoreicher die Tranche, desto grösser ist die Rendite. Bisher kam es noch nie dazu, dass die am risikoärmsten eingestufte Scheibe von einem Zahlungsausfall betroffen war. Aber dass die beste Tranche sicher ist, dachte man vor der Finanzkrise auch bei Hypotheken-CLOs. Es war dann nicht so.

Dass es so viele überschuldete Firmen gibt, ist auch auf ein Lieblingsgeschäft der Private-Equity-Fonds zurückzuführen – jenem mit «Leveraged Buyouts», auf Deutsch etwa «gehebelten Firmenübernahmen». Diese Fonds kaufen mit geliehenem Geld Firmen auf und übertragen diese Schulden dann auf das übernommene Unternehmen. Auch hier wird geklotzt:

Der Erwerb der Lift-Sparte des deutschen Konzerns Thyssenkrupp kurz vor der Krise durch zwei Private-Equity-Firmen war mit 17,2 Milliarden der grösste europäische Leveraged Buyout der Geschichte.

Ein anderer Grund für das Wachstum der Unternehmensschulden liegt darin, dass Konzerne, beziehungsweise deren Topmanagement, mit geliehenem Geld Aktien der eigenen Firma zurückgekauft haben. Dies reduziert das Eigenkapital einer Firma – und damit deren Krisenresistenz. Aber weniger Aktien im Umlauf führen halt auch zu höheren Kursen – und damit zu höheren Boni.

Wenn die Bank anruft

In keinem Szenario der Finanzindustrie ist vorgesehen, dass fast alle Firmen gleichzeitig einen massiven Umsatzrückgang erleiden. Dieses Jahr sind Unternehmensanleihen in der Höhe von 235 Milliarden Dollar fällig, nächstes Jahr werden es 345 sein. Diese müssen entweder zurückbezahlt oder durch neue Anleihen ersetzt werden. Hinzu kommen die Bankkredite, die fällig werden. Unternehmensbankrotte sind unvermeidlich. Die Frage ist, wie viel Schulden dadurch nie mehr zurückbezahlt werden, wer auf diesen sitzen bleibt, wohin sie (in den Würsten) weitergereicht wurden und ob es dadurch zu einer Kettenreaktion mit zahlungsunfähigen Investoren kommt.

Ein Mechanismus der Ansteckung ist aus der Finanzkrise bestens bekannt: Wenn Rating-Agenturen, die die Kreditwürdigkeit von Unternehmen beurteilen, eine Firma herunterstufen, dann müssen Fonds, die nur qualitativ hochstehende Anlagen halten dürfen, verkaufen. Der Preis der Anleihen bricht ein, was bei anderen Investoren Löcher in die Bilanz reisst. Wenn diese die Anleihen wiederum als Sicherheit für einen Kredit verwendet haben, dann folgt der Anruf der Bank auf dem Fusse: Sie verlangt mehr Cash als Sicherheit für den Kredit, was weitere Verkäufe zur Folge hat. Und so nehmen die Ansteckungen – ganz ähnlich wie bei einem Virus – rasch exponentiell zu. Dieser «Margin Call» schaffte es bis nach Hollywood – als Titel eines oscarominierten Films über die Finanzkrise mit (dem damals grundsätzlich noch prämierfähigen) Kevin Spacey, Jeremy Irons und Demi Moore.

Weniger unterhaltsam war die Warnung der Fed Mitte Mai: «Wenn einige wenige grosse Hedge-Fonds mit unverhältnismässig hohem Leverage in Bedrängnis geraten, kann dies überproportionale Auswirkungen haben, da diese möglicherweise grosse Mengen von Vermögenswerten

verkaufen müssen, um «Margin Calls» zu erfüllen oder das Portfoliorisiko in Zeiten von Marktstress zu reduzieren.» Das Potenzial, das gesamte globale Finanzsystem gegen die Wand zu fahren, haben die Müllanleihen auf jeden Fall.

Ein Regenschirm fürs Sommerwetter

Das zweite grosse Risiko ist die Verschuldung der Entwicklungs- und Schwellenländer. Selbst der sonst nüchterne IWF spricht davon, dass diese einem «perfect storm» gegenüberstehen. Die explosive Gemengelage setzt sich zusammen aus Gesundheitsnotstand, Rezession, Einbruch der Exporteinnahmen und Massenflucht ausländischer Investoren. Letztere setzte bereits im März unbarmherzig ein. Innert kürzester Zeit wurden Aktien und Anleihen in der Höhe von 95 Milliarden Dollar abgezogen. In diesem Ausmass und Tempo ist das noch nie annähernd vorgekom-

Staatsbankrotte würden auch am Banken- und Schattenbankensystem nicht spurlos vorübergehen. Denn Staatsanleihen stecken mittlerweile überall drin.

men. Der Sturm ist natürlich zuallererst eine Katastrophe für die grosse Mehrheit der Menschen in diesen Ländern, die auch in den letzten Jahren nicht davon profitiert haben, dass sich ihre Länder immer weiter verschuldeten. Staatsbankrotte – je grösser das Land, desto schlimmer die Auswirkungen – würden aber auch am Banken- und Schattenbankensystem nicht spurlos vorübergehen. Denn wie die Unternehmensanleihen stecken Staatsanleihen mittlerweile überall drin. Staatsbankrotte drohen ebenso – wie nach der Finanzkrise – in den südeuropäischen Ländern, insbesondere in Italien. Aber in der Eurozone gibt es die Europäische Zentralbank EZB, die dies verhindern kann. Vorausgesetzt, Deutschland lässt das zu und erlaubt der EZB weiter Staatsanleihen von Italien & Co. zu kaufen, damit deren Zinsen nicht explodieren. Oder noch besser: gemeinsame Anleihen, sogenannte Corona-Bonds, auszugeben.

Wie angespannt die Situation ist, zeigt sich schon daran, dass bis im April schon über 100 Länder beim IWF um Notkredite angefragt hatten, mehr als doppelt

so viele wie in der Finanzkrise. In den Schwellenländern kommt erschwerend hinzu, dass auch viele Unternehmen stark verschuldet sind. 40 Prozent der weltweiten Unternehmensschulden stammen aus diesen Ländern, ihr Markt für Unternehmensanleihen hat sich in den letzten zehn Jahren vervierfacht, derjenige für Müllanleihen sogar verfünffacht. Vollends katastrophal wird die Lage für Unternehmen, die im Ausland Kredite in Dollar aufgenommen haben. Weil die Währungen gegenüber dem Dollar eingebrochen sind, werden diese Schulden erst recht unbezahlbar. Auch hier zeigt sich die unverantwortliche Sorglosigkeit der Investoren. Dass in einer Krise – egal, wodurch sie ausgelöst wird – die Währungen von wirtschaftlich schwächeren Ländern tauchen, hat sich tausendfach gezeigt.

Einmal mehr wird deutlich, wie fatal es ist, wenn Länder und ihre Unternehmen für ihre Entwicklung auf ausländisches Kapital setzen. «Ein Banker ist ein Typ, der dir seinen Schirm ausleiht, wenn die Sonne scheint, und ihn zurückwill, sobald es zu regnen beginnt», soll schon Mark Twain gesagt haben. Es ist genau das, was den Entwicklungs- und Schwellenländern jetzt widerfährt.

Wann wanken die Banken?

Wegen der Regulierung im Gefolge der Finanzkrise müssen Banken heute über viel mehr Eigenkapital verfügen. Lag dieses 2007 für die grössten US-amerikanischen und europäischen Banken bei 2 bis 6 Prozent, so sind es heute 12 bis 16 Prozent. Damit können sie deutlich grössere Verluste abschreiben, bevor sie selbst in Schieflage geraten. Theoretisch zumindest. Wenn man für die Berechnung der Kapitalquoten bei Banken allerdings Marktpreise anstelle von Buchwerten verwendet, sind diese bei vielen Banken – so der IWF – auf einem ähnlichen Niveau «wie während der globalen Finanzkrise». Auch die Bankenregulierer haben nicht mit den Auswirkungen einer Pandemie gerechnet. Und die warnenden Stimmen, die noch ein viel höheres Sicherheitspolster gefordert hatten, wurden überhört.

Schon beim Ausbruch der Pandemie geschah etwas, womit auch die Banken nie gerechnet hatten: Scharenweise kamen grosse Unternehmen und nahmen ihre Kreditlinien in Anspruch. Diese sogenannten «Revolving Credit Facilities» (im Finanzslang: «Revolvers») sind grosszügige Zusagen meist einer Gruppe von Banken (eines «Syndikats»). Wie bei einer Kreditkarte kann bis zu einer be-

stimmten Limite Kredit in Anspruch genommen werden. Die Banken verdienen dabei nicht viel, aber sie versprechen sich dadurch andere, lukrativere Geschäfte mit den Firmen. Und sie setzen darauf, dass viele Kreditlinien nicht voll ausgeschöpft werden – erst recht nicht gleichzeitig. Das exakte Ausmass, in dem dies geschah, ist nicht bekannt, weil börsenkotierte Firmen diese Bezüge nicht sofort bekannt geben müssen und privat gehaltene Unternehmen oft gar nicht. Die Portokasse der Banken reicht für diese Bezüge aber sicher nicht aus: Ende 2019 hatten die sechs grössten US-Banken über 1800 Milliarden nicht bezogene Kreditlinien offen.

Kommt hinzu, dass einige Banken – darunter die Credit Suisse – auch Kreditlinien an Wurstfabriken gewährt haben. Fonds, die Collateralized Loan Obligations herstellen und verkaufen, legen zuerst ein «Warenlager» von Unternehmensanleihen an, bevor sie diese verwursten. Wenn niemand mehr die Würste will und das Warenlager vergammelt, werden auch diese Kredite faul.

Etwas Ähnliches geschieht beim oben erwähnten grössten europäischen Leveraged Buyout: Die Banken finanzieren die Private-Equity-Firmen mit Krediten, die sie dann an Investoren weiterverkaufen. Beim Thyssenkrupp-Deal sitzen die beteiligten Banken – darunter die UBS – nun auf unverkäuflicher «Ware» im Wert von 8 Milliarden Euro.

Ob die Banken die Abschreiber bei Unternehmens- und Staatsschulden und die Probleme – oder Bankrotte – ihrer grössten Schuldner im Schattenbankensystem überstehen, wird sich weisen. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass sich Probleme rasch von einer Bank (oder Schattenbank) zur anderen ausbreiten – so etwas wie «Financial Distancing» gibt es nicht. Die durch weitergereichte Risiken hergestellte Intransparenz hat nicht abgenommen. Nicht nur Unternehmensschulden, auch Hypotheken, Kreditkartenschulden, US-Studiendarlehen, etc. werden nach wie vor verwurstet, und die Zahlungsunfähigkeit aller dieser Schuldner wird rasant ansteigen. Zudem tauchen nach Ausbruch einer Finanzkrise oft völlig neue Risiken in irgendeiner obskuren Ecke des Systems auf, mit denen niemand gerechnet hat. Wenn die IWF-Chefin in einer Rede sagt, «die Widerstandsfähigkeit» der Banken werde «in diesem sich rasch verändernden Umfeld getestet», so heisst das übersetzt: «Wir haben keine Ahnung, was geschieht, aber machen Sie sich auf das Schlimmste gefasst.»

Kein Fazit, nur ein Schluss

Wer wirds richten? China nicht noch einmal, dieser Lokomotive ist der Schnauf ausgegangen. Bei der Überwindung der Finanzkrise hatte die damals zweitgrösste Volkswirtschaft eine zentrale Rolle gespielt. Nach einem kurzen Einbruch 2008 schnellte das chinesische Wachstum 2009 wieder auf fast neun und 2010 auf über zehn Prozent hoch. Keine Regierung warf mit mehr Milliarden um sich, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln – China gab dreimal mehr aus als die USA. Damit wurde China zur Lokomotive der Weltwirtschaft, was wiederum vor allem für rohstoffproduzierende Länder entscheidend war. Die massiven staatlichen Investitionen in Infrastruktur, die Exportwirtschaft, der Konsum der rasch wachsenden Mittelschicht und eine Immobilienblase machten China für viele Rohstoffe zum mit Abstand wichtigsten Markt. Diesmal sieht es ganz anders aus: Schon

So wie jede Krise die Saat der nächsten Krise schon in sich trägt, werden in jeder Krise Chancen verpasst (und nein, dieser Satz ist nicht von Paulo Coelho).

vor der Krise wuchs die chinesische Wirtschaft «nur» noch um 5,6 Prozent, dieses Jahr gibt es bestenfalls ein Nullwachstum, und die weiteren Aussichten sind auch nicht rosig. In China spielt der private Konsum immer noch eine weit geringere Rolle als in den USA oder Europa. Grund dafür ist die enorme Ungleichheit: Ein zu grosser Anteil des Einkommens landet bei der schmalen Schicht der Superreichen, zu wenig bei der breiten Masse. Entsprechend ist China überproportional vom Export abhängig und damit von Ländern, deren Wirtschaft auf unabsehbare Zeit von Corona-Massnahmen stranguliert wird. Und schliesslich hat China auch noch eigene Probleme mit Unternehmensschulden und einer Immobilienblase: In den urbanen Ballungsräumen steht fast jede vierte Wohnung leer. Ein Stabilitätsanker sieht anders aus.

Bleiben die Zentralbanken. Während die Entwicklung der Finanzkrise von 2007 mit einem «Zugunglück in extremer Zeitlupe» verglichen wurde, fuhr diesmal ein TGV in den Prellbock. Die Billionen der Zentralbanken, die innert

kürzester Zeit ins Finanzsystem gepumpt wurden, verhinderten dessen sofortigen Kollaps. Wie beim letzten Mal wird sich – wenn überhaupt – erst im Nachhinein feststellen lassen, was davon wirklich nötig war und wo nur private Vermögen gerettet wurden. Die beiden wichtigsten Männer bei dieser Feuerlöschübung haben auf jeden Fall eine gewisse soziale Nähe zum Banken- wie zum Schattenbankensystem. Fed-Chef Jerome Powell arbeitete bei der Investment-Bank Dillon, Read & Company und bei der Private-Equity-Group Carlyle, US-Finanzminister Steven Mnuchin bei Goldman Sachs und verschiedenen Hedge-Fonds. Kurzfristig wirkte die Dosis auf jeden Fall: Auch Firmen aus Krisenbranchen wie der Flugzeughersteller Boeing und die Kreuzfahrtgesellschaft Carnival konnten neue Anleihen platzieren. Letztere allerdings nur zu einem Zinssatz von 11,5 Prozent bei einer Laufzeit von drei Jahren – schwimmender Müll ahoi!

So wie jede Krise die Saat der nächsten Krise schon in sich trägt, werden in jeder Krise Chancen verpasst (und nein, dieser Satz ist nicht von Paulo Coelho gestohlen). Während und nach der Finanzkrise standen Steueroasen und soziale Ungleichheit eine Zeit lang im Scheinwerferlicht. Steueroasen, weil mit ihrer Hilfe Risiken in intransparenteste Finanzkonstrukte ausgelagert und Finanzflüsse verschleiert worden waren (und noch immer werden), und weil durch unversteuerte Vermögen der Superreichen und die aggressive Steuervermeidung von Unternehmen den Staaten das Geld zur Krisenbekämpfung entzogen worden war (und noch immer wird). Und die soziale Ungleichheit, weil wachsende Schulden der einen immer wachsende Vermögen für andere bedeuten, oder wie es der Chefkommentator der Financial Times mit Blick auf die Situation heute sagt: «Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen den Ersparnissen der Reichen (...) und der Anhäufung von Krediten und Schulden.»

Zwar reichte der Druck nach der Finanzkrise, um in der Schweiz das Bankgeheimnis für Steuerhinterziehung zu Fall zu bringen. Das System der Offshore-Finanzplätze, dort wo das Schattenfinanzsystem blüht, blieb aber ebenso unangetastet wie die wachsende Einkommens- und Vermögenskonzentration. Vielleicht klappt es ja diesmal. Zur Erinnerung: In der Nachkriegszeit lag der Spitzensteuersatz der USA für Reiche bei 86,45 Prozent. ■

Und wenn es nicht klappt? Was dann, möchte ich von Andreas wissen. Seine Antwort ist 67 Zeichen lang: «Then we're f**cked – und du musst mir nochmal 20 000 Zeichen geben.» Damit warten wir jetzt vorläufig mal noch zu. Zumal wir ja auch gar nicht wissen, von wie vielen Leuten solch lange, komplexe Texte überhaupt gelesen werden. Es ist der Moment gekommen, sich diese kritische Frage zu stellen:

Liest das hier überhaupt irgendwer?

Die Einschätzung unseres Medienverantwortlichen Oliver Classen gibt gewissen Anlass zur Hoffnung. Noch nie in seinen zehn Jahren als Sprecher unserer Organisation sei es so schwer gewesen, Journalistinnen und Journalisten ans Telefon zu bekommen, schreibt er. Viele seien kaum erreichbar gewesen; die einen, weil sie unablässig den neusten Nachrichten an der Coronafront hätten nachjagen müssen, andere, weil sie auf Kurzarbeit gesetzt worden waren. Wenn sich der Kontakt dann doch mal ergeben habe, sei die erste Frage unabhängig vom Thema, um das es ging, eigentlich immer die gleiche gewesen: «Gibt es einen Link zur Coronakrise?» Die Schlussfolgerung von Oliver: «Normalerweise ist (geografische wie emotionale) Nähe nur ein Nachrichtenfaktor unter vielen; in einer akuten Gesundheitskrise wird sie zum redaktionellen Killerkriterium.»

Und Géraldine Viret, unsere Mediensprecherin in der Westschweiz, sagt, die Medienarbeit in der Krise habe «viel Geduld erfordert». Es sei herausfordernd, Journalistinnen und Journalisten mit Hintergrundinformationen zu versorgen, ihnen verschiedene Blickwinkel vorzuschlagen und Kontakte aus unseren Netzwerken zu vermitteln, im steten Wissen, «dass Temporalitäten, Prioritäten und Ressourcen auf den Kopf gestellt sind».

Auch Floriane Fischer, die unsere Social-Media-Kanäle betreut, ist in den letzten Wochen vor allem ein deutlich stärkerer Fokus auf das nähere Umfeld aufgefallen: «Unzählige Aufrufe, Freiberufliche zu unterstützen, lokal einzukaufen, seine Nachbarn zu unterstützen... aber was in dieser Krisenzeit anderswo auf der Welt geschieht, schien wenig zu interessieren.» Andererseits teilt unser Fundraising-Verantwortlicher Roman Bolliger mit, es gebe bislang keine Anzeichen für einen

Einbruch der Spenden an unsere Organisation – was dagegen sprechen würde, dass sich die Solidarität im Wesentlichen auf die Leute in der Nachbarschaft beschränkt.

Unser Ziel muss es natürlich weiterhin sein, eine möglichst grosse Aufmerksamkeit für unsere Themen zu generieren. Das Zauberwort sei «Anschlusskommunikation», schreibt Oliver – also die Strategie, eigene Anliegen an die jeweilige Aktualität zu knüpfen. So sei etwa unser Appell an die Modefirmen, die Textilarbeiterinnen in der Krise nicht alleine zu lassen (lesen Sie zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Modebranche auch die Analyse ab Seite 32) oder unser gemeinsam mit 70 anderen NGOs verfasster Aufruf an die WHO-Mitglieder, für einen gerechten Zugang zu den Covid-19-Behandlungen zu sorgen (mehr dazu lesen Sie ab Seite 37), schon deshalb in den Medien aufgenommen worden, weil es... eben um die Corona-Pandemie ging.

In den klassischen Medien eine breite Resonanz für unsere komplexen Themen zu finden, dürfte auch künftig nicht einfacher werden. Denn das Virus, schreibt Oliver, habe auch die vorher schon akute Medienkrise weiter zugespitzt. Das lasse sich etwa am Beispiel der New York Times gut aufzeigen: Seit dem Beginn der Krise habe diese zwar über 500 000 neue Digitalabos verkauft. Nur: Das macht die um über die Hälfte eingebrochenen Werbeerlöse nicht wett. Dabei sei unabhängiger Qualitätsjournalismus nie wichtiger gewesen als jetzt, so Oliver. «Seriöse Informationen impfen gegen Fake News und haben auch deshalb demokratische Systemrelevanz.»

Was bedeutet das nun für Public Eye und andere mit journalistischen Mitteln arbeitenden, investigative Nichtregierungsorganisationen? Géraldine glaubt, diese müssten sich künftig «noch stärker selbst als Medien positionieren: Sich selbst die Mittel geben, neue Formate für die Präsentation ihrer Recherchen und Analysen zu entwickeln. Die Menschen dort abholen, wo sie sind, und die Verbindung zu ihnen stärken.» Sie sei beeindruckt gewesen, wie schnell etwa eine Plattform wie Instagram während der Pandemie «mediatisiert» und «politisiert» worden sei. Oliver Classen hat sich dazu auch mit Anya Schiffrin unterhalten, die auch dieses Jahr wieder in unserer «Investigation Awards»-Jury zur Prämierung zweier investigativer Recherchevorhaben sass. Die New Yorker Publizistik-Professorin, die viel zu investigativem Journalismus geforscht hat, glaubt, dass es künftig vermehrt zu neuen Kollaborationen kommen wird. «Stiftungen, Spenderinnen und Spender werden künftig

wohl vermehrt wirkungsorientiert in strategische Partnerschaften zwischen NGOs und kleinen Redaktionen investieren», prophezeit sie. Und dann meldet sich aus dem Hintergrund auch noch ihr Mann zu Wort: Joseph Stiglitz, jener Mann also, der die momentane Lage als eine der «radikalen Ungewissheit» bezeichnet hat. Zumindest eine Sache scheint für ihn doch gewiss zu sein: «Wenn alles schwächer wird, wird zumindest der Fokus stärker», ruft er aus dem Hintergrund. Und der müsse für Organisationen wie unsere heissen: «Wirkung, Wirkung, Wirkung».

Wir haben verstanden. Und nehmen zum Schluss die allumfassende Frage wieder auf:

Und jetzt?

Nach einer mehrwöchigen parteipolitischen Schockstarre haben sich in den letzten Wochen auch in der Schweiz immer mehr Exponentinnen und Exponenten dazu zu äussern begonnen, was nun wichtig sei. SVP-Bundesrat Ueli Maurer forderte Ende April in der NZZ, es müsse nun so rasch wie möglich auf «eine Rückkehr zur Normalität» hingearbeitet werden – wobei sich angesichts unserer Bestandesaufnahme auf den vorherigen Seiten geradezu zwangsläufig die Frage stellt, in welcher Hinsicht unsere Welt «normal» war, bevor die Pandemie kam. Der Präsident seiner Partei, Albert Rösti, sagte einen Monat später in einem Interview mit dem «Blick», Steuererhöhungen wären für die Wirtschaft «das Schlimmste, was passieren könnte» – und regte an, in der «Asyl- und Entwicklungshilfe» zu sparen. Auf die Anschaffung neuer Kampfjets verzichten dürfe man aber auf gar keinen Fall, mahnte er: Die Schweiz sei auf die Corona-Pandemie ungenügend vorbereitet gewesen. «Deshalb müssen wir auch für den Fall eines bewaffneten Konflikts vorbereitet sein.»

Diesem doch eher abenteuerlich anmutenden Fazit hielt SP-Präsident Christian Levrat ein schönes Bild entgegen: «Die aktuelle Situation ist so, wie wenn man Monopoly spielt, und jemand öffnet das Fenster. Man muss alles neu sortieren: das Geld, die Karten.» Nun geht es bei diesem Monopoly allerdings nicht um einen unterhaltsamen Zeitvertreib, bis der Ernst des Lebens beginnt. Sondern um den Ernst des Lebens an sich. Und es geht darum, genau das zu verhindern, worauf das Brettspiel Monopoly hinausläuft: Dass sich nämlich das Kapital immer ungleicher verteilt, bis einer oder eine alles hat und alle anderen gar nichts mehr.

Auf diesen Seiten zeigen wir auf, was aus unserer Sicht geschehen müsste, damit die Welt nach Corona eine gerechtere und gesündere werden kann als die davor. Und wir haben uns entschieden, das Risiko einzugehen, eine – gezwungenermassen unvollständige – visuelle Übersicht der Massnahmen abzubilden, die nötig wären, «um den Kampf gegen Hunger und Elend zu führen, der zugleich der Kampf für die Rechte und Würde des Menschen ist», wie es im ursprünglichen Text der «Erklärung von Bern» aus dem Jahr 1968 heisst. Einen «Denkanstoss zur Weltverbesserung».

Konzernverantwortung – eine Selbstverständlichkeit

Wenn Konzerne auf Kinderarbeit setzen oder Flüsse verschmutzen, sollen sie dafür geradestehen. Diese Selbstverständlichkeit fordert die Konzernverantwortungsinitiative. Und es gibt Rückenwind: EU-Kommissar Didier Reynders hat Ende April angekündigt, eine EU-Gesetzgebung für eine menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltsprüfungspflicht für Konzerne zu initiieren. Als Durchsetzungsmechanismus steht wie bei unserer Initiative, über die bald abgestimmt werden wird, eine zivilrechtliche Haftung im Vordergrund.

Vielfalt statt Einfalt in der Landwirtschaft

Die Schaffung eines gerechten und resilienten Agro-Food Systems geht einher mit einer klaren Absage an die Intensivtierhaltung und die heutigen industrialisierten Anbausysteme, die Unmengen an fossilen Brennstoffen, synthetischen Düngemitteln und Pestiziden verbrauchen. Obwohl heute mehr als genug Lebensmittel produziert werden, um die Weltbevölkerung zu ernähren, leiden Hunderte Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung – und andererseits etwa ebenso viele an Übergewicht und ernährungsbedingten Krankheiten. Statt globalisierte Monokulturen brauchen wir vielfältige und lokal angepasste agrarökologische Systeme, welche die Resilienz und Ernährungssouveränität stärken und das Recht auf adäquate Nahrung für alle fördern. Gerade angesichts der zunehmenden Bedrohungen durch den Klimawandel – die besonders gross sind für bereits heute benachteiligte Gruppen – müssen wir Saatgut- und Rassenvielfalt, traditionelles bäuerliches Wissen ebenso wie die öffentliche Agrarforschung erhalten und stärken.

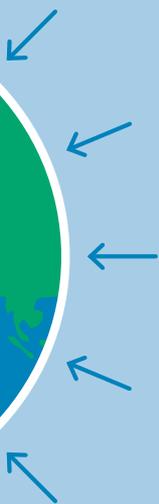
Dem Rohstofffluch entgegenwirken

Als die Engländer 1762 Havanna eroberten, basierte Kubas Wirtschaft auf kleinen Kaffeeplantagen und Viehzucht. Es dauerte nur elf Monate, um die grösste Insel in der Karibik in eine Zuckermonokultur zu verwandeln. Die Abhängigkeit von volatilen Preisen, die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriesektors oder blutige Kämpfe um den Zugang zu und die Ausbeutung von Rohstoffen... der Rohstofffluch lässt die an Ländereien, Öl oder Mineralien reichen Länder ausbluten – von Venezuela über Kasachstan bis in die Demokratische Republik Kongo. Auf der Durchreise durch Kuba, fast zwei Jahrhunderte nach der englischen Eroberung, fragte der Philosoph Jean-Paul Sartre sinngemäss: «Ist es besser, auf Zucker als auf Sand zu bauen?» Heute sind es unter anderem die in der Schweiz ansässigen multinationalen Unternehmen, die am stärksten von diesen «Sandburgen» profitieren. Um dem Fluch ein Ende zu setzen, muss der Rohstoffhandel reguliert werden, damit der Reichtum der natürlichen Ressourcen durch transparente Zahlungen der lokalen Bevölkerung zugutekommt.

Gerechter und nachhaltiger: die Mode der Zukunft

Die Modeindustrie der Zukunft sollte auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aufbauen – und es liegt an uns allen, diesen Paradigmenwechsel voranzutreiben. Ein deutlich grösserer Teil des Mehrwerts muss bei den arbeitsintensiven Gliedern der Lieferkette verbleiben, und die Lohnunterschiede müssen durch die gesamte Lieferkette hindurch abgebaut werden. Existenzsichernde Löhne, gute Arbeitsbedingungen und die Achtung von Menschenrechten vom Baumwollfeld über die Textilfabrik und Logistik bis hin zum Handel müssen zentrale Unternehmensziele sein. Fast-Fashion-Geschäftsmodelle sowie aggressive Wachstums- und Dumping-Preis-Strategien müssen abgelöst werden. Die Mode der Zukunft orientiert sich weniger an flüchtigen saisonalen Trends, sondern an Langlebigkeit, Qualität und Reparierbarkeit, und sie besteht aus Rohstoffen, die ökologisch verträglich, klima- und ressourcenschonend hergestellt werden.

Globale Gerechtigkeit...

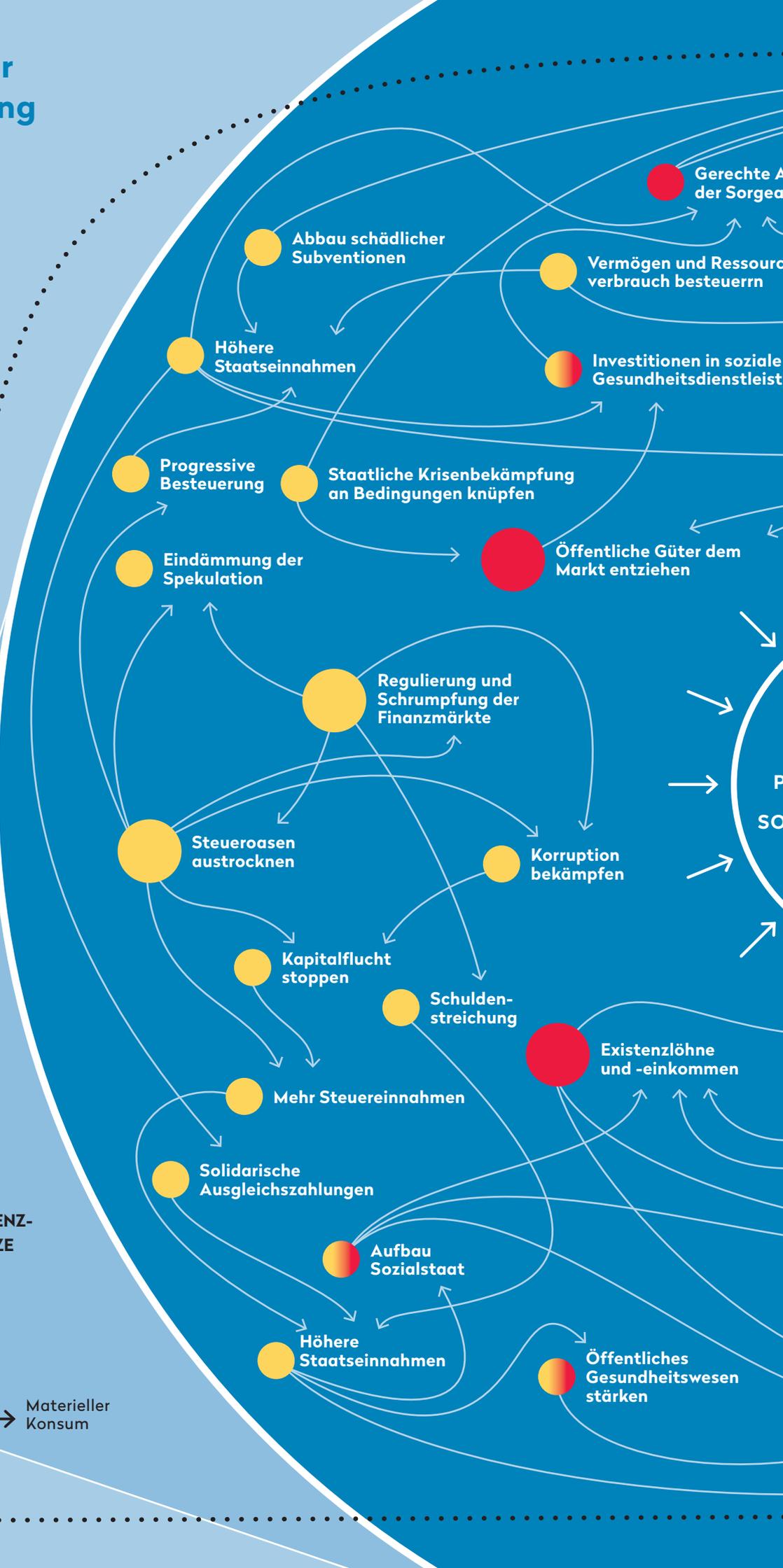
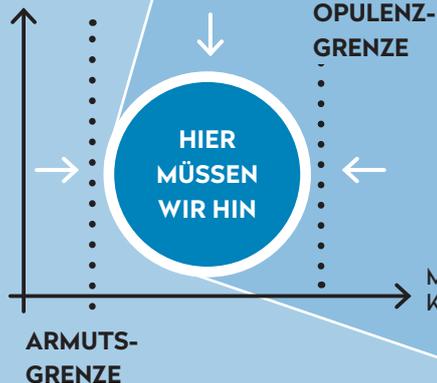


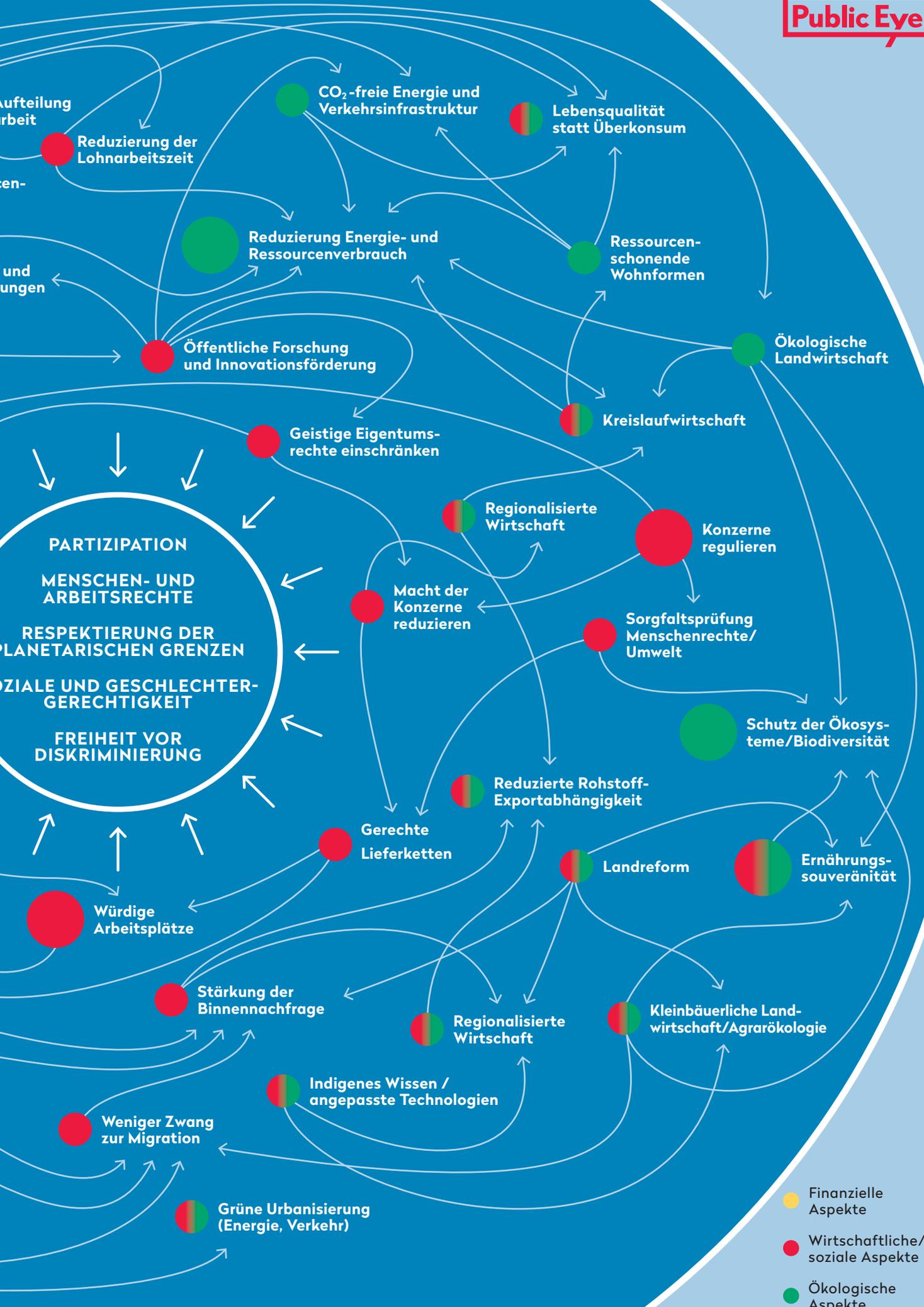
Denkanstoss zur Weltverbesserung

Darf man das? Zu versuchen, grafisch darzustellen, was jetzt nötig ist? Diese Frage gab auch im Public-Eye-Team heftig zu reden. Schliesslich schwang der Mut zur Lücke obenaus, und im E-Mail-Pingpong und mit Schere und Leim entfaltete sich die Grafik.

Beginnen Sie unten links, tauchen Sie ein und denken Sie weiter.

Verwendung natürlicher Ressourcen





- Finanzielle Aspekte
- Wirtschaftliche/ soziale Aspekte
- Ökologische Aspekte

Gerechte Machtverteilung statt Ausbeutung entlang globaler Wertschöpfungsketten

Um unser Agro-Food-System gerechter zu gestalten, braucht es eine Umverteilung der Macht und damit der Risiken entlang globaler Wertschöpfungsketten. Die Abermillionen Kleinbauern und Plantagenarbeiterinnen, welche landwirtschaftliche Güter für den Weltmarkt produzieren, müssen in ihrer Verhandlungsposition und ihren Rechten gestärkt werden. Dies bedeutet in erster Linie existenzsichernde Einkommen und Löhne sowie gesunde und sichere Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig müssen die Konsolidierungsprozesse – immer weniger Firmen kontrollieren immer grössere Teile des globalen Agro-Food-Systems – eingedämmt werden, damit die Produktion und der Handel von Agrarrohstoffen auf lange Sicht regionaler, resilienter, partizipativer und ressourcenschonender wird.

Korruption tatsächlich bekämpfen

Korruption ist ein altes Mittel der Machterhaltung – angewendet von römischen Kaisern bis zu den heutigen Oligarchen. Schätzungen zufolge verlieren Schwellen- und Entwicklungsländer jährlich bis zu einer Billion Dollar durch Korruption und andere kriminelle Machenschaften. Geld, das für die Überwindung wirtschaftlicher Ungleichheiten sowie für den Umbau zu einer ressourcenschonenderen Wirtschaftsordnung fehlt. Reiche Industrienationen stehen bei der Bekämpfung von Korruption ebenso stark in der Verantwortung: Es sind oftmals ihre Unternehmen, welche im Ausland korrupte Geschäfte abschliessen, und ihre Banken, welche unrechtmässige Vermögen verwalten. Die plakativen Bekenntnisse zur Korruptionsbekämpfung müssen daher endlich in Taten umgesetzt werden.

Wir brauchen eine andere Handelspolitik

Die heutigen Welthandelsregeln befördern den freien statt den fairen Handel. Weitgehend unberücksichtigt sind darin der Schutz der Menschenrechte, der soziale Ausgleich und die Rücksicht auf die planetarischen Grenzen. Damit bleiben wirtschaftlich schwächere Länder und benachteiligte Bevölkerungsgruppen auf der Strecke. Die Welthandelsorganisation WTO und ihre Mitgliedsstaaten müssen sich endlich von ihrer Freihandelsideologie verabschieden, indem sie allen Ländern den notwendigen politischen Handlungsspielraum für eine selbstbestimmte Entwicklung zugestehen. Die Handelsregeln müssen grundlegend reformiert und dabei die Arbeits- und Menschenrechte sowie der Schutz der Umwelt und des Klimas ins Zentrum gestellt werden.

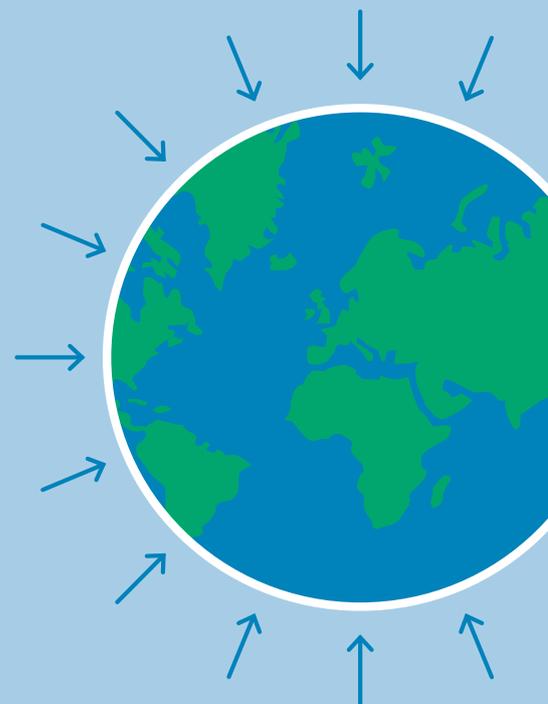
Mit Steuern steuern

Steuern sind ein zentrales Instrument des Umsteuerns. Eine kontinuierlich ansteigende CO₂-Steuer verteuert fossile Brennstoffe und eine Mikrosteuer auf Finanztransaktionen verringert die schädliche Spekulation. Die (stärkere) Besteuerung von Kapitalerträgen, Vermögen, hohem Einkommen und Gewinnen von Konzernen (natürlich nur, wenn sie die Krise überstehen und wieder Gewinne machen) vermindern die Ungleichheit und machen Mittel für den ökologischen Umbau frei. Dies alles ist nur möglich, wenn Offshore-Finanzplätze geschlossen und Steueroasen trockengelegt werden – die Orte, an denen auch das Schattenfinanzsystem blüht, von dem die grösste Bedrohung für die Realwirtschaft ausgeht.

Innovation geht einher mit universellem Zugang zu Heilmitteln

Das intransparente und gewinnorientierte pharmazeutische Innovationsmodell von heute muss einer kooperativen und transparenten Forschung und Entwicklung auf der Grundlage der tatsächlichen Bedürfnisse der öffentlichen Gesundheit weichen. Dank innovativer Finanzierungsmodelle wird der Endpreis von Arzneimitteln von den Kosten für Forschung und Entwicklung entkoppelt, was erschwingliche Preise, nachhaltige Gesundheitssysteme und eine anständige Gewinnspanne für private Akteure ermöglicht. Öffentliche Behörden versehen ihre Finanzierungsverträge mit verbindlichen Klauseln, die es ihnen ermöglichen, einzugreifen, wenn der Endpreis unerschwinglich ist. Behandlungen und Impfstoffe werden als Allgemeingut betrachtet, das allen Bevölkerungsgruppen überall auf der Welt zugänglich sein soll.

...beginnt bei uns



Verschuldung ölfördernder Länder: der Rohstofffluch in Krisenzeiten

Die Gesundheitskrise, die die Weltwirtschaft lähmt, hat auch zu einem historisch einmaligen Ölpreissturz geführt – mit dramatischen Folgen für die erdölproduzierenden Länder Afrikas, die für die Begleichung ihrer Auslandsschulden weitgehend von dieser Einnahmequelle abhängen. Auch die Schweizer Erdöhländler, die sich längst in eine Art Banken für diese fragilen Staaten verwandelt haben, müssen Schuldenerlasse gewähren, wie dies die UNO fordert.

ANNE FISHMAN

Was sind die Folgen der Covid-19-Krise für die Schuldenlast der rohstoffreichen afrikanischen Länder? Negative Wachstumsprognosen für Staaten wie Kongo-Brazzaville, den Tschad oder den Südsudan, die bereits heute hoch verschuldet sind, lassen eine Verschärfung der bestehenden Probleme befürchten. Aktuelle und künftige Einkommensausfälle aufgrund der Pandemie werden die finanzielle Sicherheit dieser Länder sowie ihre Aussichten auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung dauerhaft beschädigen.

Aufgrund ihres hohen Verschuldungsgrads sind diese Länder schlecht gerüstet, die gesundheitlichen Herausforderungen der Krise zu bewältigen und die dafür notwendigen Investitionen in das Gesundheitssystem tätigen zu können. Zudem laufen sie Gefahr, nicht mehr genügend Kapazitäten für die Bekämpfung anderer Epidemien wie Masern oder Ebola zu haben.

Doppelt bestraft

Durch das Überangebot und den pandemiebedingten Einbruch der Energienachfrage sind die Erdölpreise drastisch gesunken – bisweilen sogar bis in den negativen Bereich. Von über 60 US-Dollar im Januar 2020 fiel der Preis für ein Barrel der Sorte Brent bis Ende April auf rund 20 Dollar. Dieser Einbruch der Preise verschärft die Verschuldung der erdölproduzierenden Länder, die auf diese Einnahmen angewiesen sind.

Zunächst einmal wurden die vor Covid-19 erarbeiteten Budgetpläne drastisch nach unten revidiert. Das Beispiel Nigerias, der führenden Ölproduzentin auf dem afrikanischen Kontinent, ist bezeichnend. In Nigeria ist Erdöl für 90 Prozent

der Exporterlöse und mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen verantwortlich. Die Pandemie wird zu einem dramatischen Einnahmeverlust führen: Bei einem Gesamtbudget von 35 Milliarden für das Jahr 2020 könnten gemäss der UN-Wirtschaftskommission für Afrika 14 bis 19,2 Milliarden Dollar wegfallen. Die Prognosen basieren jedoch auf einem Rohölpreis von 57 Dollar und nicht auf den 20 Dollar, auf die er Mitte Mai fiel. Der Schock für Nigeria dürfte daher noch wesentlich brutaler ausfallen. Am 28. April hat der Internationale Währungsfonds (IWF) ein Darlehen in der Höhe von 3,4 Milliarden Dollar gesprochen, um die Regierung von Präsident Muhammadu Buhari bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie zu unterstützen.

Afrikanische Ölförderländer werden von der gegenwärtigen Situation doppelt bestraft. Denn viele von ihnen haben bei Rohstoffhändlern hohe Kredite aufgenommen – im Austausch gegen künftige Erdöllieferungen. Zum kleinen Kreis der privaten Gläubiger gehören auch die Schweizer Handelsfirmen Glencore und Trafigura. Die reale Schuldenlast der staatlichen Unternehmen gegenüber den Händlern erhöht sich mit den eingebrochenen Erdölpreisen zusätzlich: Sie müssen nun viel mehr Öl liefern, um die gleichen Darlehen zurückzahlen zu können.

Cash gegen Erdöl: ein Teufelskreis

Diese undurchsichtigen, mit Rohstofflieferungen abgesicherten Kredite garantieren den Händlern praktisch ein exklusives Recht auf Erdöl. Oft sind die Bedingungen für die Produktionsländer

ungünstig oder können sich schnell als nachteilig erweisen, etwa aufgrund von überrissen hohen Zinssätzen oder Rückzahlungsbedingungen, die Abwärtstrends bei den Preisen nicht berücksichtigen.

Solche Kredite verschlingen das Erdöl förmlich – und verschlechtern die finanzielle Situation der rohstoffreichen Länder so unbemerkt wie kontinuierlich. So musste die Regierung von Südsudan von 2017 bis 2018 73 Prozent ihrer Öleinnahmen allein zur Rückzahlung der ölgestützten Kredite verwenden, die sie von der staatlichen chinesischen Erdölgesellschaft und von Trafigura erhalten hatte. Gerade einmal 1,4 Prozent der Einnahmen kamen letztlich dem Staat zugute.

Noch krasser ist der Fall des Tschad. In den Jahren 2013 und 2014 nahm die staatliche Erdölgesellschaft «Société des hydrocarbures du Tchad» bei Glencore zwei Darlehen in Höhe von fast zwei Milliarden Dollar auf. Der Preiszerfall im Jahr 2014 führte dazu, dass die Rückzahlung dieser Darlehen zeitweise 85 Prozent der Erdöleinnahmen ausmachte. Drei Jahre später waren die finanziellen Verpflichtungen der Erdölgesellschaft gegenüber Glencore so erdrückend, dass der IWF die Gewährung eines neuen Kredits von der Umstrukturierung des Darlehens des Zuger Konzerns abhängig machte.

Undurchsichtige Kredite, versteckte Schulden

Die dunklen Seiten dieser «Vorfinanzierungen» zeigen sich emblematisch am Fall der Republik Kongo. Im Jahr 2019 beliefen sich deren Schulden gegenüber den beiden Schweizer Konzernen Glencore und Trafi-

gura auf 1,7 Milliarden Dollar, was 18,1 Prozent des BIP des Landes entsprach. Gemäss offiziellen Angaben. Doch unter Präsident Sassou-Nguesso sind offizielle Zahlen mit Vorsicht zu geniessen. Mehrere Fälle von Veruntreuung sind gut dokumentiert.

Seit über 30 Jahren setzt Brazzaville als Finanzierungsmodell auf solche Kredite gegen Erdöllieferungen. Trotz Warnungen des IWF verpfändet das Land seine Produktion weiterhin über komplexe und undurchsichtige Vereinbarungen. Dadurch hat der IWF nicht einmal klare Informationen über die tatsächliche Verschuldung von Kongo-Brazzaville und kann den Teufelskreis kaum stoppen. So beschränkt sich die Organisation darauf, die Regierung dazu aufzufordern, mit den Rohstoffhändlern über eine «nachhaltigere» Umschuldung zu verhandeln.

Public Eye weist wie zahlreiche andere Organisationen und Institutionen, die sich mit dem Rohstoffsektor befassen, schon lange auf die fehlende Transparenz bei erdölgestützten Krediten hin. Die Brookings Institution, ein in Washington ansässiger Think Tank, hat kürzlich in einer Studie zur Verschuldung afrikanischer Länder festgehalten, dass nachteilige Be-

stimmungen in Rohstoffkreditvereinbarungen «negative wirtschaftliche und soziale Folgen» haben können. Empfohlen wird eine Risikoteilung zwischen Gläubigern und erdölproduzierenden Ländern, um negative Auswirkungen grosser Preisschwankungen aufzufangen.

Es stellt sich zudem die Frage, ob die Staaten unter den Bedingungen der aktuellen Pandemie überhaupt in der Lage sind, die benötigten Mengen zu produzieren und zu liefern, um ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Wegen der Undurchsichtigkeit dieser Deals ist es schwierig, die Tiefe des durch die Corona-Krise entstehenden finanziellen Abgrunds abzuschätzen. Klar ist: Es wird die arme Bevölkerung dieser Länder sein, welche den höchsten Preis bezahlen wird.

Schutz für die Schwächsten

Angesichts des befürchteten Ausmasses der Krise wurden bereits im März Forderungen nach einem Moratorium auf die Rückzahlung von Staatsschulden für die ärmsten Länder laut. Staaten, deren Infrastruktur und Gesundheitssystem der Bekämpfung der Pandemie nicht gewachsen sind und die keine Milliarden zur Unter-

stützung der betroffenen Bevölkerung aufwerfen können.

Am 13. April hat der Internationale Währungsfonds beschlossen, für einen Zeitraum von zunächst sechs Monaten den 25 der ärmsten Länder der Welt – unter ihnen der Tschad – insgesamt 500 Millionen Dollar für ihren Schuldendienst zur Verfügung zu stellen. Damit soll den Ländern ermöglicht werden, «einen höheren Anteil ihrer knappen finanziellen Ressourcen für die medizinische Versorgung und andere lebenswichtige Nothilfemassnahmen zu verwenden». Die Höhe der Zahlen deutet an, wie gravierend das Problem ist: Seit Beginn der Krise hat der IWF weltweit über 21,6 Milliarden US-Dollar an Krediten bereitgestellt, davon etwa 9,6 Milliarden US-Dollar für Subsahara-Afrika.

In einem Bericht betont das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP, wie wichtig ein «gezielter Schuldenerlass für Länder mit untragbarer Verschuldung» ist. Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit, dass nicht nur öffentliche, sondern auch private Gläubiger das Schuldenmoratorium einhalten, und zwar zu denselben Bedingungen. Damit soll verhindert werden, dass öffentliche Gelder letztlich privaten Unternehmen statt Staaten zugutekommen. Dem Beispiel des IWF folgend, haben auch die G20 private Gläubiger aufgefordert, ihre Rückzahlungspläne auszusetzen.

Wie die Händler reagieren

Für die Rohstoffhändler scheint derzeit aber eher das Bestreben im Zentrum zu stehen, möglichst von den neuen Marktbedingungen zu profitieren: Sie nutzen die Volatilität, um Rohöl zu kaufen, das sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder veräussern wollen – in sechs Monaten beispielsweise, sollte der Preis bis dahin wieder angestiegen sein. In den ersten Monaten der Pandemie wurden für die Händler deshalb die Kapazitäten zur Erdöllagerung zu einem zentralen Thema. Da die Lagerkapazitäten an Land schnell erschöpft waren, wichen die Trader auf geankerte Tanker auf hoher See, leere Eisenbahnwaggons und sogar auf Kavernen in Salzstöcken aus.

Die stotternde Wirtschaft hat zu einer Kettenreaktion geführt, die auch vor den Produktionsstätten nicht haltmacht. Ende März legte Glencore seine Ölfelder im Tschad wegen «Beeinträchtigung der internationalen Mobilität, des Transports und der Lieferketten» still. Zwei Wochen später setzte in Sambia die Glencore-Tochtergesellschaft Mopani Copper Mines den



Bohrinsel «Auntie Julie the Martyr» vor der nigerianischen Küste.



Betrieb aus, wodurch etwa 11 000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Die sambische Regierung reagierte verärgert und drohte mit Lizenzentzug, weil sie über den Schritt nicht rechtzeitig informiert worden war. Anfang Mai wurde die Produktion zwar für voraussichtlich 90 Tage wieder hochgefahren, aber Mopani Copper Mines hält grundsätzlich an der geplanten Stilllegung fest.

Schliessungen von Produktionsstätten haben nicht nur dramatische Folgen für die Menschen, die direkt oder indirekt von diesen Arbeitsplätzen abhängen, sondern verschärfen auch die Wirtschaftskrise in Ländern, für die ihr Rohstoffreichtum mehr denn je ein Fluch ist. Anfang April beklagte sich die neue Chefin der «Swiss Trading and Shipping Association» STSA, Rohstoffhändler würden als zu Unrecht «schlechte Menschen dargestellt, die auf dem Rücken anderer viel Geld verdienen». Und Glencore kündigte die Einrichtung eines Unterstützungsfonds in Höhe von 25 Millionen Dollar an. Damit soll Nothilfe an die bedürftige Bevölkerung in den Ländern geleistet werden, in denen die Firma tätig ist. Doch ist das mehr als eine Imagepolitik?

Zum Zeitpunkt, als diese Zeilen geschrieben werden, hat der Zuger Konzern jedenfalls noch keine Stellung zu einem Schuldenerlass für den Tschad oder Kongo-Brazzaville bezogen. Beiden Ländern steht das Wasser bis zum Hals. Im April einigten sich die kongolesische Regierung und der Ölhandelskonzern Orion in einer Vereinbarung auf einen Schuldenschnitt von 30 Prozent und einen viermonatigen Tilgungsaufschub. Mit Glencore und Trafigura laufen zumindest Gespräche – in der Hoffnung, günstigere Bedingungen aushandeln zu können.

Doch vorerst scheinen die meisten privaten Gläubiger nicht bereit zu sein, einen Schuldenerlass in Betracht zu ziehen. Ebenso wenig wie die Banken, obwohl diese direkt involviert sind: Denn oft sind sie es, die den Händlern die Kredite zur Verfügung stellen, welche dann den Regierungen der Rohstoff-Länder gewährt werden.

Der Bundesrat muss Farbe bekennen

Ohne Hilfsmassnahmen werden die erdölproduzierenden Länder durch die Folgen der Pandemie und des Preiszerfalls finanziell ausbluten und danach noch viel ärmer dastehen als zuvor. Die Krise zeigt

in drastischer Weise, dass es Schranken braucht, sowohl vonseiten der betroffenen Regierungen als auch der Handelshäuser: Mit Erdöl abgesicherte Kredite dürfen nicht mehr als Multiplikator wirken, der die Verschuldung der ressourcenreichen Entwicklungsländer immer weiter erhöht.

Doch wie positioniert sich unser Land zu diesen Fragen? Im April hat der Bundesrat beschlossen, «internationale Aktionen» zugunsten von Entwicklungsländern mit 400 Millionen Franken zu unterstützen – die Hälfte davon als Darlehen. Am 27. Mai kündigte die Regierung zudem einen Beitrag von 115 Millionen Franken an die Multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) an, an der die Schweiz seit 2005 beteiligt ist. Das sind wichtige Signale – wobei sie nicht über die Tatsache hinwegtäuschen sollten, dass die Schweizer Quote für öffentliche Entwicklungshilfe unter dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten liegt.

Die Schweiz als Sitzstaat mehrerer Rohstoffhandelskonzerne, die sich zu Bankiers der afrikanischen «Erdölstaaten» gemacht haben, sollte sich dafür einsetzen, dass die ärmsten Länder wie von der UNO verlangt einen Schuldenschnitt erhalten. ■

Die Bankrotterklärung des Mode-Kapitalismus

Für die Bekleidungsindustrie wird es nach der Pandemie keine Rückkehr zum «Courant normal» geben. Rücksichtslosigkeit und Gewinnstreben bis auf den Höhepunkt der Pandemie haben die Lieferketten bersten lassen und Vertrauen, Existenzgrundlagen und Leben zerstört. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind die Fäden, aus denen die Mode der Zukunft gewoben werden muss.

DAVID HACHFELD

Alles wieder normal? Am 11. Mai war es so weit: Ob an der Via Nassa in Lugano, der Genfer Rue du Rhône, an der Zürcher Bahnhofstrasse oder an einem der anderen Shopping-Hotspots der Schweiz: Überall öffneten die Läden wieder ihre Tore. Doch der ganz grosse Ansturm blieb vorerst aus. Mit Rabatten und Werbung versuchen die Modehäuser nun, die Kauflaune wieder auf Vor-Lockdown-Niveau zu treiben. Die Krisenstimmung soll möglichst schnell wieder dem Konsumhype weichen.

32

Doch der Lockdown hat nicht nur temporär die Einkaufslaune getrübt: Die Pandemie erschüttert die globalen Lieferketten der Modeindustrie so heftig, dass die fragilen Glieder der Kette auseinanderfallen. Während das ganze Ausmass der Krise noch nicht absehbar ist, findet der Kampf um die Reorganisation der Industrie bereits statt, und die Machtverhältnisse sortieren sich neu. Klar ist bisher einzig: Ein einfaches Zurück zur «Vorkrisenzeit» wird es nicht geben. Denn die Pandemie verschärft die bereits seit Längerem bestehende Dauerkrise in der Branche derart, dass es zwangsläufig zu Verschiebungen kommen wird.

Pandemie trifft Modeindustrie

Als Erstes zeigten sich die Auswirkungen der Pandemie am Anfang der Wertschöpfungsketten: bei den Rohstoffen. Die Provinz Hubei mit ihrer Hauptstadt Wuhan mag vielen bis vor Kurzem noch unbekannt gewesen sein, doch in der Textilindustrie hat sie in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Mit ihrer strategischen Lage im Zentrum des Landes und am Yangtse Fluss ist Hubei für die Textilindustrie zugleich logistischer Knotenpunkt und wichtiger Produktionsstandort für die Herstellung von Garnen

und Stoffen, für Färbereien und andere Betriebe der Textilveredelung.

Der Lockdown in der Provinz und die Schliessungen in anderen Landesteilen trafen die Textilexporte überproportional stark. Im ersten Quartal 2020 ging der chinesische Export von Garnen und Stoffen um 14,6 Prozent, jener von Bekleidung und Schuhen gar über 20 Prozent zurück. Mit den ausbleibenden Rohstofflieferungen aus China dehnte sich die Krise bereits im Februar auf Länder wie Kambodscha, Vietnam und Myanmar aus, in die sich im letzten Jahrzehnt ein Teil der Kleidungsproduktion verlagert hat, weil das Lohnniveau in China anstieg. Ende Februar flehte Kambodschas Premierminister Hun Sen den chinesischen Botschafter im Land öffentlich an, mit Flugzeugen und Schiffen Rohstoffe an die Fabriken zu liefern. Andernfalls würden Massenentlassungen drohen.

Lockdown statt «Lädele»

Zu Beginn des Jahres klagten Modehäuser noch über die Produktionsausfälle in China und versuchten, Aufträge kurzfristig in andere Länder umzuleiten. So hoffte zum Beispiel die türkische Bekleidungsindustrie Anfang Februar noch auf zusätzliche Aufträge im Wert von zwei Milliarden US-Dollar. Doch spätestens ab März wurde deutlich, dass die Pandemie die Textilindustrie nicht nur auf der Rohstoffseite, sondern mit noch grösserer Wucht auch auf der Absatzseite trifft. Weltweite Ausgangsbeschränkungen und Ladenschliessungen liessen den Absatz von Bekleidung einbrechen. Die Unternehmensberatung McKinsey schätzt, dass der Umsatz der Modeindustrie 2020 um 27 bis 30 Prozent schrumpfen dürfte – und dass eine grosse Anzahl von Firmen binnen 12 bis

18 Monaten Bankrott gehen wird. In der Schweiz hat die Fast-Fashion-Kette Tally Weijl die Schliessung von 200 Läden und den Abbau eines Drittels der Belegschaft angekündigt. Der deutsche Onlinehändler Zalando verzeichnete im ersten Quartal des Jahres zwar ein kleines Umsatzwachstum, aber zugleich aufgrund höherer Kosten auch fast 100 Millionen Euro Verlust. Auch das Internetgeschäft, so scheint es, wird die Verluste im stationären Handel zumindest kurzfristig nicht kompensieren können.

Jetzt zeigt sich, wie sich die Modeindustrie in den letzten Jahrzehnten zunehmend selbst kannibalisiert hat. Um in einem eigentlich vollkommen gesättigten Markt weiter zu wachsen, haben die meisten Firmen unter der Prämisse «speed up or die» auf schnellere Modemodellen, Niedrigpreise und heftige Rabattschlachten gesetzt. Jetzt, wo die Nachfrage zusammenbricht und viele Menschen realisieren, dass sie den Modekonsumrausch auch gar nicht vermissen, offenbart sich, auf welch wackeligen Beinen die Branche gebaut hat.

Egoismus lässt die Lieferkette bersten

Auch wenn die Pandemie die Modeindustrie zunächst an beiden Enden der Lieferkette getroffen hat: Die wohl tiefsten Risse offenbaren sich in der Produktion – in den Beziehungen der Unternehmen untereinander und im Verhältnis der Arbeitgeber zu ihren Arbeiterinnen und Arbeitern. Hier werden die Schattenseiten der zergliederten Lieferketten am deutlichsten: Nur die wenigsten Modehäuser besitzen noch eigene Fabriken, das Gros schreibt Produktionsaufträge weltweit aus, im Streben nach immer günstigeren

Produktionskosten werden Zulieferer in einen gnadenlosen Konkurrenzkampf gesetzt. Angesichts immer niedrigerer Preise und kürzerer Lieferfristen werden viele Arbeitsschritte wiederum an Subunternehmen und zu Heimarbeiterinnen und Heimarbeitern ausgelagert. Dass dieses System ein «race to the bottom» bei den Arbeitsbedingungen auslöst, Armutslöhne, Ausbeutung und teils auch Formen der Kinder- und Zwangsarbeit befördert, ist hinlänglich dokumentiert.

Doch nicht nur für die Arbeiterinnen und Arbeiter, auch für die Geschäftsbeziehungen ist dieses System schädlich. Wenn, wie jetzt in der Pandemie, eine Störung auftritt, fehlen Vertrauen, Solidarität und die Wertschätzung aus langfristigen Geschäftsbeziehungen, sodass viele Firmen nicht nach gemeinsamen und für alle Seiten tragfähigen Lösungen suchen, sondern vor allem oder gar ausschliesslich auf die Abwendung von Schaden für das eigene Unternehmen fokussieren. Wie rücksichtslos viele Firmen dabei agieren, zeigt sich eindrücklich bei der Massenstornierung von Bestellungen.

Es gibt Firmen, die öffentlich oder gegenüber Public Eye erklären, auch in der Krise Verträge zu achten und mit Lieferanten nach Lösungen zu suchen, z.B. Verschiebungen von Lieferfristen und die Vorfinanzierung von Waren. Doch in den Produktionsländern zeigt sich ein anderes Bild: Der Textilexportverband von Bangladesch berichtete, dass Markenfirmen bei seinen Mitgliedsunternehmen bis Ende April Bestellungen über fast eine Milliarde Kleidungsstücke im Wert von 3,18 Milliarden Dollar storniert oder suspendiert hatten. Verbandschefin Rubana Huq appellierte an Markenfirmen, wenigstens für jene Bestellungen zu bezahlen, die bereits in Produktion oder versandbereit seien. Was eigentlich selbstverständlich sein müsste, ist vielen Firmen offenbar bereits zu viel: Gemäss einer Umfrage des Zentrums für globale Arbeitsrechte an der Penn State Universität unter Textilfabriken in Bangladesch weigerten sich Ende März fast drei Viertel der bestellenden Unternehmen bei Stornierungen sogar, für bereits eingekaufte Stoffe zu zahlen. Die Konsequenz: 58 Prozent der befragten Fabriken mussten bereits im März komplett oder teilweise schliessen und Arbeiterinnen und Arbeiter freistellen.

Kaum ein Unternehmen nennt die Namen der Firmen öffentlich, die Bestellungen storniert oder nicht voll ge-

zahlt haben. Auch die Verbände halten sich bedeckt. Zu gross ist die Abhängigkeit von den Abnehmern. Eine Zahl lässt immerhin die Grössenordnung der weltweiten Stornierungen erahnen: Der in Zürich ansässige Internationale Verband der Textilhersteller ITMF berichtet auf Grundlage einer in der zweiten Aprilhälfte durchgeführten Befragung von durchschnittlichen Bestelleinbrüchen von 41 Prozent, die Fabrikanten rechnen für 2020 inzwischen mit Umsatzeinbussen von 33 Prozent gegenüber 2019. Ans Ende seiner Pressemitteilung hat der Verband einen fast schon verzweifelten Appell gesetzt: «Die grösste Erleichterung wäre, wenn Einzelhändler und Markenfirmen mit ihren Lieferanten über die Anpassung an die Krise reden würden, anstatt Bestellungen einseitig zu stornieren.» In Krisenzeiten zeigt sich, wer die Macht hat. Und in der Modeindustrie schrecken viele nicht davor zurück, diese scham- und rücksichtslos zu missbrauchen.

Absturz ohne Sicherheitsnetz

Stehen die Fabrikanten vor der Insolvenz, droht den Näherinnen der Verlust ihrer Existenz. Im Machtspiel der Firmen geraten die Arbeiterinnen – Frauen stellen die grosse Mehrheit unter den einfachen An-

gestellten in der Textilindustrie – als Erste unter die Räder. Wenn die Produktion zurückgeht oder ganz stillsteht und den Fabriken die Liquidität ausgeht, werden Lohnzahlungen verzögert oder eingestellt und Beschäftigte freigestellt. Mangels sozialer Sicherungssysteme stehen Millionen Arbeiterinnen vor dem Nichts.

In Kambodscha waren im April bereits rund 200 000 Arbeiterinnen und Arbeiter von Fabrikschliessungen betroffen. Statt den ohnehin mageren Mindestlöhnen von um die 200 Dollar erhalten sie nun nur noch 70 Dollar Entschädigung im Monat. Einen zunächst angestrebten höheren Lohnersatz von 60 Prozent des Mindestlohns konnte die Regierung nicht gegen die Textilfabrikanten durchsetzen. Die massiven Lohneinbussen stürzen die Arbeiterinnen und Arbeiter in existenzielle Not: Viele versuchen trotz Reisebeschränkungen aus den Städten in die Dörfer zu ihren Familien zurückzukehren, in der Hoffnung, dass die Subsistenzlandwirtschaft ihre Not lindert. Doch das Einkommen aus den Fabriken ist für viele Familien die Haupteinkommensquelle, und manche treibt nun die Angst, sogar noch das Familiengrundstück zu verlieren: Mehr als zweieinhalb Millionen Haushalte haben Mikrokredite aufgenommen, um



Eine Frau auf Lebensmittel-Einkaufstour in Genf während des Lockdowns.

© Mark Henley/Panos



Eine indische Binnenmigrantin mit ihrem Kleinkind während des Lockdowns an einem Busbahnhof in Delhi.

© Manish Kapur/Getty Images

34

ein kleines Geschäft aufbauen zu können oder eine grössere Anschaffung wie etwa ein Motorrad zu finanzieren. Als Sicherheit dient meist das eigene Land. Bleiben die Löhne aus, droht der Verlust von Haus und Feld. 135 Organisationen verlangen von der Regierung, sämtliche Forderungen für mindestens drei Monate zu sistieren und die als Sicherheit gehaltenen Landtitel an die Kreditnehmer zurückzugeben. Der Ausgang ist offen.

Überschuldung, Hunger und Not sind die Folgen für Arbeiterinnen und Arbeiter in vielen Ländern – und diese Lage macht sie erpressbar. Zwischen Textilfabriken rund um den Globus tobt ein ruinöser Wettbewerb um die verbleibenden Aufträge. Die Unternehmer wissen, dass ihnen das Aus droht, wenn sie nicht schnell Aufträge an Land ziehen. Obwohl die Pandemie voll im Gange ist, öffnen einige Fabriken deshalb wieder ihre Tore. Die schiefe Not treibt Arbeiterinnen und Arbeiter zurück in die Fabriken – im Wissen, dass fehlende Abstände und Schutzausrüstungen das Ansteckungsrisiko erhöhen. Bevor der Fabrikkomplex von Rana Plaza 2013 einstürzte, hatten Arbeiterinnen vor den Rissen in den Wänden gewarnt. Doch der drohende Jobverlust zwang sie, das Ge-

bäude zu betreten. Sieben Jahre nach der Katastrophe stehen Näherinnen heute wieder vor der unmöglichen Wahl zwischen dem Erhalt ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage und dem Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens.

Gerade jetzt wären Gewerkschaften wichtig, um Massnahmen zum Schutz der Gesundheit durchzusetzen und die fatalsten Auswirkungen des Konkurrenzkampfs um die verbliebene Arbeit zu verhindern. Doch von einigen Arbeitgebern und Regierungen wird die Pandemie noch missbraucht, um Arbeitsrechte einzuschränken. In Myanmar berichten Gewerkschaften, dass ihre Mitglieder die Ersten seien, denen gekündigt werde, wenn Fabriken jetzt Personal abbauen. Und zwischen Indiens Bundesstaaten hat ein regelrechter Wettbewerb um die Einschränkungen von Arbeitsrechten eingesetzt. So hat etwa die Regierung Madhya Pradesh die Fabriksschichten von acht auf zwölf Stunden am Tag hochgesetzt und zugleich angekündigt, dass es in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten keine Inspektionen mehr geben wird. In Uttar Pradesh wurden praktisch alle Arbeitsschutzgesetze ausgesetzt, und in Rajasthan wurden die Arbeitsstunden erhöht, der Kündigungsschutz gelockert und Gewerkschaften

müssen für eine Registrierung nun doppelt so viele Mitglieder vorweisen.

Heimarbeiterinnen, Tagelöhner, Menschen auf der Flucht und andere Arbeiterinnen ohne formale Anstellung sind in der Krise die ersten, die ohne Einkommen, aber auch ohne Zugang zu Gesundheitsschutz und Hilfsprogrammen um ihr Überleben kämpfen müssen. Auch die Bauernfamilien am Anfang der Lieferkette bekommen die Folgen der Produktionsausfälle direkt zu spüren: Der Baumwollpreis ist seit Jahresanfang um rund 20 Prozent eingebrochen und hat ein Zehnjahrestief erreicht. Allein im indischen Bundesstaat Maharashtra können Hunderttausende ihre Baumwolle gar nicht oder nur unter ihren Produktionskosten verkaufen.

Mehr als eine «darwinistische Marktberreinigung»

Während Textilarbeiterinnen und -arbeiter um ihre Existenz kämpfen, hat im Hintergrund längst ein Machtkampf begonnen. Wer wird in der Post-Covid-19-Modeindustrie den Ton angeben? Wie werden künftig erfolgreiche Wertschöpfungsketten in der Modeindustrie aussehen? Wenn man der Unternehmensberatung McKinsey glauben mag, so stehen wir vor nicht weniger als einem «darwinian shakeout», einer «darwinistischen Marktberreinigung»: Im eilig zusammengeschriebenen Coronavirus-Update der jährlich herausgegebenen Branchenvision «State of Fashion» heisst es schon fast euphorisch: «Die Krise wird die Schwachen aussortieren, die Starken bestärken und den Niedergang jener Unternehmen beschleunigen, die bereits vor der Pandemie zu kämpfen hatten, was zu massiven Konsolidierungswellen, Fusions- und Übernahmeaktivitäten und Insolvenzen führen wird.»

Sollten die bisherigen Rahmenbedingungen nach der gegenwärtigen Krise noch Bestand haben, wäre zu erwarten, dass die Pandemie bereits feststellbare Trends beschleunigen würde. Mittelfristig dürfte der stationäre Handel weiter Marktanteile an Online-Händler verlieren. Auch Digitalisierung und Automatisierung dürften noch wichtiger werden, und geografisch könnten sich zwei auf den ersten Blick gegensätzliche Entwicklungen akzentuieren: Auf der einen Seite eine verstärkte «Nearshoring»-Strategie europäischer und amerikanischer Firmen, um zumindest Teile der Fertigung (und künftig wohl auch der Rohstoffproduktion)

► Fortsetzung Seite 36

INDIEN ANANNYA BHATTACHARJEE

«Es ist nicht der Moment, um zynisch zu sein»

«Verschwenden wir keine Zeit damit, über mich zu reden», sagt Anannya Bhattacharjee, als ich mich Mitte Mai danach erkundige, wie es ihr gehe. Weit weg von ihrer Heimat, in die sie derzeit nicht zurückkehren kann, ist sie in ihrer Doppelfunktion als Vorsitzende der Gewerkschaft Garment and Allied Workers Union im nordindischen Bundesstaat Haryana und als internationale Koordinatorin der Asia Floor Wage Alliance voll eingespannt. Dennoch nimmt sie sich die Zeit für unser Video-interview – weil «die Menschen über den Ernst der Lage informiert werden müssen».

«Die Arbeiterinnen und Arbeiter brauchen Lebensmittel und Geld, um nicht auf der Strasse zu landen.» Die meisten seien schon für die letzte Märzwoche, in der die landesweite Ausgangssperre verhängt wurde, nicht mehr bezahlt worden. Die Regierung hat die Fabrikbesitzer zwar aufgefordert, die Löhne auch für den April zu zahlen – aber kaum einer habe das tatsächlich getan. Welche Rolle spielt Anannyas Gewerkschaft in dieser Krise? Ihre Teams seien damit beschäftigt, Spenden zu sammeln, Nothilfe zu leisten und Informationen zusammenzutragen. «Jeden Tag fragen wir uns, wie wir den Arbeiterinnen helfen können, diese Krise zu überwinden.»

Der grösste Teil der Arbeitskräfte in der indischen Textilindustrie sind Wanderarbeitende, viele mit kurzfristigen Ver-

trägen, was sie noch verwundbarer macht. Vor allem die Familien stünden vor einem «schrecklichen Dilemma», sagt Anannya: «In den Megastädten können sie nicht mehr überleben, aber in ihren Dörfern haben sie auch kaum Perspektiven.» Viele machten sich dennoch zu Fuss in ihre Heimat auf, zum Teil über mehrere Hundert Kilometer.

Und jene, die sich entschieden haben, zu bleiben? Die meisten wüssten nicht, ob und wann sie an ihren Arbeitsplatz zurückkehren könnten. In Betrieben, die die Produktion wieder aufnahmen, würden die Manager jene Arbeitskräfte wieder einstellen, «mit denen sie sich am wohlsten fühlen». Gerade Gewerkschaftsmitglieder würden stark diskriminiert.

In Indien mache zudem die Privatisierung des Gesundheitssystems die Kontrolle der Krise «praktisch unmöglich», sagt die Gewerkschafterin. Die meisten Arbeiterinnen hätten keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten. Fürchtet sie bei einer Wiedereröffnung der Textilfabriken ein Aufflammen der Ansteckungen? «Das kann man heute noch nicht sagen, aber wir werden das genau beobachten.»

Und dann sagt Anannya plötzlich in kämpferischem Ton: «Vergiss Covid-19!» Diese Krise zeige einfach, «dass das System überhaupt nicht belastbar ist». Wir sind uns einig: Es darf nicht weiter auf eine derart billige Produktion gesetzt werden. «Das

Problem sind nicht nur die Armutslöhne», sagt Anannya, «sondern alles, was mit ihnen kommt: unwürdige Lebensbedingungen, keinerlei Arbeitsplatzsicherheit, kein soziales Sicherheitsnetz.» Die Regierungen vieler Produktionsländer sträubten sich – auch unter dem Druck ausländischer Investoren – davor, einen Paradigmenwechsel voranzutreiben, und agierten stattdessen noch repressiver. «Aber man kann keine gesunde Wirtschaft und Gesellschaft aufbauen, wenn man die Arbeiterinnen und Arbeiter verarmen lässt.»

In den sozialen Netzwerken werben Modefirmen längst wieder mit verführerischen Rabatten. «Das ist schockierend», sagt die Aktivistin, denn am anderen Ende der Lieferkette flehten gleichzeitig die Zulieferer die Markenfirmen an, nicht noch niedrigere Preise zu verlangen und für ihre Bestellungen zu bezahlen. In ihrem Netzwerk arbeitet sie derzeit an einer Strategie, um den Druck auf die Markenfirmen zu erhöhen.

«Es ist jetzt nicht der Moment, um zynisch zu sein», sagt Anannya. Um die Dinge zu verändern, müsste vielmehr eine «bestmögliche Vision unserer Welt» entwickelt werden: «Wir müssen international Bewegungen miteinander vernetzen, die die Wirtschaft neu denken wollen. Um endlich über dieses Gesetz des Stärkeren hinwegzukommen, das so viele Menschen zurücklässt.»

Géraldine Viret

35

TÜRKEI BEGO DEMIR

«Die Marken stehen in der Verantwortung, ihre Lieferketten am Leben zu erhalten»

Mitte März flüchtete Bego mit seiner Frau und den vier gemeinsamen Kindern aus Istanbul in ein abgeschiedenes Häuschen in der Provinz Tekirdağ. Denn Bego, der als 15-Jähriger begonnen hatte, in Jeansfabriken als Sandstrahler zu arbeiten, darf kein Risiko eingehen: Die Silikose hat fast 50 Prozent seiner Lungenkapazität zerstört. «Wenn ich das Virus erwische, werde ich kaum überleben», sagt er.

Im Moment sei er in erster Linie damit beschäftigt, den Einfluss der Pandemie auf die türkische Textilindustrie zu dokumentieren, erzählt Bego, der in der Türkei die «Clean Clothes Campaign» vertritt. Die Versammlungs- und Gewerkschaftsrechte seien stark eingeschränkt worden. Und eine für drei Monate in Kraft gesetzte Verordnung untersage es zwar Fabriken vorerst, aus wirtschaftlichen Gründen

Kündigungen auszusprechen. Nur: Im gleichen Gesetz wird den Arbeitgebenden das Recht eingeräumt, Angestellte ohne deren Einverständnis in unbezahlten Urlaub zu schicken. Von der Regierung erhalten sie dann gerade einmal 39 Lira oder gut fünf Schweizer Franken pro Tag. «Davon lässt sich schlicht nicht leben», sagt Bego.

Zudem seien rund zwei der drei Millionen Textilarbeitenden in der Türkei nicht registriert. Die meisten unter ihnen hätten nun gar kein Einkommen mehr. Und jene, die noch arbeiteten, seien vor einer Ansteckung kaum geschützt: «Sie kriegen eine einzige Einwegmaske pro Woche. Und zur Arbeit gebracht werden sie in vollgepferchten Shuttlebussen.»

Doch Bego sieht nicht nur die Regierung in der Verantwortung. «Schlussendlich sind es die Markenfirmen, die die

Gewinne aus diesem System abziehen. Sie stehen in der Verantwortung, ihre Lieferketten am Leben zu erhalten.» Die Markenfirmen müssten nun nicht nur auf Stornierungen von Aufträgen verzichten, sondern «künftige Aufträge vorfinanzieren».

Als die Pandemie die Türkei erreichte, hatte Bego eben seine eigene nachhaltige Kleiderlinie, «Bego Jeans», lanciert. Im Moment hat er Produktion und Verkauf eingestellt. «Die Leute brauchen jetzt in dieser Situation keine neuen Kleider», sagt er. Stattdessen verbringt er viel Zeit im Garten, pflanzt mit seinen Kindern Bohnen an, Kartoffeln, Tomaten und Paprika. Er gehe davon aus, dass Lebensmittel im Winter in der Türkei knapp werden könnten, sagt er, und was sie jetzt anpflanzten, «das werden wir mit anderen Leuten teilen können».

Timo Kollbrunner

► Fortsetzung von Seite 34

aus Asien in näher gelegene Länder zu verlagern. Und auf der anderen Seite eine generelle Gewichtsverschiebung in Richtung Asien und insbesondere nach China, wo stärkere Konsumwachstumsraten zu erwarten sind.

Aber ist es nicht wahrscheinlicher, dass sich die Rahmenbedingungen grundlegend verändern werden? Der Internationale Währungsfonds prognostiziert die schwerste Rezession seit der Grossen Depression 1929. Und in disruptiven Krisen verschieben sich nicht einfach die Machtverhältnisse zwischen «schwachen» und «starken» Unternehmen. Es werden auch die Verhältnisse zwischen Wirtschaft und Staat sowie innerhalb der industriellen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit

neu verhandelt. Entscheidend wird nun sein, die bevorstehenden massiven Veränderungen nicht einfach passiv zu beobachten, sondern sie aktiv mitzugestalten. Wir erleben eben keine Monopoly-Runde, bei der die globalen Big Player der Modeindustrie Arbeiterinnen und Konsumentinnen als Figuren über das Spielbrett schieben und untereinander auswürfeln, wer am Ende als Verlierer und wer als Gewinner vom Tisch geht. Wir befinden uns nicht nur in der Modeindustrie in einer politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Leitlinien einer Post-Covid-19-Wirtschaft. Wenn wir eine gerechtere und nachhaltigere Modeindustrie wollen, dann müssen wir jetzt jene stär-

ken, die in Unternehmen und Lieferketten genau dafür kämpfen. Und wir müssen als Bürgerinnen und Bürger die politischen Rahmenbedingungen neu setzen.

Die Mode der Zukunft

Die Corona-Pandemie legt die tiefen Ungerechtigkeiten im Mode-Kapitalismus offen. Viele Modekonzerne haben jahrzehntelang die Ausbeutung von Mensch und Natur in ihrer Lieferkette in Kauf genommen oder sie direkt zum Kern ihres Geschäftsmodells gemacht. Die Modeindustrie der Zukunft muss auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aufgebaut werden, und es liegt an uns allen, diesen Paradigmenwechsel voranzutreiben:

36

- Die Mode der Zukunft sieht **Gewerkschaften und Vertretungen der Arbeitnehmenden nicht als lästigen Störfaktor, sondern als Partner**, mit denen sie aktiv den Dialog fördert, und gibt der Achtung von Gewerkschaftsrechten und dem Vorhandensein von starken Gewerkschaften bei der Auswahl von Geschäftspartnern und Produktionsstandorten Gewicht.

- Die Mode der Zukunft verteilt den Mehrwert, den Millionen Menschen durch ihre Arbeit schaffen, gerechter. Die dringend nötige **Reduzierung der extremen Ungleichheit in den Lieferketten** bringt nicht nur mehr Gerechtigkeit, sondern macht die Industrie auch widerstandsfähiger gegenüber Krisen.

- Die Mode der Zukunft betrachtet Löhne nicht primär als Kostenfaktor, sondern macht **existenzsichernde Einkommen und gute Arbeitsbedingungen vom Baumwollfeld über die Textilfabrik und Logistik bis hin zum Handel** zu einem integralen Teil der Unternehmenstätigkeit.

- Für die Mode der Zukunft ist die **Achtung und aktive Förderung der Menschenrechte** keine freiwillige Option, sondern Verantwortung und Pflicht. Die Unternehmen in der Industrie prüfen Risiken für Menschen und Umwelt in ihren Lieferketten, adressieren diese gezielt und übernehmen Verantwortung zur Wiedergutmachung von Schäden.

- Die Mode der Zukunft hat nicht nur ihre Kernbelegschaft im Blick, sondern **sie schützt auch und zuerst jene Menschen in ihren Lieferketten, die besonders vulnerabel sind**. Heimarbeiterinnen und Beschäftigte auf Abruf, Tagelöhner und Scheinselbstständige, Wanderarbeiterinnen und Menschen auf der Flucht, Alleinerziehende und andere Beschäftigte mit Pflege- und Betreuungsaufgaben (ganz überwiegend Frauen).

- Die Mode der Zukunft ist sich bewusst, wie wichtig **funktionierende öffentliche Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsysteme** sind, und dass sie ihren Beitrag zur Finanzierung des gesellschaftlichen Fundaments leisten muss, auf dem sie fusst. Steuervermeidung und Sozialdumping dürfen nicht länger geduldet oder gar gefördert werden.

- Die Mode der Zukunft setzt in ihren Lieferkettenbeziehungen auf **langfristige Partnerschaft, Fairness, Transparenz, gemeinsame Ziele und Vertrauen**. Modefirmen müssen dafür ihre dominierende Stellung in den Lieferketten abschwächen und als Partner auf Augenhöhe agieren.

- Die Mode der Zukunft orientiert sich weniger an flüchtigen saisonalen Trends, sondern ist zeitlos, langlebig, qualitativ hochstehender, besser reparierbar und besteht aus Rohstoffen, die **ökologisch verträglich, klima- und ressourcenschonend** hergestellt werden.

Ein solch umfassender Paradigmenwechsel ist kein Spaziergang, und jene, die bis heute zu den wirtschaftlichen Gewinnern im Mode-Kapitalismus gehörten, werden ihre Machtposition verteidigen. Doch soziale Bewegungen, Gewerkschaften und NGOs, aber auch gewisse Unternehmen

und selbst manch eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter in den heutigen Machtzentralen der Modeindustrie führen diese Kämpfe bereits. Die Textilindustrie steht von innen wie von aussen seit Jahren im Kreuzfeuer von Kritik und Protest – und das nicht wegen peripherer Probleme,

sondern wegen systematischer Missstände und Dysfunktionalitäten im Kerngeschäft. Da könnte eine grundlegende Neuausrichtung nach einer disruptiven Krise möglicherweise sogar eine realistischere Perspektive darstellen als der Versuch, den Status quo zu wahren. ■

Keine Monopole in Pandemie-Zeiten

Das Gerangel um die Entwicklung von Technologien zur Covid-19-Behandlung hat längst begonnen. Eigeninteressen von Konzernen und Staaten gefährden eine gerechte Verteilung künftiger Therapien und Impfstoffe, obwohl diese massiv durch öffentliche Forschung finanziert werden. Während die Weltgesundheitsversammlung zur Solidarität aufruft, müssen die Staaten gemeinsam Massnahmen ergreifen, damit die Corona-Bekämpfung nicht durch pharmazeutische Monopole behindert wird. Das Ziel muss es sein, eine globale Chancengleichheit beim Zugang zu Behandlungen sicherzustellen.

PATRICK DURISCH

Während an verschiedenen Fronten unter Hochdruck an Covid-19-Therapien geforscht wird, ist auf politischer Ebene die Frage des Zugang zu und der gerechten Verteilung von Arzneimitteln, die sich als therapeutisch wirksam und sicher erweisen, nach wie vor ungeklärt. Dabei liegen umfassende Lösungsvorschläge auf dem Tisch. Seit Ende März setzt sich Public Eye für die Bündelung der Rechte auf alle medizinischen Technologien zur Prävention, Diagnose und Behandlung von Covid-19 ein. Costa Rica hat dazu einen formellen Antrag bei der Weltgesundheitsorganisation WHO eingereicht. Ende Mai wurde ein solcher Pool unter dem Namen C-TAP (kurz für «COVID-19 Technology Access Pool») von der WHO und Costa Rica offiziell lanciert.

Auch wenn der Vorschlag auf wachsendes Interesse stösst: Länder mit starker Pharmaindustrie, wie etwa die Schweiz, unterstützen die Initiative bis anhin nicht – teils aus ideologischen Gründen, teils aus Respekt davor, ihre Industrie zu verärgern. Anstatt sich klar zu positionieren, lassen sich diese Länder von der Big Pharma beeindruckt, die sich bemüht, ihren guten Willen zu demonstrieren. Aber die Profitlogik nimmt trotz der nach wie vor grassierenden globalen Gesundheitskrise bereits wieder überhand.

Was heute schon klar ist: Insbesondere zu Beginn wird es nicht genügend Behandlungen und Impfstoffe für alle geben. Die Beispiele des Virostatikums Remdesivir von Gilead und des potenziellen Impfstoffs von Johnson & Johnson zeigen einerseits die Limiten des heutigen, von Pharmaunternehmen mit Exklusivrechten geprägten Systems auf und andererseits die

Notwendigkeit, jegliche Herstellungsmonopole zu eliminieren, um den globalen Bedarf decken zu können. Denn obwohl die beiden US-Pharmakonzerne über sehr grosse Produktionskapazitäten verfügen, könnten sie im Fall der Zulassung einer Therapie oder eines Impfstoffs unter den aktuellen Bedingungen nicht genügend davon liefern.

Nicht genug Behandlungen für alle
Remdesivir wird derzeit als eine potenziell nützliche antiviralen Behandlung von Covid-19 in Position gebracht, obwohl erste klinische Studien widersprüchliche Ergebnisse lieferten. Anfang Mai wurde das Medikament in den Vereinigten Staaten per Eilverfahren dennoch vorläufig zugelassen. Gilead hat seine Produktion hochgefahren und angekündigt, bis Oktober 500 000 und bis Dezember eine Million Behandlungszyklen (eine Tagesdosis während zehn Tagen) liefern zu können. Allerdings könnten gemäss der Organisation Public Citizen allein in den USA über eine Million Menschen schwer an Covid-19 erkranken, falls die Ausbreitung des Virus ungebremst weitergeht.

Die Manöver von Präsident Trump, die eigene Bevölkerung beim Zugang zu Heilmitteln zu priorisieren, lassen kaum Zweifel daran, welches Land zuerst profitieren wird. Die starke Nachfrage für Remdesivir in den Vereinigten Staaten ist auch das Ergebnis eines intensiven Lobbyings von Gilead im Kongress und in der Administration. Dafür hat der Konzern im ersten Quartal 2020 gemäss amtlichen Registern fast 2,5 Millionen US-Dollar ausgegeben, 36 Prozent mehr als in der Vorjahresperiode.

Für den Rest der Welt hat Gilead im Mai eine industrieübliche freiwillige

Lizenz an fünf Unternehmen in Indien und Pakistan vergeben, die es ihnen erlaubt, Generika herzustellen. Von dieser Vereinbarung sind aber mehr als 70 Länder in Europa, Lateinamerika und Asien – und damit fast die Hälfte der Weltbevölkerung – ausgenommen.

Die europäischen Länder zum Beispiel haben also bisher keinerlei Zusicherung, dass sie Zugang zu Remdesivir erhalten werden. Und falls ja, könnte der Preis sehr hoch ausfallen: Gilead hat dazu noch immer keine offizielle Aussage gemacht, doch das US-Institut für wirtschaftliche Technologiebewertung ICER schätzt, dass das Mittel 4500 Dollar kosten könnte. Die Produktionskosten von Remdesivir betragen laut einer anderen Studie gerade mal neun Dollar für einen ganzen Behandlungszyklus, also weniger als einen Dollar pro Behandlungstag. Eine solche Gewinnmarge wäre skandalös. Umso mehr, zumal rund 70 Millionen Dollar an öffentlichen Geldern in die Entwicklung des Wirkstoffs geflossen sind.

Gilead hatte zunächst versucht, Remdesivir als «Orphan Drug», also als Behandlung für seltene Krankheiten, anerkennen zu lassen – musste aufgrund heftiger Proteste aber letztlich davon absehen. Zur Image-Politik gab das Unternehmen dann bekannt, 150 000 Behandlungen spenden zu wollen. Doch diese symbolische Geste vermag nicht über den Kern des Problems hinwegzutäuschen: dass Remdesivir in vielen Ländern patentiert ist. Was bedeutet, dass dort nur Gilead das Medikament produzieren oder anderen Unternehmen die Berechtigung dafür geben kann – natürlich stets gemäss den eigenen kommerziellen Interessen.



Eine Wissenschaftlerin in Bangkok testet das Wachstum von Covid-19 in tierischen Zellen.

© Athit Perawongmetha / Reuters

38

Wer gewinnt das Rennen um den Impfstoff

Johnson & Johnson (J&J) ist einer der weltweit führenden Impfstoffhersteller und hat eines der zehn Produkte entwickelt, die derzeit in klinischen Studien an Menschen getestet werden. Sollten die Tests bald erfolgreich abgeschlossen werden, könnten nach Angaben des Unternehmens bis Anfang nächsten Jahres etwa 5 Millionen Dosen produziert werden. J&J spricht sich dafür aus, prioritär das Gesundheitspersonal zu impfen. Gemäss Zahlen der WHO wären allein dafür aber weltweit über 59 Millionen Impfdosen vonnöten.

Bis Ende 2021 möchte J&J dann eine Milliarde Dosen produzieren, die der Konzern für Risikogruppen vorsehen möchte. Nur: Die Gruppe der über 60-Jährigen allein zählt weltweit etwa eine Milliarde Menschen. Und sollten für einen guten Impfschutz zwei Dosen nötig sein, so werden die angekündigten Mengen sowieso längst nicht ausreichen.

Zwar gibt es noch etliche weitere Impfstoffkandidaten, etwa jene der französischen Gruppe Sanofi, der Universität Oxford (in Kooperation mit der britischen AstraZeneca), der amerikanischen Moderna (mit dem Schweizer Konzern Lonza) und der Universität Bern (mit der Firma Saiba Biotech). Sie alle haben ähnliche

Produktionszielgrössen angekündigt, also maximal eine Milliarde Dosen bis Ende 2021. Mehrere gleichzeitig auf den Markt gebrachte Impfstoffe könnten die begrenzten Produktionskapazitäten der einzelnen Hersteller also theoretisch ausgleichen. Die verschiedenen Impfstoffe basieren jedoch auf sehr unterschiedlichen Technologien und Mechanismen. Es wäre daher schwer, zu verifizieren, ob sie alle ein gleichwertiges Schutzniveau bieten.

Hinzu kommen der finanzielle Opportunismus der Pharmaunternehmen sowie nationalistische Reflexe, die bereits heute zu beobachten sind. Die USA sind in der Poleposition, um sich die ersten Dosen zu sichern, wenn dann mal ein Impfstoff gefunden ist. Im Mai hatte der Sanofi-CEO erklärt, die USA würden bei der Versorgung mit den von seinem Konzern entwickelten Mittel Vorrang haben – was insbesondere in Frankreich eine Welle der Entrüstung auslöste, wo das Unternehmen seinen Hauptsitz hat. Der Impfstoff von J&J, dessen Entwicklung wie bei Sanofi massiv von den USA subventioniert wird, würde wohl ebenfalls zuerst dort zur Anwendung kommen. Gleiches gilt für das Produkt von Moderna: Moncef Slaoui, damals noch Verwaltungsratsmitglied des Produktionspartners Lonza, wurde von Donald Trump kürzlich zum

Leiter der US-Initiative zur Entwicklung eines Covid-19-Impfprogramms ernannt.

Das heisst, dass selbst für Länder mit starker pharmazeutischer Industrie wie Frankreich, die Schweiz oder Deutschland der Zugang zu den ersten Impfstoffen nicht garantiert ist. Und die ärmsten Nationen könnten gar komplett abgehängt werden, falls sich einmal mehr das Gesetz des Stärkeren durchsetzt.

Es braucht eine globale Lösung

Diese Beispiele machen deutlich, dass einer globalen Gesundheitskrise wie Corona nicht mit «Business as usual» beizukommen ist. Solange die Pharmaindustrie durch Exklusivrechte wie Patente die Entscheidungsgewalt darüber behält, wer Technologien zur Bekämpfung von Covid-19 kommerzialisieren darf, kann eine ausreichende Produktion zur Deckung des globalen Bedarfs nicht sichergestellt werden.

Wie ist es zu rechtfertigen, dass allein die Pharmakonzerne bestimmen können, wer Zugang zu ihren Behandlungen hat und wer nicht, und welches Land zuerst damit bedient wird? Sich auf den Goodwill dieser Firmen zu verlassen, ist gefährlich – denn Profitstreben steht bei ihnen schlicht über der Sorge um die öffentliche Gesundheit. Für eine gerechte Verteilung künftiger Therapien und Impfstoffe braucht es deshalb dringend eine globale politische Lösung.

Und dafür gibt es auch schon verschiedene Ansätze. Im Mai hat die aus den 194 Mitgliedstaaten der WHO bestehende Weltgesundheitsversammlung eine Resolution verabschiedet, in der ein «universeller, sofortiger und gerechter Zugang zu allen Gesundheitsprodukten und -technologien» gefordert wird, «die zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie benötigt werden». Der Wortlaut wurde bei den Konsensverhandlungen zwar erheblich verwässert, dennoch ist die Rede von «globalem öffentlichem Gut» und «freiwilliger Zusammenlegung von Patenten» sowie von der möglichen Nutzung rechtlicher Instrumente wie Zwangslizenzen. Obwohl WHO-Resolutionen nicht rechtsverbindlich sind, dürfte die Resolution einen gewissen politischen Druck erzeugen.

Parallel dazu hat die WHO zwei grosse internationale Initiativen gestartet. Im Rahmen der ACT-Accelerator-Initiative, die von der Europäischen Union getragen wird, wurden bis Ende Mai 9,8 Milliarden Euro gesammelt – mit dem Ziel, die Entwicklung von Diagnostika, Therapien und Impfstoffen zu beschleunigen und einen gerechten Zugang

zu diesen Mitteln zu schaffen. Es ist jedoch höchst unklar, wie dieses Vorhaben umgesetzt werden soll, und die Frage des geistigen Eigentums wird völlig ausgeklammert.

Vielversprechender, weil konkreter ist der von Costa Rica lancierte und von 36 anderen Staaten – darunter fünf aus Europa (Belgien, Holland, Luxemburg, Norwegen und Portugal) – unterstützte Aufruf zur Einrichtung eines «Pools» auf WHO-Ebene. Dort sollen die Rechte und Daten zu allen Technologien gegen Covid-19 zusammengeführt und verfügbar gemacht werden. Ein Vorschlag, den Public Eye aktiv unterstützt.

Und die Haltung der Schweiz?

Die Schweiz verhält sich im internationalen Vergleich extrem zurückhaltend. Sie hat zwar einen zusätzlichen Kredit von 400 Millionen Franken für die weltweite Bekämpfung der Covid-19-Pandemie gesprochen. Davon fliessen aber nur 2,5 Millionen Franken an die WHO für die Koordination der internationalen Reaktion, obwohl die UNO-Organisation bei der Eindämmung dieser beispiellosen Gesundheitskrise an vorderster Front steht. Noch problematischer ist, dass der Bund 30 Millionen Franken für eine philanthropische Stiftung und öffentlich-private Partnerschaften aufwendet, denen es kaum an finanziellen Mitteln fehlt.

Die Schweiz hat sich zwar nicht gegen die Verabschiedung der WHO-Resolution gestellt. Sie versuchte jedoch, das Konzept der «öffentlichen Güter» streichen zu lassen, drang damit aber nicht durch. Sie nimmt auch nicht klar Stellung zur Patentfrage im Rahmen des WHO-Pools oder

zur allfälligen Anwendung von Zwangslizenzen. Dies hat Public Eye Anfang April in zwei Schreiben an den Bundesrat moniert. Unsere Fragen blieben lange unbeantwortet, was auf eine gewisse Verlegenheit unserer Behörden hindeutet, die sich regelmässig zeigt, wenn es um Fragen des geistigen Eigentums und des Zugangs zu Medikamenten geht.

Sobald es um die sakrosankten Exklusivrechte geht, auf denen das Geschäftsmodell der Konzerne beruht, scheut die offizielle Schweiz jede Konfrontation mit Roche, Novartis & Co.

Wenig überraschend verbietet der Bundesrat auch nach wie vor den Import von Medikamenten, die woanders, zum Beispiel in einem Nachbarland, unter Zwangslizenz stehen. Damit beraubt er sich einer zusätzlichen Option, falls einmal Originalprodukte fehlen oder sich als unbezahlbar für die Schweiz erweisen sollten. Die Regierung erwägt auch keinerlei Schritte, um Zwangslizenzen in der Schweiz schneller erteilen zu können, wie es Deutschland, Frankreich oder Kanada bereits planen.

Auch für die Zusammenlegung von Technologien sehen unsere Behörden keine Notwendigkeit. Sie vertrauen auf die Selbstverpflichtung der Pharmaindustrie und die bestehenden Regulierungsmechanismen. Kurzum zeigt sich einmal mehr: Sobald es um die sakrosankten Exklusivrechte geht,

auf denen das Geschäftsmodell der Konzerne beruht, scheut die offizielle Schweiz jede Konfrontation mit Roche, Novartis & Co.

Während der ausserordentlichen Parlamentssession vom Mai wurden zu diesen Themen von der Tessiner Ständerätin Marina Carobbio und vom Zürcher Nationalrat Fabian Molina (beide SP) zwei Interpellationen eingereicht. Die Antwort des Bundesrats sollte beim Versand dieses Magazins vorliegen.

Die Schweiz muss eine engagiertere Haltung zeigen und für einen universellen und gerechten Zugang zu künftigen Therapien und Impfstoffen einstecken. In einem offenen Brief weisen aktive und ehemalige Politgrössen aus über fünfzig Staaten, darunter Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss, den Weg: Sie fordern, dass sämtliche Technologien, die zur Bekämpfung des Coronavirus benötigt werden, als kostenlose öffentliche Güter gelten und fair sowie in ausreichender Menge verteilt werden. Mit anderen Worten: keine Monopole in Pandemiezeiten!

Die Schweiz müsste endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und die Vergemeinschaftung der Technologien zu Covid-19 unterstützen. Doch die Zeichen dafür stehen schlecht: Der Bundesrat hat Ende Mai beschlossen, eine grössere Menge Impfstoffe für den Eigenbedarf zu reservieren. Eine solche Entscheidung ist erstens verfrüht: Bisher sind Wirksamkeit und Verträglichkeit noch bei keinem einzigen Impfstoff erwiesen. Und zweitens heizt die Schweiz damit das Hickhack zwischen den Staaten weiter an und untergräbt so die Aussichten auf eine globale Lösung zur fairen Verteilung und zum gerechten Zugang zu Therapien und Impfstoffen. ■

39

Der momentane Forschungsstand

Zur Bekämpfung von Covid-19 wird intensiv geforscht. Nach Angaben des Global Health Centre am Graduate Institute in Genf war der Stand Mitte Mai wie folgt:

- Über 300 verschiedene diagnostische Tests waren in Entwicklung oder bereits verfügbar (100 zum Virusnachweis; 200 zum Antikörpernachweis im Blut).
- Es liefen etwa 720 klinische Studien zu potenziellen Behandlungen (über die Hälfte betrafen neue Anwendungen für bestehende Medikamente). Nur circa 20 Prozent davon werden ausschliesslich privat getragen; der Rest teilweise oder vollständig aus öffentlichen Mitteln finanziert.

- Über 100 potenzielle Impfstoffe waren in der Phase von Forschung und Entwicklung, zehn davon wurden bereits an Menschen klinisch erprobt.

Dieser internationale Forschungs- und Entwicklungseffort wird dank massiven staatlichen und philanthropischen Investitionen ermöglicht – gemäss des unabhängigen Think Tanks «Policy Cures Research» etwa 6 Milliarden US-Dollar von Januar bis Mitte Mai 2020. Investitionen der pharmazeutischen Industrie sind bei dieser Schätzung nicht eingerechnet. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind die zusätzlichen Mittel, die von der Europäischen Kommission an der Geberkonferenz vom 4. Mai im Rahmen der ACT-Accelerator-Initiative generiert wurden.

A photograph of orange peels and a whole orange on a blue surface with a knife. The background is a solid blue color. In the upper right, a knife with a wooden handle and a sharp blade is positioned diagonally. In the center and lower left, there is a large pile of orange peels, some showing the white pith and green segments. In the lower right, a whole orange is visible.

Bittere Orangen

Realitäten, die uns die
Industrie nicht zeigen will

Brasilien produziert den Grossteil des weltweit konsumierten Orangensafts. Während die Coronakrise die halbe Welt paralyisiert, geraten die Pflückerinnen und Pflücker zwischen den endlosen Orangenbaumreihen des Bundesstaats São Paulo immer weiter in die Prekarität. Unsere Recherche, die wir kurz vor Ausbruch der Pandemie durchgeführt hatten, beleuchtet die miserablen Arbeitsbedingungen der Menschen, die für den aus der Schweiz operierenden Multi Louis Dreyfus Orangen ernten.

TEXT: ADRIÀ BUDRY CARBÓ
FOTOS: MARCOS WEISKE

Auf dem kleinen Blechtisch liegen drei frisch geschälte Orangen. Aarão* wird sie nicht mehr essen. An die Wand der Baracke gelehnt, in der er mit anderen Pflückern¹ untergebracht ist, lässt er seinen Blick einen Moment lang durch den leeren Raum schweifen. Dann reisst er sich wieder zusammen, richtet sich vor seinen abendlichen Besuchern auf. Er wird bald nicht mehr hierhin zurückkommen.

Wie bereits ein Dutzend seiner Kollegen vor ihm hat Aarão beschlossen, aufzuhören. Weil er seine Gesundheit «nicht auf der Strecke lassen» will. Und weil «sich das alles nicht lohnt». «Das alles», das sind elf Monate Arbeit in einem gnadenlosen Rhythmus. Das sind 100 bis 120 Kisten à 27 Kilo pro Tag – also etwa drei Tonnen Orangen, die es in der hier in der Region São Paulo oft sengenden Sonne oder bei strömendem Regen von bis zu 5 Meter langen Leitern herunterzutragen gilt. Dafür gibts Ende Monat 230 bis 360 Schweizer Franken² – für die produktivsten Pflückerinnen und Pflücker. Für Aarão steht fest: Dies ist seine erste und letzte Safra, wie die Ernte auf Brasilianisch genannt wird.

Noch vor Monatsende wird der Saisonarbeiter sein vorübergehendes Dasein als Orangenpflücker beenden. Er wird versuchen, bei seinem Arbeitgeber, dem Schweizer Händler Louis Dreyfus Company (LDC), sein Rückreisicket einzulösen und die 2200 Kilometer in seine Heimat im brasilianischen Nordosten zurückzulegen. Vielleicht wird er dort wieder als Maurer arbeiten, das sei «weniger riskant», sagt er. Die Datenbank der brasilianischen Arbeitsinspektion verzeichnet für die letzten zehn Jahre fast 200 durch LDC im Zitrussektor begangene Arbeitsrechtsverletzungen, die Hälfte davon betrifft die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmenden. 2018 etwa wurde LDC zur Bezahlung einer Busse in der Höhe von umgerechnet 122 400 Schweizer Franken verurteilt, weil bei einer Inspektion fünf Jahre zuvor entdeckt worden war, dass 34 Angestellte in einem ehemaligen Hühnerstall leben mussten.

Zurück in die Gegenwart: Zwischen den durchgelegenen Matratzen, die die Pflücker in den drückenden Sommernächten zum Schlafen nach draussen legen, zeugt ihre abgenutzte Ausrüstung von den harten Arbeitsbedingungen. Ein paar löchrige Stiefel, eine Gamasche gegen Kobrabisse und schweissdurchtränkte Kleider, auf denen das LDC-Logo prangt. Carlos* beachtet all diese Dinge längst nicht mehr. Der mit rund fünfzig Jahren älteste der Arbeiter, die hier hausen, wird – nachdem er zwischendurch in der Zitronenernte gearbeitet hat – bald seine sechste Safra antreten.

Sowohl Zitronen wie Orangen zu ernten sei hart, sagt er, «aber die Orangenbäume sind beim Klettern instabiler. Gott sei Dank ist mir nie etwas passiert», seufzt er und schält mit seinen arthritischen Fingern eine vierte Orange für seine Gesprächspartner. Doch auch sie werden die bitteren Früchte nicht anrühren.

Spurensuche auf den Plantagen

Die Arbeitsbedingungen in der Orangenindustrie sind bitter, so viel ist sicher, und in Krisenzeiten gilt das ganz besonders. Doch selbst als die Corona-Pandemie Brasilien erreichte, hat der Exportverband Citrus BR trotz der Risiken nie die Absicht erkennen lassen, den Fuss vom Gaspedal zu nehmen. In einem Interview vom April 2020 bestätigte der Direktor des Verbands, Ibiapaba Neto, dass die Produktionskette «normal» funktioniere und dass

LDC sowie die beiden anderen im Verband zusammengeschlossenen Orangensaftgiganten Cutrale und Citrusuco beabsichtigten, «zu 100 Prozent aktiv zu bleiben» – egal, wie sehr das Coronavirus das brasilianische Gesundheitssystem auf die Probe stelle.

Man könnte meinen, die brasilianischen Orangen seien unwiderstehlich. Man findet sie in mehr als der Hälfte des weltweit konsumierten Orangensafts. Und die Region São Paulo stellt allein fast vier Fünftel der inländischen Produktion her, die praktisch zur Gänze für den Export bestimmt ist.

Der Konzern LDC, der seinen operativen Hauptsitz in Genf hat, von wo aus er auch sein Fruchtsaftgeschäft steuert, war ursprünglich nur im Handel tätig und begann dann in den 1990er-Jahren mit dem Aufbau einer eigener Orangenproduktion in Brasilien. Dort verwaltet er heute 38 Zitrusplantagen mit einer Gesamtfläche von über 25 000 Hektaren. Die eigene Produktion macht nach Angaben, die wir von LDC vor Ort erhielten, ungefähr die Hälfte der vom Konzern verarbeiteten Orangen aus, die andere Hälfte wird externen Produzenten abgekauft. All diese Orangen – die genaue Menge gilt als Geschäftsgeheimnis – werden in den drei LDC-Saftfabriken der Region verarbeitet und anschliessend als gefrorenes Konzentrat oder pasteurisierter Saft in die wichtigsten Märkte der Welt verschifft. Sind sie einmal in der im Hinterland von São Paulo gelegenen Saftfabrik von Bebedouro abgeladen worden, lässt sich nicht mehr erkennen, ob die Orangen von einer LDC-Plantage stammen oder von einem der Zulieferer. Der Konzern spricht gerne über sein Blockchain-basiertes Projekt zur Rückverfolgbarkeit von Orangensaft. Doch die Liste seiner Zulieferer wollte LDC uns auf Anfrage nicht zeigen.

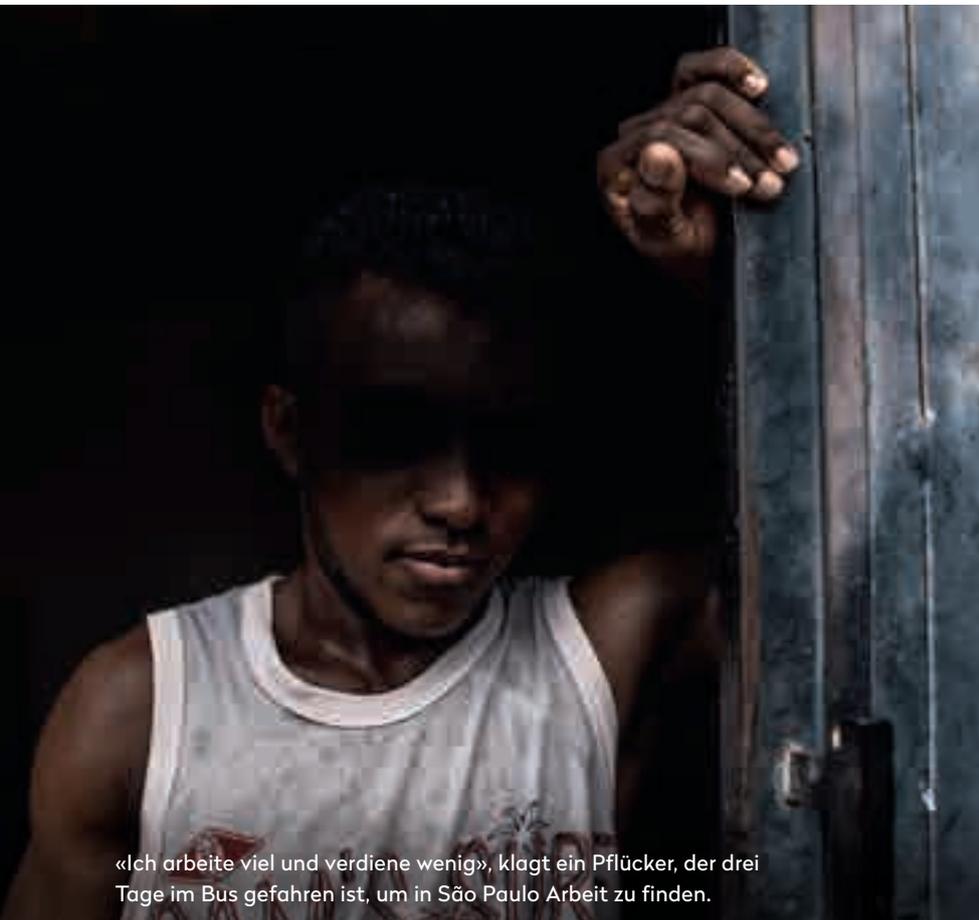
Die beiden brasilianischen Konzerne Cutrale und Citrusuco sowie LDC haben beim Orangensaft zusammen einen Weltmarktanteil von etwa 75 Prozent. Im Gegensatz zur in der Region São Paulo ebenfalls sehr präsenten Zuckerrohrindustrie ist die Orangernte wenig mechanisiert und benötigt dementsprechend viele Arbeitskräfte – der Zitrussektor beschäftigt gemäss offiziellen Statistiken alleine im Bundesstaat São Paulo gegen 50 000 Menschen, effektiv dürften es aber angesichts des hohen Anteils informeller Arbeit wesentlich mehr sein. Wie Aarão und Carlos werden die meisten Pflückerinnen und Pflücker jeweils für eine Erntesaison von acht bis elf Monaten eingestellt – unter prekären Konditionen und mit Verträgen, die an tägliche Produktivitätsziele gebunden sind.

Zusammen mit der investigativen NGO Repórter Brasil hat sich Public Eye auf den Plantagen im Bundesstaat São Paulo umgesehen, um einen Eindruck von den Arbeitsbedingungen zu erhalten. Die meisten Produzenten, auf deren umgitterten Anlagen in der Regel zwischen 10 000 und 20 000 Orangenbäume stehen, verweigerten uns den Zutritt. Andere, wie LDC, folgten uns sogar bis in die Unterkünfte ihrer Arbeiter, um diese davon abzuhalten, mit uns zu sprechen – was ihnen in einem Fall auch gelungen ist. Welche Realitäten will ein Orangenproduzent hinter Stacheldrahtzaun und diensteifrigen Wachen verstecken?

Um dies herauszufinden, haben wir gemeinsam mit einer Kollegin von Repórter Brasil mit etwa fünfzehn Pflückerinnen und Pflückern gesprochen – direkt in ihren Unterkünften, die von LDC oder anderen Produzenten vermietet werden. Um sie

¹ In der brasilianischen Zitrusindustrie arbeitet ein eher kleiner Anteil Frauen, jedoch üben viele von ihnen mit die prekärsten Tätigkeiten aus. In der Ernte arbeitet rund ein Drittel Frauen. In den Unterkünften, die wir für diese Reportage besucht haben, konnten wir nur Männer interviewen.

² Alle Umrechnungen in Schweizer Franken zum Wechselkurs vom 29.4.2020.



«Ich arbeite viel und verdiene wenig», klagt ein Pflücker, der drei Tage im Bus gefahren ist, um in São Paulo Arbeit zu finden.

42

vor möglichen Repressalien zu schützen, nennen wir weder ihre richtigen Namen noch jene der betroffenen Städte oder Plantagen. Unsere Recherche zeigt, in welch prekären Verhältnissen die Pflückerinnen und Pflücker arbeiten. Und sie zeigt die Intransparenz im Sektor, die von Konzernen wie LDC gezielt ausgenutzt wird – wobei sie vom Abbau der Arbeitsrechte unter den Regierungen Temer und Bolsonaro profitieren. Zahlreiche Aussagen weisen zudem darauf hin, dass auf LDC-Zulieferbetrieben systematisch internationale Arbeitsrechte wie beispielsweise das Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung oder auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen verletzt werden.

Ein Lohn, der kaum zum Leben reicht

Beginnen wir beim Lohn. In ihren Hochglanzberichten brüstet sich LDC damit, die «Verantwortung für das Wohlbefinden aller Arbeitskräfte (...) sehr ernst» zu nehmen. Uns gegenüber erklärt LDC, «dass kein Angestellter einen Lohn erhält, der unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegt». Dieser beträgt 2020 1045 Reais monatlich, also knapp 190 Schweizer Franken. Für den operativen Leiter von LDC Juice Brazil offenbar genug, um zu beteuern: «Pflücken ist heute eine überaus würdige Tätigkeit». Genauere Auskunft über die Lohnniveaus wollte uns der Konzern nicht geben, sie gelten als «private» Angelegenheit.

Wir haben versucht, das Niveau dieser Würde zu quantifizieren, indem wir die Pflückerinnen und Pflücker systematisch nach ihren Lohnabrechnungen gefragt und uns nach Gesamtarbeitsverträgen erkundigt haben. Aus zwei solchen Dokumenten, gültig für die Gemeinden Olímpia und Dourado, geht hervor, dass der monatliche Lohn eines LDC-Pflückers bei 1163,55 Reais liegt – er beinhaltet also ein «Geschenk» von knapp 120 Reais (21 Franken) im Vergleich zum gesetzlichen Mindestlohn. In der

Antwort an Public Eye behauptet LDC, seine Pflückerinnen und Pflücker könnten dank Produktivitätsprämien das bis zu 2,7-Fache des Mindestlohns verdienen. Die Lohnabrechnungen, die wir gesehen haben, zeigen eine andere Realität: Die Angestellten können ihren Lohn um 300 oder 600 Reais, also 54 beziehungsweise 108 Franken, aufstocken, wenn sie die vom Unternehmen definierten Ziele jeden Tag übertreffen (siehe Kasten Seite 43). Kein Wunder also, möchte LDC lieber nicht über konkrete Lohnhöhen reden.

Wie für weltweit Millionen Menschen in der Landwirtschaft gilt für die Arbeiterinnen und Arbeiter auf den brasilianischen Orangenplantagen: Obwohl das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard ein international anerkanntes Menschenrecht ist, werden sie für ihre Arbeit nicht angemessen entlohnt. Der Lohn, der für den Erwerb von Konsumgütern des täglichen Bedarfs für eine Familie in Brasilien nötig ist, sollte nach den neuesten Angaben des Intergewerkschaftlichen Instituts für Statistik und sozioökonomische Studien (DIEESE) mindestens 4673,06 Reais betragen. Ganz zu schweigen davon, dass die Lebenshaltungskosten im Bundesstaat São Paulo zu den höchsten des Landes

gehören und dass die Inflation im Jahr 2019 ein nationales Niveau von fast 4,5 Prozent erreichte. Ein weiterer Grund für die kommunikative Zurückhaltung von LDC ist wohl der, dass der Konzern durch die jüngste Arbeitsrechtsreform laut einer Recherche von Repórter Brasil bei den Löhnen zwischen 15 und 30 Prozent einsparen konnte. Seit Ende 2017 müssen Unternehmen ihre Mitarbeitenden für die Zeit der Anfahrt zu den Plantagen nämlich nicht mehr bezahlen. Diese horas in itinere können täglich bis zu vier Stunden ausmachen, bei Regen mehr. Unseren Informationen zufolge weigerte sich LDC – im Gegensatz zu seinen beiden Hauptkonkurrenten – stets, diesen Lohnverlust auszugleichen. In der schriftlichen Antwort auf unsere dahingehende Frage heisst es vonseiten des Firmensitzes, man habe «eine Zahlung an die betroffenen Mitarbeitenden geleistet» und «den pro geerntete Kiste bezahlten Betrag erhöht». Massnahmen, die laut LDC «den vorherigen Betrag kompensieren und einen Anreiz schaffen». Einen Anreiz wofür? Noch produktiver zu arbeiten? Das wird nicht klar.

«Ein Arbeiter gibt durchschnittlich 60 Prozent seines Einkommens für Nahrungsmittel aus. Die Miete liegt in der Region bei 600 Reais. Gehen wir davon aus, dass er auch noch für den Unterhalt von zwei Kindern aufkommen muss. Was bleibt zum Leben übrig?», fragt Jotalune Dias dos Santos. Für den Präsidenten der Feraesp, dem Dachverband der Agrargewerkschaften im Bundesstaat São Paulo, ist eine «ernsthafte Debatte über dieses System nötig, das die Pflücker zum Überleben an den Rand der Erschöpfung treibt». Im Visier hat er insbesondere den an Produktivitätsziele gebundenen Lohn, der im Extremfall das gesamte Einkommen ausmacht.

Während LDC seinen eigenen Angestellten immerhin den gesetzlichen Mindestlohn garantiert – auch dann, wenn die Produktionsziele nicht erreicht werden – so gilt dies nicht unbedingt für seine Zulieferer. Die Lohnausweise der Pflücker des Drittprodu-

zenten, welche wir in deren Unterkünften einsehen konnten, weisen Beträge weit unter 1000 Reais (180 Franken) aus. Sozialversicherungsbeiträge finden sich darauf nicht, und die Pflücker bestätigen denn auch, mehrere Wochen lang schwarz gearbeitet zu haben.

Aus Angst, ihre Arbeit zu verlieren, machen diese oft weder ihre Rechte geltend noch kritisieren sie die ausbeuterischen Bedingungen, unter denen sie tätig sind.

«Ich kann Sie nicht reinlassen»

Einer der LDC-Zulieferer, dessen Plantage wir besichtigen wollten, gab dies sogar ganz offen zu. Als Grund, weshalb er uns keinen Zutritt zu seiner Plantage gewähren könne, sagte er in einem Telefongespräch, das wir aufzeichneten, unumwunden: «Ich habe ein Team ohne Arbeitsbewilligung (Anm. d. Red.: de bocada). Es wird ein Team ohne Uniform und (Anm. d. Red.: Schutz-) Ausrüstung sein.»

Während wir darauf warteten, dass uns LDC den Zugang zu einer ihrer Plantagen gewährt, waren wir bei mehreren Zulieferern des Konzerns. Von ihnen hätten wir auch gerne mehr über die Konditionen erfahren, die ihnen LDC auferlegt. Obwohl die Pflücker auf verschiedenen Plantagen offensichtlich anwesend waren, schoben die meisten Lieferanten das Ende der Safra vor, um uns die Tore nicht zu öffnen. Auf dem Gelände eines unabhängigen Produzenten, dessen Eingang offen und unbewacht war, wurden wir vom Sicherheitsdienst abgefangen und mussten uns schliesslich vor sieben Polizeibeamten rechtfertigen. Die meisten der von uns befragten Gewerkschaften erklärten, dass es auch für sie immer schwieriger werde, mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in Kontakt zu treten. Die Anwesenheit von Gewerkschaftern oder Gewerkschafterinnen half uns denn auch nicht, Zugang zu den Plantagen zu erhalten.

Gegenüber Repórter Brasil bestätigte das Wirtschaftsministerium, dass derzeit keine Arbeitsinspektionen auf den Orangen-Fazendas vorgesehen seien. Alles, was die Produzenten bei allfälligen Verstössen also zu befürchten haben, ist, dass das öffentliche Arbeitsministerium im Verdachtsfall aktiv wird.

Dicker Rauch

Allerdings braucht es dafür erst einmal einen Verdacht. «Wir wissen nicht, was derzeit auf den Landwirtschaftsbetrieben geschieht», gibt Rafael de Araújo Gomes zu. Der Staatsanwalt von Araraquara hat den Ruf, unerbittlich gegen Unternehmen vorzugehen, die ihre Angestellten schlecht behandeln. Doch er sagt, die Ermittlungen seien zunehmend schwierig angesichts der Tendenz Brasiliens, seiner Arbeiterklasse den Rücken zuzukehren. Auf rechtlicher Ebene geschieht dies durch die Reform des Arbeitsrechts, die die Beschäftigung dereguliert und die Gewerkschaften schwächt. Auf gerichtlicher Ebene durch den jüngsten Beschluss des Obersten Gerichtshofs, der den Einsatz von Arbeitsvermittlern durch die Unternehmen für rechtens erklärt. Und schliesslich auf politischer Ebene durch die Unterordnung des Arbeitsministeriums unter das Wirtschaftsministerium. Statt auf der Inspektion liege der Fokus heute immer mehr auf dem Eintreiben von Steuern, sagt der Staatsanwalt.

Einige Gewerkschafter, die Public Eye und Repórter Brasil getroffen haben, sagten sogar, dass manche Arbeitsinspektoren und -inspektorinnen schlicht keine Autos oder nicht genügend Benzin hätten, um vor Ort zu gelangen. Rafael de Araújo Gomes erinnert an den in der jüngsten Zeit erfolgten Abbau des Umweltschutzes und sagt: «Alle haben den durch die Abholzung im Amazonasgebiet verursachten Rauch gesehen. Leider sind die Verletzungen der Arbeitnehmerrechte weniger sichtbar als ein Waldbrand.»



Ein Pflücker, den wir vor Ort trafen, zeigt uns seinen Lohnausweis.

Ein undurchsichtiges und «verwirrendes» Lohnsystem

Das blassgrüne, zerknitterte Papier sieht aus wie Pergament. Die Lohnabrechnung, die wir einsehen konnten, ist mit dem Stempel LDC Sucos S.A. versehen, die Tabelle enthält bis zu 14 Rubriken. Pro Kiste gepflückter Orangen werden hier 0,62 Reais bezahlt (14 Rappen), aber der Grundpreis variiert. Der Pflücker hat in zwei Wochen knapp 1400 Kisten Orangen gesammelt. Zusätzlich erhält er zwei kleine Zuschüsse wegen des erhöhten Schwierigkeitsgrads verrichteter Arbeiten und einen für seine Produktivität, 60 Reais kommen so zum Lohn dazu. Abgezogen werden Sozialbeiträge und Unterkunft. Der Gesamtverdienst dieses «produktiven» Arbeiters für zwei Wochen beläuft sich auf rund 165 Franken.

Die Gewerkschaften kritisieren seit Langem das «verwirrende System» und die Strategie von LDC, in den verschiedenen Bezirken, in denen der Konzern seine 38 Plantagen betreibt, «fragmentierte Verhandlungen» zu führen. «Man nimmt das gleiche Unternehmen, die gleichen Arbeiter, aber die Bedingungen sind von Plantage zu Plantage verschieden», kritisiert Jotalune Dias dos Santos vom Dachverband der Agrargewerkschaften Feraesp.

Wir haben auch den Staatsanwalt Rafael de Araújo Gomes zur Komplexität dieser Lohnabrechnungen befragt. «Im Allgemeinen gibt es kein Buchführungssystem für die täglich gesammelten Kisten. Das Dokument ist auch nicht unterzeichnet», stellte er fest. Die Angestellten hingen deshalb oft vom «guten Willen des Unternehmens» ab, kritisiert er. «Ich habe auch Fälle gesehen, wo die Angestellten zwar 0,90 Reais pro Kiste erhielten, dafür aber nicht ordnungsgemäss gemeldet waren», sagt de Araújo. «Für die Pflücker ist es eine einfache Rechnung: Sie wissen, dass sie ohnehin nie in den Ruhestand werden treten können. Weshalb also Beiträge zahlen?»



Flávio Viegas, Präsident des Verbands der unabhängigen Produzenten, ist überzeugt: «Die Pflücker leben heute schlechter als vor zwanzig Jahren.»

Das Orangensaftkartell

Für Flávio Viegas ist es eindeutig: «Die Pflücker leben heute schlechter als vor zwanzig Jahren», sagt er. Und er, das ist nicht etwa ein Gewerkschafter, sondern der Präsident von Associtrus, dem Verband kleiner und mittlerer brasilianischer Orangenproduzenten. Das liege daran, sagt er, dass sich die mächtigen Player in der Industrie «keine Konkurrenz mehr machen».

44

Seit 1999 hat sich gemäss den Berechnungen von Associtrus die Zahl der Produzenten in der Region um rund 20 000 verringert. 1999 war auch das Jahr, in dem das brasilianische Kartellamt CADE eine Untersuchung gegen ein Kartell in der Orangensaftindustrie eröffnet hat. Auf der Anklagebank: Cutrale, Citrovita (heute Citrosuco), die Kooperative Coinbra Frutesp (später von LDC aufgekauft), Cargill, Fischer, Bascitrus, der damalige Industrieverband Abecitrus sowie neun weitere Personen – sie alle wurden beschuldigt, gemeinsam die Abnahmepreise gedrückt zu haben. 2016 wurde das Verfahren beigelegt, nachdem die Unternehmen ihre Preisabsprachen eingestanden hatten und insgesamt 301 Millionen Reais – 54 Millionen Franken zum aktuellen Wechselkurs – in einen Fonds bezahlt hatten.

Doch verbessert hat sich die Lage seither nicht. Die meisten dieser Namen sind heute verschwunden und der Markt hat sich um die drei Konzerne Cutrale, Citrosuco und Louis Dreyfus neu organisiert. Nach Ansicht vieler Produzenten existiert das Kartell weiter. Associtrus hat vergangenes Jahr bei einem Gericht in London Klage gegen die drei grossen Exporteure eingereicht, um die Rechte der rund 500 unabhängigen Produzenten, die im Verband zusammengeschlossen sind, geltend zu machen. Der Verband verlangt Entschädigungszahlungen von mehr als drei Milliarden Reais (mehr als 540 Millionen Schweizer Franken) für die Einkünfte, die den Mitgliedern aufgrund von Preismanipulationen entgangen sind. Die Klage ist pendent.



Daniel hat noch keinen Arbeitstag versäumt.
«Wer nichts einsammelt, verdient auch nichts.»



Unsichtbar zwischen Plantagen

Auf unserer Suche nach den Opfern dieser unsichtbaren Rechtsverletzungen trafen wir in einer kleinen Unterkunft von Pflückern eines Drittproduzenten Arthur* und Daniel*. Beide versicherten uns, dass ihr Arbeitgeber an LDC verkaufe und sie seit einer Woche schwarz arbeiteten – zu einem voll von der Produktivität abhängigen Lohn. Daniel* sagte, er habe keinen einzigen Arbeitstag versäumt und trage täglich 120 Kisten. Manche Pflücker verdienten weniger als 1000 Reais (180 Franken). «Wer nichts einsammelt, verdient auch nichts», meinte er, die Zigarette zwischen den Lippen.

«Die Arbeit ist sehr hart, aber man muss halt trainieren wie ein Boxer», meinte Arthur*, der mit seinen 19 Jahren noch das Lächeln eines Kindes hat – und, wie um an die Härte des Lebens zu erinnern, Spuren eines Blutergusses im Augenwinkel. Er sagte, er wolle arbeiten, um sich Medikamente leisten zu können «für den Fall, dass ich krank werde» und «um dort ein bisschen mehr zu haben».

«Dort» liegt im Nordosten Brasiliens. Arthur und seine acht Mitbewohner, die zusammen drei Zimmer mit abgenutzten Matratzen und zwei Ventilatoren bewohnen, stammen alle aus Salvador oder Aracaju. Von den Einheimischen São Paulos werden sie als «Migranten» bezeichnet. Sie wurden von sogenannten Gatos angeworben, Vermittlern der Agrarindustrie, und Tausende Kilometer von ihrem Heimatort entfernt abgeliefert, um «in den besten Monaten» 1200 Reais zu verdienen. Oft weniger. Ihre wöchentlichen Lohnabrechnungen schwanken zwischen 260 und 360 Reais – also maximal 65 Franken.

Doch die tiefen Löhne brauchen die multinationalen Konzerne nicht gross zu kümmern. Mit 53 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist der gebeutelte Nordosten des Landes eine unversiegbare Quelle von Arbeitskräften. «Es wird immer Leute geben, die bereit sind, zu kommen. Die Gatos machen ihnen Versprechun-



LDC hat uns für eine Stunde den Zutritt zu seiner Plantage Itatinga (230 km von São Paulo entfernt) erlaubt. Wir haben dabei einige Pflückerinnen und Pflücker angetroffen, die aber nicht über Löhne reden durften.

gen, die sie nie einhalten», sagt Aparecido Donizeti, Vorsitzender der Gewerkschaft von Agudos (im Bundesstaat São Paulo).

Staatsanwalt Rafael de Araújo Gomes sieht darin auch ein organisiertes System – mit dem Ziel, sich die Justiz vom Leib zu halten. «Die Multis haben ein grosses Interesse daran, Gatos zu engagieren oder Drittunternehmen zu gründen. Je mehr Zwischenstufen es zwischen ihnen und den Pflückerinnen und Pflückern gibt, desto schwieriger wird es für die Justiz, eine Verantwortung der Konzerne nachzuweisen.» LDC versichert, keine Gatos mehr einzusetzen. «Die Pflücker aus dem Nordosten werden von LDC-Mitarbeitenden vor Ort angeheuert und registriert», so ein Vertreter des Unternehmens. LDC gibt ebenfalls an, den Lohn der Arbeiter mit Lebensmitteln und Essensgutscheinen aufzustocken. Eine «Wohltätigkeit», die gewisse Zweifel an der effektiven Kaufkraft der Pflückerinnen und Pflücker des Multis aufkommen lässt.

Die kaum gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus dem Nordosten, die zudem, wie wir festgestellt haben, häufig kaum oder gar nicht lesen und schreiben können, befinden sich fern ihrer Heimat in einer absoluten Abhängigkeit von ihrem Arbeitgeber – er ist es auch, der den Transport organisiert, damit sie nach der Safra wieder nach Hause kommen.

Ein letztes Powerpoint für unterwegs

LDC empfängt uns schliesslich doch noch auf einer Plantage, um uns ein Powerpoint und sechs Pflücker in leuchtend blauer Ausrüstung zu präsentieren. Das Unternehmen räumt dabei auch ein, wie machtlos es in Bezug auf die Arbeitsbedingungen bei seinen Zulieferern ist. «Wir verlangen von Dritten, dass sie unserer guten Praxis folgen», meint ein Vertreter. «Aber die Firma kontrolliert nicht vor Ort, denn wir sind nicht die Polizei.» In der schriftlichen Antwort vom LDC-Hauptsitz tönt es anders: «Unsere Teams

vor Ort überwachen die Tätigkeiten der Lieferanten durch regelmässige Besuche.» Zur «guten Praxis» gehört offenbar auch, dass die Pflückerinnen und Pflücker für ihre Unterbringung bezahlen müssen. LDC hatte erst von einem «symbolischen» Betrag gesprochen, der von den Angestellten dafür entrichtet würde, und später behauptet, es handle sich um eine Reinigungsgebühr. Auf den eingesehenen Lohnabrechnungen erscheint jedoch die Kategorie «Unterkunft» mit monatlich 75 Reais bei LDC und 100 Reais bei einem der Zulieferer. Multipliziert man diesen Betrag mit der Anzahl Bewohner, scheint die Gesamtmiete für die Verhältnisse im Bundesstaat São Paulo nicht besonders günstig.

In der Baracke der LDC-Pflücker schält Carlos derweil weiterhin unbeirrt Orangen. Er habe noch keinen einzigen Arbeitstag versäumt, trotz Arthritis und einer kaputten Zahnprothese, erzählt er. «Ich arbeite mit Gottes Hilfe», sagt er und beisst dabei seinen Kiefer zusammen. Im Gegensatz zu den übrigen LDC-Mitarbeitenden haben die Orangenpflückerinnen und -pflücker keinen Zugang zu den Gesundheitsleistungen des Konzerns. Und bei LDC scheint sich niemand um die langfristigen Folgen der Safra auf die Gesundheit der Saisoniers zu scheren.

Seinen letzten Arztbesuch hat Carlos auch deshalb verpasst, weil die Entschädigung von 38 Reais, die er gegen Vorweisen eines Arzteugnisses erhalten hätte, unter dem Betrag liegt, den er an einem Tag verdienen kann. Würde er sich heute entscheiden, in das Spital von Bebedouro zu gehen, käme er eventuell in den Genuss eines Glases Orangensaft. Ende April spendete LDC dem Spital 4000 Liter davon. Der Zeitpunkt der Pandemie kam gelegen. Mitte März schickte LDC die Arbeitenden aus dem Nordosten zurück in ihre Heimat. Nun rekrutiert der Multi für die nächste Safra mit Unterstützung eines medizinischen Teams. In der Orangenindustrie bleibt die Ernte bitter. ■



Die Orangennation Schweiz

Obwohl hierzulande keine Orangen angebaut werden, ist die Schweiz eine Orangennation: Führende Händler haben hier ihren Sitz, und sie mischen nicht nur im weltweiten Handel mit Orangensaft kräftig mit, sondern dehnen ihre Tätigkeiten zunehmend bis in den Anbau aus. Als globaler Handelshub für Agrarrohstoffe macht sich die Schweiz mitschuldig an den ausbeuterischen Bedingungen, unter denen Agrarrohstoffe wie Orangen, aber auch Baumwolle oder Kaffee häufig angebaut werden. Eine Regulierung des Sektors ist deshalb überfällig.

SILVIE LANG

Mit der Louis Dreyfus Company (LDC) beherbergt Genf einen der drei wichtigsten Trader im milliardenschweren Orangensaftbusiness – und eines der grössten Agrarhandelshäuser überhaupt. Von hier aus steuert die Firma ihr globales Rohstoffbusiness, welches neben dem Anbau von Orangen und der Herstellung sowie dem Handel von Saft auch das Geschäft mit Getreide, Soja, Kaffee, Baumwolle oder Zucker umfasst.

Nicht nur LDC, sondern praktisch alle gewichtigen Agrarhändler – Cargill, ADM, Bunge, Cofco oder Glencore – wickeln globale Handelsgeschäfte über die Schweiz ab; fast ausnahmslos im Transithandel, also ohne die Güter physisch zu importieren oder zu exportieren. Unser Bericht «Agricultural Commodity Traders in Switzerland. Benefitting from Misery?» brachte vor einem Jahr erstmals Licht in diese intransparente Branche, die

sich aufgrund massgeschneiderter Steuerregimes und mangelnder Regulierung des Rohstoffhandelssektors hierzulande wohl fühlt. Gemäss unseren Berechnungen – offizielle Zahlen zu Marktanteilen gibt es nicht – wird mindestens die Hälfte des weltweit gehandelten Getreides, 40 Prozent des Zuckers, jede dritte Kakao- und Kaffeebohne, 25 Prozent der Baumwolle sowie 15 Prozent des Orangensaftes über in der Schweiz ansässige Trader gehandelt.

Gefährliche Konzentration

Nicht nur der Handel von Agrargütern ist in den Händen einiger weniger mächtiger Firmen. Die Konzentrationsprozesse im Agro-Food-Sektor haben auch vor den anderen Stufen globaler Wertschöpfungsketten, vor allem der Produktion und der Verarbeitung, nicht Halt gemacht. In der Herstellung von Orangensaft beispielsweise

kontrollieren nur drei Firmen – der Schweizer Händler LDC sowie die brasilianischen Sucocitrico Cutrale und Citrusuco – knapp drei Viertel des globalen Marktes. Diese geballte Marktmacht zeigt sich insbesondere in Brasilien, im Hauptproduktionsland von Orangen. Seit den 1980er-Jahren haben die grossen Unternehmen sukzessive Verarbeitungsanlagen aufgekauft, andere Firmen übernommen und die kleineren Produzierenden zunehmend aus dem Markt verdrängt. Der brasilianische Verband der Orangenproduzenten, Associtrus, geht davon aus, dass seit Beginn der 1990er-Jahre mehr als 20 000 Landwirtschaftsbetriebe den Anbau von Saftorangen aufgeben mussten, da dieser nicht mehr rentabel war. Gab es damals noch über 30 000 unabhängige Betriebe, sind es heute noch knapp 7000.

Ihre Machtposition erlaubt es den drei verbleibenden grossen Firmen, die politischen Rahmenbedingungen in den Produktionsländern und auch den Sitzstaaten zu ihren Gunsten mitzugestalten. Und sie verschafft ihnen grossen Einfluss auf die Preispolitik. Im Gegensatz zu den zahlreichen schwächer gestellten Produzierenden können sie die Abnahmepreise für Orangen bestimmen; manchmal drücken sie diese gar unter den Produktionspreis.

«From farm to fork»

Wie bei anderen Agrarrohstoffen – Kakao, Kaffee, Getreide oder Soja – ist auch im Orangensaftgeschäft neben den Konzentrationsprozessen eine starke vertikale Integration im Gange. Das heisst, die Firmen sind keine reinen Handelsunternehmen mehr, sondern dehnen ihre Tätigkeiten und ihren Einflussbereich zunehmend aus und rücken beispielsweise bis in den Anbau der Rohstoffe vor. So können sie massgeblich über die Produktions- und Herstellungsbedingungen entlang der Wertschöpfungskette entscheiden – vom Anbau der Orangen auf den Plantagen über die Herstellung von Saft bis zum Abfüllen. Sprich: Sie bestimmen, was unter welchen Bedingungen angebaut, geerntet, verarbeitet, gehandelt und vertrieben wird. Lange Zeit stellte sich die Branche selbst als Bindeglied zwischen den Produzierenden (Anbaustufe) und den Verarbeitern (Hersteller von Lebens-, Genuss- oder Futtermitteln) dar, das Waren im Auftrag seiner Kunden handelt und transportiert. Dieses Bild entspricht jedoch längst nicht mehr der Realität. Die Agrarhändler sind zu «global value chain managers», also «Manager globaler Wertschöpfungsketten», geworden.

Viele besitzen neben eigenen Anbauflächen auch Hochseeflotten, manche generieren gar mehr Umsatz mit der Herstellung von Lebens- oder Futtermitteln als mit dem eigentlichen Handel. Diese sogenannte vertikale Integration zeigt sich nicht zuletzt an

den Slogans der Firmen. LDC beispielsweise verspricht Dienstleistungen «From farm to fork», also vom Feld bis auf den Teller. Mit eigenen Plantagen, Lagerinfrastruktur, Verarbeitungsfabriken, Hafenterminals und Hochseeschiffen ist LDC entlang der gesamten Wertschöpfungskette vertreten. Am Beispiel des Orangensaftgeschäfts zeigt sich diese Integration deutlich: In Brasilien besitzt LDC gemäss eigenen Angaben 38 Zitrusplantagen mit insgesamt über 25 000 Hektaren Anbaufläche. Dazu kommen drei eigene Anlagen, in denen die Orangen zu Konzentrat oder Saft verarbeitet werden. Über 8000 Mitarbeitende beschäftigt LDC auf den brasilianischen Plantagen und in den Fabriken insgesamt. Weiter besitzt das Unternehmen sowohl im brasilianischen Santos wie auch im belgischen Gent Hafenterminals zur Lagerung des Saftes sowie drei Safttanker für den Übersee-Transport.

LDC liefert den Frischsaft oder das Konzentrat entweder direkt an Kunden oder verarbeitet die Rohprodukte in Gent je nach

Nur drei Firmen – der Schweizer Händler LDC sowie die brasilianischen Sucocitrico Cutrale und Citrusuco – kontrollieren knapp drei Viertel des globalen Marktes von Orangensaft.

Kundenbedürfnis weiter – durch Mischen verschiedener Qualitäten, Hinzufügen von Fruchtfleisch oder anderer Fruchtsäfte. Das Unternehmen verkauft mehr als 30 Zitrusprodukte an über 400 Kunden in 70 Ländern: Neben gefrorenem Orangensaft-Konzentrat und «Not from concentrate»-Saft auch Zitronen- und Limettensaft sowie Nebenprodukte wie Öle, Aromen, getrocknete Schalen (aus denen Pektin für die Nahrungsmittelindustrie gewonnen wird), Fruchtfleisch und Fruchtfleischpellets (z. B. als Tierfutterbestandteil). LDC verfolgt zudem die Strategie, in Partnerschaften mit anderen grossen Akteuren aus der Lebensmittelindustrie mit eigenen Marken auch näher an die Endkonsumierenden zu gelangen. Ausdruck davon ist das 2019 gegründete Joint Venture mit der chinesischen Kaffee-Kette Luckin Coffee, um (vorerst) Orangen-, Zitronen- und Apfelsaft an die Konsumentinnen und Konsumenten in den Luckin Coffee-Filialen zu bringen.

► Fortsetzung Seite 50

47

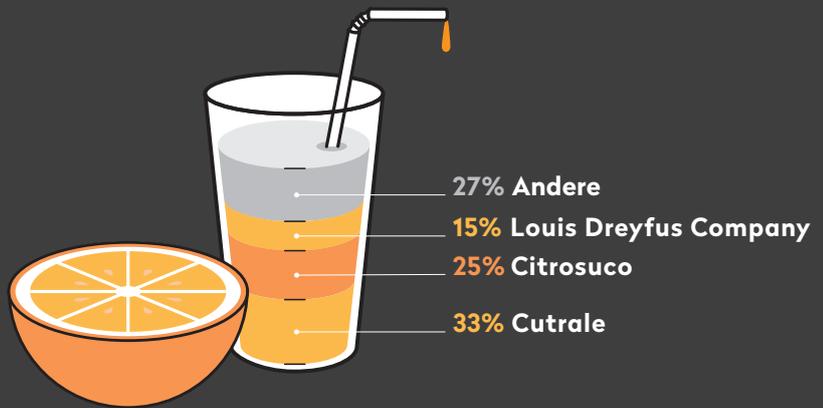
Louis Dreyfus Company – ein gigantischer Familienkonzern

Die Louis Dreyfus Company (LDC) ist ein privater, im holländischen Rotterdam registrierter Konzern mit operativem Hauptsitz in Genf. Hier steuert LDC seinen Handel mit Ölsaaten, Getreide, Reis, Kaffee, Baumwolle, Zucker und Saft sowie das Fracht- und Finanzgeschäft. LDC ist – gemessen am Umsatz (33 Milliarden US-Dollar 2019) – nach Cargill, ADM und Bunge der viertgrösste Händler und Verarbeiter von Agrarprodukten weltweit. Der Konzern produziert, verarbeitet und transportiert gemäss eigenen Angaben rund 80 Millionen Tonnen Landwirtschaftsgüter jährlich, beschäftigt weltweit rund 18 000 Mitarbeitende und ist in über 100 Ländern aktiv.

Das 1851 vom Elsässer Léopold Louis Dreyfus gegründete Familienunternehmen ist heute fest in der Hand von Margarita Louis Dreyfus. Die Wahlschweizerin ist seit 2011 Verwaltungsratspräsidentin. Nach dem Tod ihres Ehemanns Robert Louis Dreyfus 2009, der ihr und den gemeinsamen Söhnen 61 Prozent der Anteile an LDC hinterlassen hatte, kaufte sie sukzessive die Beteiligungen anderer Familienmitglieder am Konzern auf. Heute ist sie im Besitz von 96,6 Prozent der Anteile. Für den Rückkauf der letzten Tranche von 16,6 Prozent im Jahr 2019 erhielt sie von der Credit Suisse einen Kredit von 1,03 Milliarden US-Dollar, musste als Sicherheit allerdings ihre Anteile an der Holding hinterlegen.

Orangensaft: ein konzentrierter Markt

Drei Firmen, der Schweizer Händler Louis Dreyfus Company (LDC) sowie die brasilianischen Sucocitrico Cutrale und Citrosuco, kontrollieren zusammen knapp drei Viertel des globalen Marktes.



Wie LDC die Wertschöpfungskette von Orangensaft kontrolliert

Wie andere grosse Agrarhändler ist LDC von einem reinen Handels- und Logistikunternehmen zum «Manager globaler Wertschöpfungsketten» geworden: Der Konzern ist vom Anbau der Orangen über die Herstellung und das Abfüllen von Saft bis in den Detailhandel tätig und kontrolliert damit die Lieferkette weitgehend.

1 Anbau

LDC besitzt in Brasilien 38 Zitrusplantagen (mehr als 25 000 Hektar). Rund die Hälfte der verarbeiteten Orangen baut LDC selber an, den Rest kauft sie von anderen Produzenten zu.

4 Lagerung und Weiterverarbeitung

LDC's Lagerinfrastruktur in Gent gehört mit einer Kapazität von 71 000 Tonnen zu den grössten der Welt. Von hier werden der Saft und das Konzentrat an Abfüller und an weitere Kunden geliefert oder von LDC selber gemischt und abgefüllt.

5 Handel

LDC verkauft mehr als 30 Zitrusprodukte an über 400 Kunden in 70 Ländern. Die Produktpalette umfasst neben Säften auch Zitrus-Beiprodukte wie Öle, Aromen oder Fruchtfleisch für die Lebensmittel- und Duftstoffindustrie.

2 Erstverarbeitung

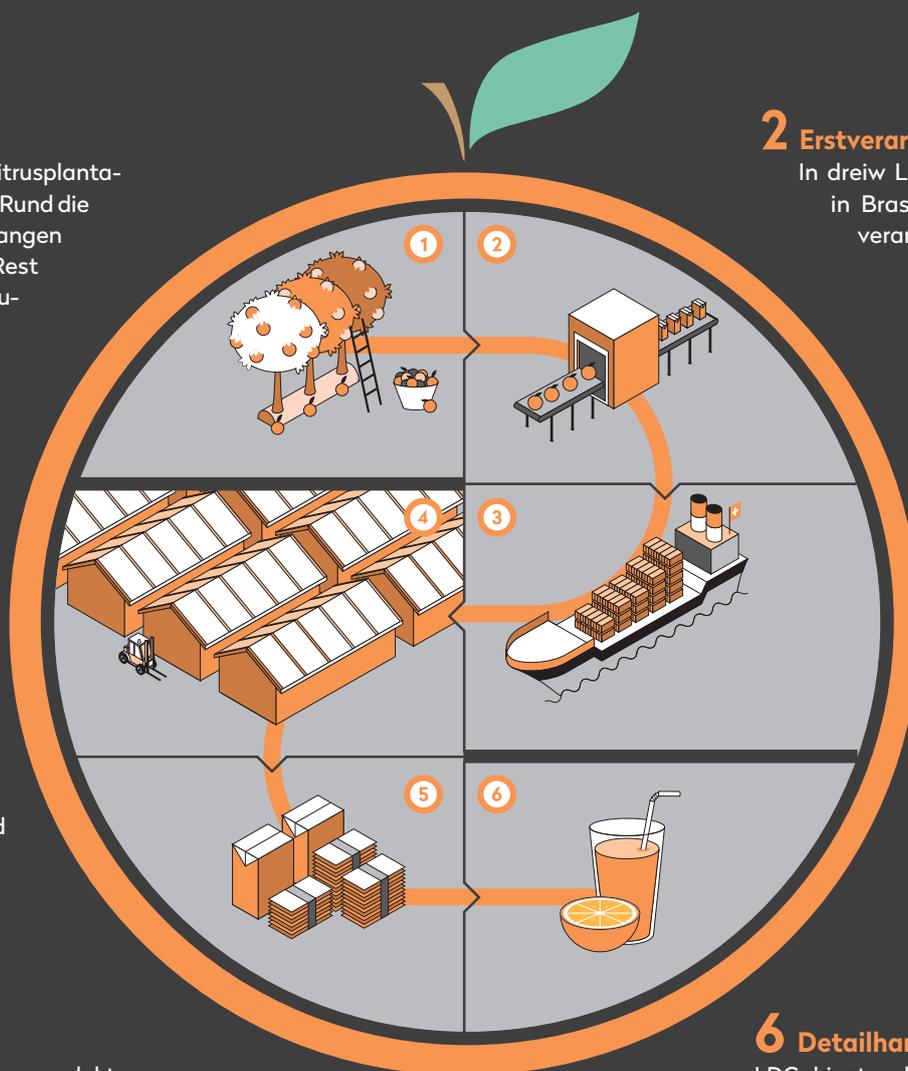
In drei LDC-eigenen Saftfabriken in Brasilien werden die Früchte verarbeitet.

3 Transport um die Welt

LDC besitzt in Santos (Brasilien) und in Gent (Belgien) je ein Zitrus-Hafenterminal sowie drei eigene Safttanker, mit denen der Saft oder das gefrorene Konzentrat nach Europa verschifft wird.

6 Detailhandel

LDC dringt zudem mit Eigenmarken langsam bis in den Detailhandel vor, z. B. in einem Joint Venture mit der chinesischen Kaffee-Kette Luckin Coffee, um Säfte direkt an die Konsumierenden in den Filialen des «chinesischen Starbucks» zu bringen.





Die Produktion von Orangensaft

Seit Beginn der Coronakrise erlebt der Orangensaftkonsum eine Renaissance. Kennzahlen zu einem wenig bekannten Markt.

Jährlich werden weltweit rund 50 Millionen Tonnen Orangen produziert. Der Anbau konzentriert sich vor allem auf tropische und subtropische Gebiete rund um den Äquator, den sogenannten Zitrusgürtel. Das wichtigste Produktionsland ist Brasilien: 15 Millionen Tonnen werden dort angebaut. Mit ca. 7 Millionen Tonnen folgt China als zweitgrösster Produzent, vor den EU-Ländern mit über 5 Millionen Tonnen.

Gut 40 Prozent aller weltweit geernteten Orangen werden zu Saft verarbeitet, der grösste Teil davon zu Konzentrat; im Hauptproduktionsland Brasilien sind es etwa zwei Drittel. Im Gegensatz zu China und der EU hat sich Brasilien auf die Verarbeitung zu und den Export von Orangensaft spezialisiert und hält einen Marktanteil von 80 Prozent beim Export. Mexiko und die EU folgen als zweit- beziehungsweise drittgrösste Orangensaft-Exporteure, während die chinesischen Orangen vor allem für den inländischen Konsum angebaut werden.

Eingefroren und konzentriert

Es gibt zahlreiche verschiedene Orangensorten, wovon sich einige speziell für die Herstellung von Saft eignen. Die meisten Produzierenden bauen verschiedene Sorten an, die nicht gleichzeitig reif werden, um so den Markt möglichst das ganze Jahr über

beliefern zu können. Um Orangensaftkonzentrat herzustellen, werden dem frischen Saft zunächst die Aromen entzogen, bevor er auf etwa ein Sechstel des Volumens eingedampft wird. Anschliessend wird das Konzentrat für die Lagerung und den Transport eingefroren.

Vor dem Konsum müssen dem Konzentrat wieder Wasser, Essenzen und – falls erwünscht – Fruchtfleisch zugefügt werden. Dies machen die sogenannten Abfüller von grossen Getränkeherstellern oder auch kleineren Fruchtsaftproduzenten. Sie beziehen das Konzentrat in der Regel von mehr als einem der grossen Händler (LDC, Cutrale oder Citrusuco), wobei die weltgrössten Getränkehersteller wie Coca-Cola oder Pepsi oft einen Hauptlieferanten haben. Neben dem direkten Einkauf bei Orangensaft-Händlern wird gefrorenes Orangensaftkonzentrat auch an den Agrarbörsen gehandelt. Die Abfüller setzen den Saft schliesslich an Detailhändler ab, welche ihn als Markenprodukt oder als Eigenmarke an Konsumierende verkaufen. Den höchsten Pro-Kopf-Konsum von Orangensaft hat die EU, gefolgt von den USA. Während das Fruchtgetränk in den letzten Jahren aufgrund des hohen Zuckergehalts vermehrt in die Kritik geraten und dessen Pro-Kopf-Konsum zurückgegangen ist,

erlebte Orangensaft im Zuge der Coronakrise aufgrund des hohen Vitamin-C-Gehalts und seines vermeintlich positiven Einflusses auf das Immunsystem ein kurzzeitiges Comeback. Die gleichzeitig gestiegene Nachfrage und das auch aufgrund von Covid-19 gesunkene Angebot führten auf den Märkten im April 2020 zu einem rasanten Anstieg des Börsenpreises von Orangensaft (siehe Seite 11).

Kaum Transparenz

In der Schweiz wurden 2019 rund 56 Millionen Liter Orangensaft verkauft, das sind etwa 6,5 Liter pro Person. Woher dieser Saft stammt, ist für die Konsumentinnen und Konsumenten kaum nachvollziehbar. Bei diversen Marken ist auf der Verpackung nicht einmal das Herkunftsland der Orangen angegeben, bei anderen werden mehrere Länder aufgeführt. Die Detailhändler Migros und Coop geben keine Auskunft darüber, ob einer der drei grossen Händler Cutrale, Citrusuco oder LDC bei der Herstellung oder dem Handel des von ihnen verkauften Saftes involviert ist. Über Lieferanten vor Ort würde keine Auskunft erteilt, hiess es. Lediglich die Herkunftsländer des Bio- oder Fairtrade-Saftes wurden auf Anfrage bekanntgegeben.



Millionen Kleinproduzenten, wenige mächtige Abnehmer

Die vertikale Ausdehnung der Händler bis in den Anbau von Agrarrohstoffen verdeutlicht das grosse Machtgefälle im Agro-Food-Sektor. Wenige mächtige Unternehmen stehen Millionen von Kleinproduzenten und Arbeiterinnen durch ihr Vorrücken auf die Anbaustufe nun viel direkter gegenüber. Dies ermöglicht ihnen einen sicheren Zugang zu den Rohstoffen sowie mehr Kontrolle über die Produktionsbedingungen und Preise. Und zwar nicht nur in ihren eigenen Landwirtschaftsbetrieben, sondern auch in jenen, welche sie aufgrund ihrer Machtstellung de facto kontrollieren, wie sich am Beispiel Orangen zeigt. Da diese nicht über längere Zeit gelagert werden können, müssen unabhängige Produzierende oft auf die Bedingungen der mächtigen Abnehmer eingehen: So müssen sie etwa zeitweise auch Tiefstpreise akzeptieren, weil ihre Produkte sonst schlicht verderben würden und sie gar keine Einkünfte mehr hätten. Im Umkehrschluss heisst das auch: Je weiter die Handelsunternehmen in den Anbau vorrücken, umso direkter sind sie also mitverantwortlich für die oft ausbeuterischen Produktionsbedingungen.

Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen

Wie bei vielen anderen Agrarrohstoffen ist auch die Produktion von Orangen arbeitsintensiv. Während die Pflege des Bodens und der Bäume auf grossen Plantagen mechanisiert ist, werden die Früchte üblicherweise von Hand geerntet – körperliche Schwerstarbeit, welche oft bei prallem Sonnenschein oder auch im strömenden Regen durchgeführt wird. Arbeiterinnen und Arbeiter pflücken Orangen, füllen sie in Säcke ab und tragen diese schweren Lasten zu den Sammelstellen. Bei der Ernte drohen Stürze von Leitern und Verletzungen durch die Stacheln der Orangenbäume; Erdlöcher von Gürteltieren sowie Schlangen erschweren die Arbeit zusätzlich. Dazu kommen Vergiftungen beim Versprühen von Pestiziden (Orangen-Monokulturen sind äusserst anfällig für Krankheiten und Schädlinge, der Pestizideinsatz entsprechend intensiv), weil angemessene Schutzausrüstung sowie Schulungen meist fehlen.

Und die Arbeiterinnen und Arbeiter riskieren ihre Gesundheit meist zu Hungerlöhnen. Die Löhne setzen sich in der Regel aus einem Fixlohn und einer Produktivitätskomponente zusammen, hängen also davon ab, wie viele Orangen pro Tag geerntet werden. Wer Glück hat, kommt so auf den gesetzlich festgelegten Mindestlohn (wobei dieser längst nicht existenzsichernd ist), vie-

50

Millionen von Menschen weltweit leisten im Landwirtschaftssektor Schwerstarbeit, erhalten aber keine existenzsichernden Einkommen und Löhne.

le erreichen jedoch nicht einmal dieses gesetzlich vorgeschriebene Minimum – ein klarer Verstoß gegen brasilianisches Arbeitsrecht und international anerkannte Menschenrechte.

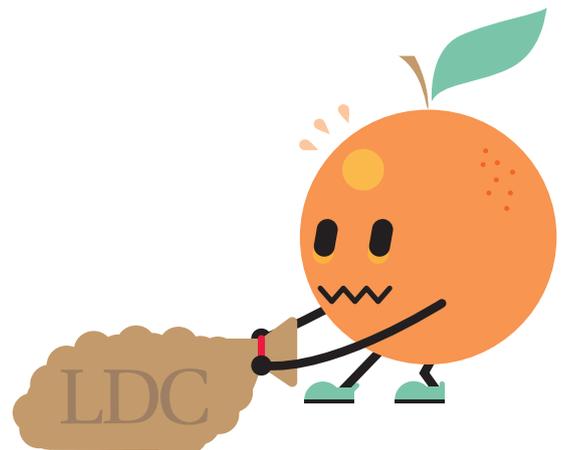
Der Orangensektor ist ein typisches Beispiel für die grundlegenden und systemischen Probleme im Anbau von Agrarrohstoffen wie für die weitverbreiteten und gravierenden Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen. Millionen von Menschen weltweit leisten im Landwirtschaftssektor Schwerstarbeit, erhalten aber keine existenzsichernden Einkommen und Löhne.

Der Agrarsektor gilt auch als Hochrisikosektor für Zwangsarbeit, welcher 2016 gemäss Schätzungen der ILO über zwei Millionen Menschen ausgesetzt waren, und für Kinderarbeit. Die ILO gibt an, dass 108 Millionen Kinder in der Landwirtschaft unter missbräuchlichen Bedingungen arbeiten. Das Gesundheitsrisiko in diesem Sektor ist sehr hoch. Die ILO schätzt, dass jährlich mindestens 170 000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte bei ihrer Tätigkeit ums Leben kommen und Millionen schwere Verletzungen erleiden oder erkranken, häufig im Zusammenhang mit der Anwendung von teils hochgefährlichen Pestiziden.

Auch Landkonflikte sind ein weit verbreitetes Problem; oft verursacht durch den grossflächigen Landerwerb für den Anbau von Soja, Palmöl oder Zuckerrohr. Zudem ist der Agrarsektor bei Weitem der wichtigste Treiber für die weltweite Abholzung. Im Amazonas Regenwald verursacht die kommerzielle Landwirtschaft, insbesondere die Viehzucht und der Sojaanbau, gemäss einer Studie im Auftrag von The Dialogue, eines Netzwerks zur Förderung sozialer Gerechtigkeit in Lateinamerika, sogar 80 Prozent der Abholzung.

Die aktuelle Coronakrise macht diese multiplen Risiken erneut deutlich. Besonders betroffen sind vor allem jene, welche mehreren Krisen gleichzeitig ausgesetzt sind: Menschen, die in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen tätig sind, ohne angemessene Unterkünfte, Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen oder Gesundheitsversorgung. Jene, die bereits heute unter prekären Bedingungen arbeiten und oftmals auch keine politische Stimme haben – was auf viele der landwirtschaftlichen Arbeiterinnen und Arbeiter weltweit zutrifft.

Auch Geschäfte mit politisch exponierten Personen, Korruption oder Steuervergehen sind im Agrarrohstoffhandelssektor keine Seltenheit. Dazu gehört etwa die Manipulation konzerninterner Verrechnungspreise, das sogenannte «transfer pricing», zur künstlichen Verschiebung steuerpflichtiger Gewinne. Ein jüngeres solches Beispiel stammt aus dem Orangensaftbusiness: Im Jahr 2019 wurden rund 85 Prozent des aus Brasilien exportierten Orangensaftes an Firmen derselben Gruppe im Ausland verkauft – zu Verrechnungspreisen, die bis zu 30 Prozent unter dem Marktpreis lagen. Die brasilianischen Steuerbehörden schätzen, dass ihnen so in den letzten fünf Jahren umgerechnet über 450 Millionen US-Dollar an Abgaben aus dem Zitrussektor entgangen sind. Auch die Ursachen für diese weitverbreiteten Verstöße liegen im Machtgefälle zwischen grossen Agrarhändlern und kaum organisierten Kleinproduzenten und Arbeiterinnen. Die äusserst ungleichen Macht- und Verhandlungspositionen festigen ein System, das vor allem den grossen multinationalen Firmen zugutekommt – zum Nachteil von Millionen von Menschen in der Produktion. ■



Transparenz und Regulierung

Die marktmächtigen Unternehmen, welche einen erheblichen Einfluss auf die Produktionsbedingungen haben, dürfen sich nicht länger aus der Verantwortung stellen und müssen grundlegende Menschenrechte in ihrer Lieferkette sicherstellen. **Mit Blick auf die Produktionsbedingungen von Agrarrohstoffen und insbesondere von Orangen in Brasilien fordert Public Eye von den Agrarrohstoffhändlern, allen voran von LDC:**

1

... mehr **Transparenz** entlang der Lieferkette und vor allem die Offenlegung der Zulieferer, um die Rückverfolgbarkeit sicherzustellen!

2

... die Einhaltung aller international anerkannten **Menschen- und Arbeitsrechte** in der Produktion von Agrarrohstoffen, mit einem besonderen Fokus auf deren Durchsetzung in Zulieferbetrieben!

3

... die **Formalisierung von Arbeitsverhältnissen**, um allen Arbeitnehmenden in ihren Lieferketten ein Mindestmass an Rechtssicherheit zu gewährleisten!

4

... die Garantie eines national einheitlichen **Arbeitsschutzes in Kollektivverträgen mit verschiedenen Gewerkschaften**, sodass allen Arbeitnehmenden der gleiche Schutz gewährt wird!

5

... die Gewährleistung des **Schutzes der Gesundheit**, indem kostenlos angemessene Schutzausrüstung zur Verfügung gestellt und der richtige Umgang damit instruiert wird!



6

... ein öffentliches Bekenntnis, dass mittelfristig alle Arbeitnehmenden einen **existenzsichernden Lohn** erhalten, sowie die Beteiligung an den sektorweiten Bestrebungen zur Erarbeitung eines entsprechenden Existenzlohn-Benchmarks und Umsetzungsplans mit konkreten zeitlichen Zielen und Meilensteinen!



7

... kurzfristig sicherzustellen, dass alle Arbeitnehmenden mindestens den **gesetzlich festgelegten Mindestlohn** erhalten, und zwar unabhängig von der Produktivität!

51

Auch die Schweiz steht als Sitzstaat von global tätigen Agrarrohstoffhändlern in der Verantwortung. **Public Eye fordert deshalb von der Schweizer Regierung und dem Parlament:**

8

... die **Transparenz im Rohstoffhandel** in der Schweiz zu gewährleisten, insbesondere durch die regelmässige Veröffentlichung relevanter und umfassender statistischer Daten, welche über die Anzahl der Unternehmen und Beschäftigten hinausgehen!

9

... durch **Regulierung** sicherzustellen, dass die in der Schweiz ansässigen Rohstoffhändler die international anerkannten Menschenrechte respektieren und die in den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verankerte Sorgfaltsprüfung im Bereich Menschenrechte und Umwelt umsetzen!



10

... Opfern von Menschenrechtsverletzungen durch hier ansässige Agrarrohstoffhändler den Zugang zu gerichtlichen und aussergerichtlichen **Rechtshilfemechanismen** in der Schweiz zu gewährleisten!

11

... sicherzustellen, dass die negativen Folgen der Marktkonzentration und des Marktmissbrauchs durch in der Schweiz ansässige Agrarhändler entlang globaler Wertschöpfungsketten in der **Wettbewerbspolitik und -praxis** berücksichtigt werden!





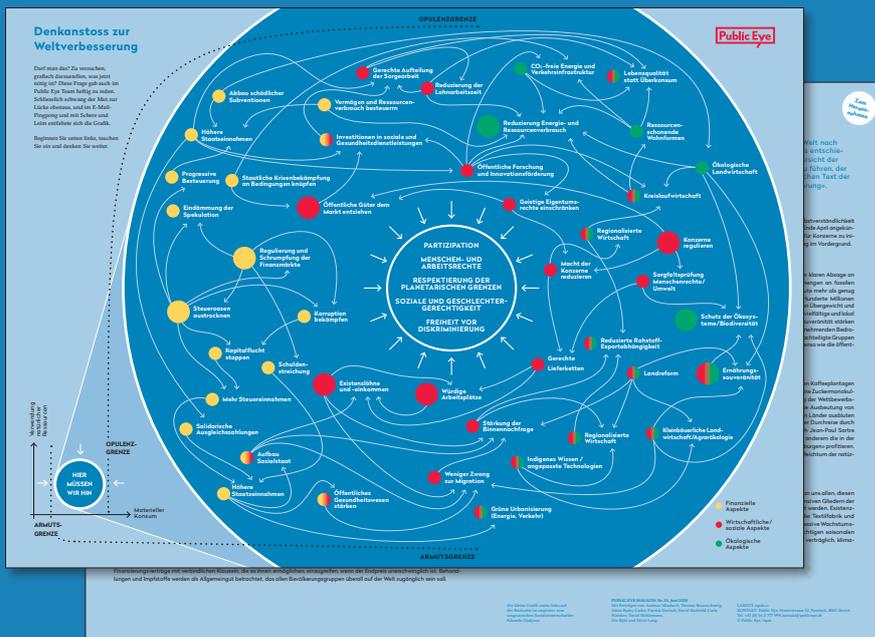
Bestellen Sie weitere Hefte und Grafiken

Kommt Ihnen spontan jemand in den Sinn, der oder die dieses Magazin lesen sollte – aber sie möchten Ihres behalten? Hätten Sie gerne eine Ausgabe davon auf Französisch? Oder möchten Sie unsere Grafik an die Wand hängen, in Ihrer Schule verwenden, in Ihrem Quartiertreff oder Verein auflegen?

Unter publiceye.ch/shop können Sie sowohl das aktuelle Magazin wie auch die separate Grafik kostenlos bestellen. Herzlichen Dank, dass Sie mithelfen, unsere Inhalte zu teilen!

Sie sind bereits überzeugt oder möchten mehr erfahren?

Unter publiceye.ch/mitgliedschaft können Sie ein kostenloses Testabo unseres Magazins bestellen oder – noch besser – gleich Mitglied werden.



Jetzt bestellen

Holen Sie sich weitere Ausgaben dieses Magazins oder der separaten «Denkanstoss»-Grafik in Deutsch und Französisch unter publiceye.ch/shop

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstößen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dinerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Postkonto 80-8885-4

publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch) [publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye_ch](https://www.twitter.com/publiceye_ch)

